

den nächsten Tagen an den Landesrechnungshof abgeben und dieser dem Landtag einen ausführlichen Bericht über diese Frage abgibt. In diesem Zusammenhang betone ich, daß Mitarbeiter durch ihre Erfahrung und Qualifikation und die unmittelbare Verbindung zum Land sehr effizient und kostengünstig die Ziele der Steiermark verfolgen können. Im Detail ersuche ich Sie auch, den zuständigen Referenten zu befragen.

Zur Frage 5: Dazu habe ich bereits in einer Anfragebeantwortung des Herrn Präsidenten Vesko am 11. März 1997 Stellung bezogen. Gerne wiederhole ich die Kernaussage dieser Antwort:

Die Besetzung von Spitzenpositionen nach diesem Vieraugenprinzip entspricht in einigen Gesellschaften dem jeweiligen Statut, wenn zum Beispiel je ein technischer und kaufmännischer Vorstand zu bestellen ist. Darüber hinaus hat sich dies auch im Sinne einer besseren Kontrolle auch in der Privatwirtschaft oft bewährt. Deshalb trete ich dafür ein, daß dort, wo es sich bewährt hat, auch künftig nach Möglichkeit daran festgehalten wird. Selbstverständlich geht es auch darum, daß die jeweils besten Bewerber im Interesse des Landes zum Zuge kommen.

Zur Frage 6 lautet meine Antwort „nein“.

Zur Frage 7: Ja.

Auch zur Frage 8: Ja.

Ich kann kurz antworten, einen entsprechenden Vorschlag werde ich der Landesregierung vorlegen, die als Kollegialorgan entscheidet.

Zur Frage 9: Die Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung des Landes Steiermark ist eine logische Fortsetzung meiner Initiativen als Wirtschaftsreferentin. Es entspricht den Zielen, die das WIFO schon unter meiner Verantwortung empfohlen hat: Nämlich größtmögliche Effizienz, Flexibilität und damit auch eine angestrebte Kostensenkung. Wie mir der zuständige Referent dazu berichtet, werden durch die Neuorientierung der Steirischen Wirtschaftsförderung in Summe keine Mehrkosten erzielt.

Zum Schluß darf ich folgendes sagen:

Blickt man bis 1991 zurück, so sind von 42 leitenden Positionen – dazu zählen der Landesrechnungshof und die EU-Abteilung – fünf mit Mitarbeitern von politischen Büros besetzt worden.

In meiner Regierungserklärung habe ich alle Kräfte zu einem Miteinander eingeladen. Dies gilt für alle Parteien des Landtages, die, wie etwa auch die kleinsten Fraktionen hier im Hohen Haus, dies gerne annehmen. Es ist ein großer Trugschluß, wenn mein offen und ehrlich ausgesprochenes Miteinander falsch interpretiert und nur auf zwei Parteien bezogen wird. Mir geht es darum, Brücken zu bauen und nicht abzubauen, auch wenn das manche nicht so sehen wollen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.14 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke der Frau Landeshauptmann für die Beantwortung. Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Bleckmann (16.14 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Landeshauptmann!

Nachdem ich mir schon gedacht habe, daß die Antwort so aussehen wird, „fragen sie die zuständigen Referenten“, ja ja, nein nein, habe ich ein kleines Zitat von einem deutschen Dichter namens Ludwig Fulda gefunden: „Leute, die am höchsten stehen, müßten auch am weitesten sehen, wenn's in solchen Wolken-sphären nur nicht oft so neblig wäre.“ Mir scheint, es ist ein bißchen ein Nebel in diese ganzen Bestellungen getreten. (Abg. Vollmann: „Du meinst, man sollte nur blau sehen!“) Der Nebel ist grau. Die Vorfarbe davor ist schwarz. Wenn hier immer gesagt wird, es sollen die Referenten gefragt werden, und weiters, eigentlich findet ohnedies alles im Zuge der Objektivität statt. Teilweise sind das Aufsichtsratsbestellungen, wo man die zuständigen Personen befragen soll. Es scheint mir, daß hier das Klima-Syndrom vorherrscht. Der hat auch nicht gewußt, daß das Vorverkaufsrecht zugunsten der Westländerbank, falls die AVZ-Anteile an die Bank Austria verkauft werden, besteht. Das hat Klima auch nicht gewußt – deshalb ein Klima-Syndrom. Ich habe es nicht gewußt, obwohl man hier den Vorsitz in der Regierungssitzung führt. Und wenn die Bürger dann Fragen stellen, ist man immer für alles und jedes zuständig. Und wenn Sie, Frau Landeshauptmann, meinen, daß durch diesen Postenschacher keine Kosten entstanden sind, dann gibt es zu all diesen Fragen auch Regierungsbeschlüsse, die das Gegenteil beweisen. Im Landesschulrat kostet diese Doppelbestellung 1,3 Millionen Schilling. Denn diese Doppelbestellung, wo man sich ausgemacht hat, die eine Hälfte rot, die andere Hälfte schwarz in einer Halbzeitregelung zu besetzen, hat dazu geführt, daß man den Posten des Vizepräsidenten aufgewertet hat. Laut Regierungsbeschluß verursacht diese Vorgangsweise 1,3 Millionen Schilling außerplanmäßige Kosten, die außerplanmäßig budgetiert werden müssen. Wie sehr sich das System bewährt hat, wissen wir auch. Es geht nichts mehr weiter in diesem Bereich. Die beiden Herren blockieren sich nämlich gegenseitig. Nächstes Beispiel: Joanneum Research: Hier hat man bis jetzt zwei Geschäftsführer gehabt, die es sehr wohl geschafft haben, die beiden Bereiche Joanneum Research und der Tochtergesellschaft Technikum Joanneum zu führen. Die haben diese Aufgabe bis jetzt zu zweit geschafft, obwohl gerade am Anfang die ganzen Studienpläne ausgearbeitet, die ganzen Anträge an den Bund gestellt werden mußten, die Personen gesucht und die Werbeaktivitäten in Gang gesetzt werden mußten. All das wurde geschafft und war möglich. Um mehr Personen begünstigen zu können, werden auf einmal vier Personen bestellt, und nicht mehr zwei wie vorher, und dazu bedarf es 2,25 Millionen jährlich. Hier habe ich die Kosten von den gehaltsmäßig niedriger angesetzten Geschäftsführern des Technikums Joanneum genommen. Dafür hat es einen Regierungsbeschluß in der Regierung gegeben, wo die Frau Landeshauptmann als Vorsitzende agiert. Unser Landesrat hat diesem nicht zugestimmt. Wir haben zugestimmt, daß es eine Kommission geben soll und daß ein Hearing stattfinden soll. Dort haben wir auch einen Vertreter hin entsandt, damit wir sehen, wie dieses vor sich geht. Daß hier aber anstatt zwei Geschäftsführer vier installiert werden, hat nie unsere Zustimmung gefunden – also hier 2,25 Millionen. Landesholding: Ich wußte nicht, man nennt das Harmonisierung der Bezüge, wenn man, unabhängig vom Lebensalter, auf

einmal die Gehälter des zweiten Geschäftsführers von 80.000 auf ungefähr 100.000 Schilling anhebt. Das sind 200.000 Schilling im Jahr – das ist Regierungsbeschlussinhalt. Weil es diesen Beschluß gegeben hat, haben wir die Frage Nr. 6 gestellt: Gibt es eine Vereinbarung zwischen Ihnen und dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter, wonach zu besetzende Geschäftsführerfunktionen im gleichen Ausmaß mit ÖVP- und SPÖ-nahestehenden Unabhängig von derselben finanziellen Bedingungen, unabhängig von ihrer Qualifikation und Alter, zu besetzen sind – das war die Frage. Die Antwort lautete nein. Aber dann können wir nicht erklären, warum diese Harmonisierung stattfinden mußte. Wir haben keine Erklärung dafür gehört. Vielleicht hätte man es noch präziser fragen müssen, nur, ich dachte, die Frage ist präzise genug und klärt auch eindeutig, was wir wissen wollten. Das wurde aber mit einem Nein beantwortet. Anders kann man nicht erklären, daß hier das Gehalt, und das kann man auch nicht als eine Vorrückung sehen – um 20.000 Schilling erhöht wird. Zerschlagung der Wirtschaftsfrderungsabteilung: Hier bringt auch der Landeshauptmann die Änderung der Geschäftseinteilung ein. Und wir haben das bereits einmal dringlich erklärt, weil wir damals schon gesehen haben, daß das zu einer Kostenabhngigkeit führen könnte. Die Frau Landeshauptmann meint nein auf Grund der Aussage, die der Wirtschaftsreferent ihr scheinbar gegeben hat. Hier möchte ich zitieren, was damals zu unserer dringlichen Anfrage Landesrat Pailerl in der Landtagssitzung gesagt hat: „Innerhalb meines Ressorts können in einer ersten Phase Einsparungen gemacht werden in einer Groenordnung von zirka 6,6 Millionen Schilling auf der Grundlage der bekannten Daten.“ Hier meint er, daß hier in der Wirtschaftsabteilung dann keine Posten mehr vorhanden sind, das ist schon richtig. Wenn man nur diesen einen kleinen Bereich sieht und eben nur in diesen kleinen Bereich hineinschaut, dann stimmt das schon, daß dort eingespart wird. Nur, an Posten ist nichts eingespart worden. All diese Posten sind in andere Landesverwaltungsbereiche gekommen, und somit sind diese Kosten also nicht eingespart worden, ganz im Gegenteil: In der steirischen Wirtschaftsfrderungsgesellschaft, der ausgegliederten Gesellschaft, die jetzt jene Agenden führt, die früher die Wirtschaftsfrderungsabteilung gemacht hat, dort sind jetzt 7,6 Millionen Schilling nachträglich außerplanmäßig zu budgetieren. Ein kleines Schankerl dazu für die, die es nicht wissen: Es war auch nicht vorgesehen, nachdem Hofrat Feil in die Kulturabteilung abhanden gekommen ist, der ja früher, neben seinen vielen anderen Aufsichtsratttigkeiten die Tätigkeit des Geschäftsführers der SFG scheinbar ehrenamtlich gemacht hat, daß jetzt ein neuer Geschäftsführer hier bestellt werden mußte, dem ein Gehalt zu bezahlen ist. Das sind über eine Million Schilling im Jahr, die zu budgetieren sind. Das alles sind zusätzliche Kosten, sind Mehrkosten, die hier auf Grund der Zerschlagung der Wirtschaftsfrderungsabteilung, insbesondere auch im Bereich der SFG, entstanden sind. Hier einfach vor dem Landtag zu sagen, daß keine Kosten entstanden sind – da muß Sie, Frau Landeshauptmann, jemand falsch informiert haben. Insgesamt sind das jetzt nur vier Bereiche, die wir aufgezeigt haben, aber es gibt noch viele mehr, über 11 Millionen Schilling, die dieses Vieraugenprinzip kostet. Auf fünf Jahre

gerechnet sind das 58 Millionen. Wie oft, und gerade beim vorherigen Tagesordnungspunkt, wo es um Kosten in Höhe einer Millionen gegangen ist, die eine zusätzliche Gleichbehandlungsbeauftragte gekostet hätte, haben wir gesagt, das können wir uns nicht leisten. Aber diese 58 Millionen, auf fünf Jahre hochgerechnet, das kann man in dieses Vieraugenprinzip hineinvestieren. Man kann das Vieraugenprinzip natürlich rechtfertigen, indem man einen technischen und einen kaufmännischen Leiter braucht. Sehen Sie doch bitte das Beispiel der Ferngas – hier werden auf einmal, weil man scheinbar keinen anderen nahestehenden Kandidaten gefunden hat, zwei technische Direktoren bestellt, weil es politisch genehm war und weil es politisch gepaft hat. Also ist diese Argumentation, die man natürlich in der Privatwirtschaft verwendet, auch nur ein Scheinargument, die nicht den tatsächlichen Fakten entspricht, meine Damen und Herren. Und dessen sollten Sie sich auch einmal bewußt sein. Und nicht nur das, es werden hier auch noch Landesgesellschaften gegründet, wie zum Beispiel die WUK, die Wissenschaft-, Umwelt- und Kulturtrgerprojekt-GesmbH., wo Geschäftsführer eingesetzt wurden. Und deshalb unsere Frage, die wir scheinbar auch an die zuständigen Referenten stellen sollten. Hier wurden Geschäftsführer eingesetzt, nebenberufliche Geschäftsführer, für die WUK einer vom Büro Landeshauptmannstellvertreter, einer vom Büro Hirschmann, zu je 12.000 Schilling monatlich nebenberuflich. Dasselbe gibt es auch beim SKAFF, bei dem Krankenanstaltenbereich, den wir auch heftigst diskutiert haben, wo zwei Geschäftsführer eingesetzt wurden, einer aus dem Büro Dörflinger, einer aus dem Büro Hirschmann, zu je 19.800 Schilling. Diese Personen sind alles Büromitarbeiter, die hier Tätigkeiten, für die sie im Büro auch mitzustndig sind, als Geschäftsführer verrichten. Das in der Zeit, in der sie im Regierungsbüro tätig sind, und dafür werden sie zusätzlich bezahlt. Und dann hören wir so nette Aussagen, „für die Arbeit, die dafür liegen bleibt, müssen andere halt mehr arbeiten“. Das kann man nur noch als Sekretrsunwesen bezeichnen, denn diese Positionen müßten doch wohl auch ausgeschrieben werden. Das sind völlig normale Geschftsfhrerpositionen. Und ich bin mir sicher, und ich kenne auch genug Kollegen in meiner Studienrichtung, die bereit wären, für 24.000 Schilling bis 40.000 Schilling, und auch Erfahrung hätten, diese zwei Posten auszuüben. Das wäre wirkliche Arbeitsplatzbeschaffung, die Sie hier machen könnten, und nicht zusätzliche Gehälter zu schaffen für Leute, die sowieso schon recht gut bezahlt bekommen. (Beifall bei der FPÖ.) Und wenn Sie hier einen Rechnungshofbericht zitieren, dann freut es mich, daß Sie diesen schon haben. Wir kennen ihn nicht, wir sind sehr gespannt darauf. Ich habe auch gehört, die „Kronen-Zeitung“ hat diesen Bericht schon. Ich werde mich das nächste Mal, wenn ich mich informiere über den Bereich Aufsichtsratsbeziehungsweise Geschäftsführerfunktionen, sowie für das dafür erhaltene Entgelt an die Zeitungen wenden und die Zeitungen fragen, wer denn wieviel bekommt. Denn scheinbar können hier nur Zeitungen Auskunft geben, und nicht die Landesregierung, die uns das eigentlich sagen sollte. (Beifall bei der FPÖ.) Es ist trurig, daß es nicht möglich ist, auch den Landtag dafür zu informieren, und ich bin mir sicher, dieser

Rechnungshofbericht wird natürlich auch wieder nicht im Landtag sein, aber zum Glück haben ja die Medien diese Informationen, und eben nicht die Landtagsabgeordneten. So ist die Vorgangsweise. Wenn man meint, daß die Mitarbeiter mehr bezahlt werden sollten, dann soll man das ehrlich sagen und soll ihnen das Geld geben, oder vielleicht geht es hier nur um eine Machtausweitung. Wissen zu sammeln, Informationen zu sammeln und weiter Positionen mit Personen zu besetzen, die einem genehm sind, und eben nicht die nimmt, die kein Parteibuch besitzen. Und wir haben auch ein schönes Netzwerk, wo man genau sieht, wo Personen aus Büros in den gesamten Verwaltungsbereich – und wir haben nur Abteilungsleiterpositionen genommen, keine Stellvertreterpositionen – eingesetzt wurden. Und man sieht natürlich, im roten Bereich wird es immer mehr werden und – ich weiß – es kommen Argumente wie „weil ihr habt ja auch Dreck am Stecken“. Natürlich, wir sind so ehrlich, es gibt hier auch aus dem Büro Schmid den Kollegen Grollitsch, der bitte seit 30 Jahren im Landesdienst tätig ist, und der hat durch ein Hearing vom Landtag diese Position bekommen. Und das ist ein Unterschied zu einer Besetzung, die unter der Tuchent ausgemacht wird zwischen der Frau Landeshauptmann und dem Landeshauptmannstellvertreter. Und wir sind dafür, daß alle die gleichen Chancen haben sollen. Es soll nicht so sein, daß nur die, die gewisse Nahverhältnisse haben, die Möglichkeit bekommen, diese Posten zu erhalten. Alle sollen die Chance erhalten, egal ob Rot, ob Blau, ob Grün, ob Hellblau, unabhängig, welche Farbe diese Personen besitzen. Es ist ja inzwischen so, und reden Sie einmal mit Beamten in mittleren Managementpositionen im Verwaltungsbereich, die bewerben sich nicht einmal mehr für Positionen, weil sie eh wissen, daß alles schon ausgemacht ist, daß sowieso schon feststeht, wer diese Posten bekommt. Und deshalb auch unsere Frage, haben Sie die Absicht, die Rechtsabteilung 2 wieder zu installieren, und wenn ja, beabsichtigen Sie, einen Mitarbeiter Ihres Büros zum Abteilungsleiter zu bestellen? Die Antwort war Ja. Ich danke für Ihr Bekenntnis, Frau Landeshauptmann. Sie beabsichtigen, einen Mitarbeiter Ihres Büros dort hinzubestellen. Ich danke Ihnen für die Ehrlichkeit, daß Sie sagen, es ist schon von vornherein ausgemacht, daß er diese Position bekommen wird. Und genauso wird ausgemacht sein, daß die Rechtsabteilung 13 aus dem Rieder-Büro besetzt wird. Und genauso wird es schon für alle anderen in Zukunft anstehenden Positionen Ausmachungen und Vereinbarungen geben, und das sind eben die typischen Beispiele für Postenschacherei und Günstlingswirtschaft, die Sie jetzt an den Tag legen seit mehr als einem Jahr. Wir fordern, daß das Hearing, das es einmal gegeben hat, wieder aufgewertet wird. Daß es ein echtes Hearing von Fachleuten gibt, und nicht von Büromitarbeitern, von Fachleuten, die nicht politische Strohmänner sind, sondern die aus Personalberatungsbüros kommen und dann eine echte Entscheidungsbasis für die Landesregierung bieten. Wir wollen hier eine echte Objektivierung, und keine Scheinausschreibungen, denn dann kann man sich auch die Kosten der Ausschreibung sparen, wenn von vornherein bekannt ist, wer wohin an welchen Posten kommen soll. Ich fordere Sie auf oder ich bitte Sie im Sinne auch all unserer Beamten, die hier auch eine faire und

gerechte Behandlung erwarten, kehren Sie wieder zurück zu einer objektiven Postenvergabe, und wenden Sie der Postenschacherei den Rücken zu. Setzen Sie auch das Fünfpunkteprogramm, das im Bund jetzt so groß proklamiert wurde, auch im Lande um. Und wenn der Kollege Schützenhöfer sagt, wie es um dieses Fünfpunkteprogramm im Bund gegangen ist, die ÖVP könne und dürfe sich das alles nicht länger gefallen lassen, weil sie für den Postenschacher der SPÖ mitgeschlagen werde – bitte, dann tun Sie was. Nur, zu einer Postenpackelei gehören immer zwei, und nicht nur einer, und da kann ich Ihnen ein Zitat auch mit auf den Weg geben, auch dir, lieber Schützi. „Macht ist ihrem Wesen nach expansiv und läßt sich durch nichts sonst beschränken als durch andere Mächte von gleicher oder wenigstens ähnlicher Größe.“ Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, liebe Kollegen der ÖVP, beweisen Sie die Größe, und dämmen Sie die Postenschacherei in der Steiermark ein. (Beifall bei der FPÖ. – 16.32 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile ihm das Wort und mache darauf aufmerksam, daß die Redezeit 20 Minuten beträgt.

Abg. Dr. Wabl (16.32 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann nicht mit einem Zitat am Anfang aufwarten, obwohl die Zitate mir sehr gut gefallen haben, sowohl das zu Beginn als auch das am Ende. Aber ich kann meiner Freude Ausdruck verleihen, erstens daß unsere Erfahrung sich bestätigt, wenn dringliche Anfragen gestellt werden im Landtag, daß das immer mehr zum Höhepunkt dieser Landtagssitzung wird und andere Themen auch zu meinem Bedauern, die oft von wichtigen Inhalten getragen sind, dann verblasen. Aber so ist eben die heutige Zeit.

Das Zweite, was ich hier noch sagen wollte: Ich habe am Anfang schon geglaubt, daß der eine Teil dieser Personalpartnerschaft in diesem Lande, die ÖVP, allein hier auf dieser Regierungsbank vertreten sein wird, daß der andere mindestens genauso wichtige Teil, teilweise der wichtigere Teil, sich fernhält. Ich hoffe, daß der Herr Landeshauptfraustellvertreter – ich habe ja dann mit Freude festgestellt, daß du noch ein paar Minuten gekommen bist, um Assistenz und Schützenhilfe zu leisten. Ich habe genau aufgepaßt, weil ich in freudiger Erregung heute darauf gewartet habe, daß du dein halbes Auftrittsverbot hier durchbrichst und bei dieser so wichtigen Frage an die Frau Landeshauptfrau du als Landeshauptfraustellvertreter Assistenz leistest. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Was für ein Auftrittsverbot? Erkläre mir das!“) Nein, ich habe nur gesagt, aber ich will nicht abschweifen, daß ich manchmal den Eindruck habe, daß du dir in dem Haus ein selbst-aufgelegtes Auftrittsverbot vorgeschrieben hast, weil merdestens fünf Minuten nachdem die Debatte beginnt, verläßt du den Raum. Ich weiß, daß du Wichtiges zu tun hast. Aber ich war heute deswegen in freudiger Erregung, da ich wirklich gehofft habe, daß du heute bei dieser so wichtigen Sache da bist, von der auch du unmittelbar betroffen bist, das wissen wir alle. Es hat ja keinen Sinn, wenn wir alle so tun, als ob das nur die

Frau Landeshauptmann angeht. Das geht natürlich auch den wichtigen und gewichtigen Landeshauptfraustellvertreter mindestens genauso viel an. Und daher war ich auch freudig bewegt, daß du nach zwei Minuten nach Beginn der Anfrage durch die Kollegin Hartinger auch gekommen bist.

Also ein Höhepunkt meiner parlamentarischen Tätigkeit, daß ich dich da hier heute Seite an Seite wieder getroffen habe. Ich würde mich freuen, wenn du mir diese Freude öfters machst (Landeshauptmannstellvertreter DDR. Schachner-Blazizek: „Dann muß ich die Termine verschieben!“), das würde zeigen, daß du die Arbeit des Landtages vielleicht ernster nimmst als wir es glauben, obwohl uns bewußt ist, daß du viele wichtige Termine hast und es dir nicht leicht machst, auch manchmal zu uns zu sprechen. Vielleicht habe ich heute noch das Vergnügen, daß wir hier nicht nur Zwiesprache leisten, sondern daß du zu dieser wichtigen Frage Postenschacher und Koalitionsbereiche sprichst. (Landeshauptmannstellvertreter DDR. Schachner-Blazizek: „Ich muß die große Ausstellung in Eggenberg eröffnen. Du mußt mich entschuldigen. Das ist eine sehr schöne Ausstellung!“) Vielleicht kannst du mir deine Stellungnahme zur Kulturabteilungsleiterbesetzung und zur STEWEAG schriftlich nachreichen. Aber ich sehe, meine Erwartungen und meine Hoffnungen werden etwas enttäuscht werden.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das war ein kleiner Exkurs. Wenn das Herz voll ist, geht der Mund über. Und mein Herz war so von Freude voll, daß der Landeshauptfraustellvertreter da ist, daher habe ich das hier gesagt.

Es ist ja schon manches hier gesagt worden und, Frau Landeshauptfrau, ich hätte mir doch eines gewünscht, gerade mit diesen Postenbesetzungen, mit diesen Besetzungen im höheren Bereich ist es doch so – und ich glaube, da verrate ich kein Geheimnis –, alle die da sitzen, wissen, daß in so wichtigen Positionsbereichen es natürlich Parteiengespräche, es natürlich Parteienübereinkommen gibt, daß es da hier ja völlig verfehlt ist, und deswegen war ich ein bißchen deprimiert, Frau Landeshauptfrau, daß Sie da hier sagen, nein, es geht um die Besten. Natürlich, jeder sagt von sich, es geht eben darum, daß die wichtigen Positionen mit den besten Köpfen besetzt werden. Aber ich hätte mir auch gewünscht, wenn man mir auch gesagt hätte, es ist verdammt schwierig in dieser Gesellschaft, die richtige Entscheidung zu treffen. Und Hearings, wie sie vorgeschlagen werden, oder ob das Assistent heißt oder was immer (Abg. Dr. Flecker: „Du verweist immer. Exkurs auf Exkurs!“), sind nur Versuche, an die bestmögliche Lösung heranzukommen. Aber natürlich wird es in der letzten Konsequenz die Frage geben, ob es hier ein Vertrauensverhältnis gibt. Es wird natürlich auch die Frage geben – und das unterstreiche ich auch –, daß die Zugehörigkeit zu einer Partei kein Ausschließungsgrund sein kann. Aber hier so zu tun, als ob das jetzt nur nach objektiven Gesichtspunkten, keine Rede davon, daß man sich beim Landesschulratspräsidenten nicht hat einigen können, keine Rede davon, daß bei der STEWEAG parteipolitische Überlegungen eine Rolle spielen, keine Rede davon, daß bei der KrankenanstaltengesmbH. Parteiüberlegungen eine Rolle spielen. Nicht

umsonst hat der eine ein Vorschußrecht bei der ÖVP, der andere bei der SPÖ, ich denke da an Bosch-Moser, Moser ist dann abgelöst worden durch Martetschläger, Bosch ist abgelöst worden durch Fankhauser. (Abg. Dr. Flecker: „Martin, für wen hast du damals gestimmt?“)

Ich habe für niemanden gestimmt, weil ich da gar nicht gefragt worden bin, wie ich damals dabei war. Bei euch war es üblich, nur auf zentraler Ebene, also oben, zu entscheiden. Aber hier hinzutreten und zu sagen, das gibt es alles nicht, das ist alles erfunden, und ich sage jetzt noch einen Satz dazu. Wir sitzen in der Steiermark, aber ganz Österreich war erschüttert, wie angesichts des Ringelspiels um die Bank Austria und CA und was da alles dranhängt – ich bin ein aufmerksamer Leser der Wirtschaftsblätter –, aber ich habe mir nicht ganz genau gemerkt, ob die Investkredit, die Postsparkasse, die Kontrollbank, also wenn man verfolgt hat, was diese Fusionierung der Bank Austria, ich will damit der ÖVP nicht weh tun, weil in Wirklichkeit ist die CA dort verschluckt worden. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du, Martin, ich kenne mich da aus!“) Du kennst dich aus, das weiß ich, weil du bist ein Meister des Postenschacherns (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich kenne mich bei den Banken aus!“) und des Versetzens von Leuten, da gebe ich dir recht. Aber bitte, wer in diesem Land verfolgt hat, welches Unbehagen, welches Mißtrauen, welche Besorgnis dieser Postenschacher hervorgerufen hat und dann hat am Schluß, genauso wie heute, der Bundeskanzler gesagt, er weiß von nichts, nie besprochen worden, nie gefragt worden. Der Finanzminister Edlinger: „Bin viel zu kurz im Amt, weiß auch von nichts.“ Alle wissen von nichts. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das machen die Aufsichtsräte!“) Nur, die Aufsichtsräte – und das ist genauso wie in der Steiermark – nie ein Gespräch mit den Regierungsmitgliedern. Dr. Kois wird dich wahrscheinlich nie anrufen und fragen, ob er bei der Stewéag irgendwelche Aktionen starten darf, völlig aus der Luft geholt. Ich bin ein völlig naiver Mensch. Man sieht ihn zwar ab und zu mit dir, und ich nehme an, daß ihr über den Urlaub reden werdet und über andere Dinge. Ich sage mir eines, weil mich das am meisten betroffen hat, abgesehen vom Selbstmord des Praschak, den ich hier nicht kommentieren will, aber der uns alle erschüttert hat und viele Menschen darauf aufmerksam gemacht hat, die am höchsten Level oben sind, mit höchsten Bezügen, das Gefühl haben können in diesem Staate, daß sie herumgeschoben werden. Ich habe das hier schon erwähnt, es war ein ehemaliger Kanzlersekretär, Max Kotbauer, der war einmal dazu geeignet, bei der CA Generaldirektorstellvertreter zu werden. Er hat sein Amt an sich zufriedenstellend ausgeübt, aber er hat dann in das Triangel nicht mehr hineingepaßt, also er konnte nicht mehr Stellvertreter bleiben und ist dann in die Wüste geschickt worden, und er ist dort entfernt worden. Aber mit dem angenehmen Begleiteffekt, daß er mit 3 Millionen Schilling jetzt mit 46 Jahren in Pension ist. Das sind nur Begleiterscheinungen, und da sollte man nicht so tun, als ob es in der Steiermark oder in Österreich keine Postenschacherei gibt.

Ich möchte nur noch auf ein paar Punkte eingehen, die mir wichtig sind. Wobei ich, Herr Landeshauptfraustellvertreter, bevor du zur Eröffnung gehst, dir eines noch mitgeben möchte. Vielleicht ist es auch möglich, unabhängig von diesen Bereichen, wo die Zusammenarbeit hervorragend funktioniert, auch in anderen Bereichen, diese dynamische Politik erfolgreich zu gestalten, in der Verkehrspolitik, in der Frage der Abfallpolitik, in der Kulturpolitik. Und wenn ich mir nur die Kulturpolitik anschau, Herr Landeshauptfraustellvertreter Schachner, ich weiß, du wirst denken, naja, der Wabl versteht nichts davon, ich kann nur eines feststellen, und die ÖVP wird mir dabei ein bißchen rechtgeben, die FPÖ nehme ich auch an. Alles oder fast alles, wo du für die Öffentlichkeit erkennbar angegriffen hast oder angepackt hast, hat sich nicht als sehr glücklich herausgestellt. Es hat angefangen mit der glorreichen Bestellung des Kulturredakteurs Vujica. Alle wissen, eine Farce war das. Das war eine deprimierende Farce zu Lasten jener, die sich dem Hearing gestellt haben. Weil wenn ich mich dort dem Hearing gestellt hätte, ich kenne den Kollegen Heimo Steps, weil ich bin mit ihm in die Schule gegangen.

Wenn man mit mir so etwas aufführt, daß man sagt, stundenlang wirst du einem Test unterzogen – du hast es zu verantworten –, die acht oder neun Leute, die damals waren, haben sich dem Hearing gestellt. Du hast von vornherein erklärt, mir ist das Wurst, entschuldige, mir ist das völlig gleichgültig. Das Wort Wurst darf ich übrigens verwenden, weil das hast du vor kurzem auch einmal gesagt. Du hast also erklärt, mir ist das gleichgültig, wie das Hearing ausgeht, ich nehme eh den Vujica, weil der ist eine Bereicherung für die steirische Kulturszene. Alle haben schon gewußt, daß der Vujica gesagt hat: „Bin ich teppert, das werde ich mir nicht antun, da unten in der Steiermark, weil, wenn ich beim ‚Standard‘ weggehe, verliere ich eine Abfertigung im Ausmaß von ein paar Millionen Schilling.“ Dann ist er von dir im Rahmen der Landesregierung bestellt worden. Eine Woche später, ich glaube, es hat nicht länger gedauert, war der Herr Kulturressortleiter Vujica wieder verschwunden. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du mußt großzügig sein in der Kultur. Da sind die Menschen sehr sensibel, sehr offen!“)

Nein, nein, ich weiß, du bist großzügig. Mich hat nur gewundert – das habt ihr ja einvernehmlich bestellt –, daß man in einer an sich funktionierenden Demokratie ein Hearing mißachtet, wo sich acht Leute, erwachsene Menschen, die etwas von Kultur verstehen, wirklich einer Prozedur unterziehen. Daß man das einfach hinwegwischt und sagt, mir ist das Wurst. Mir hat einer gesagt, lauter Wappler sind das – nicht weil ich jetzt Wabl heiße, sondern weil sie als Wappler bezeichnet wurden. Und zum Schluß nimmt man dann den Vujica, und der Vujica geht dann verloren. Dann kommt der Kulturexperte Feil, der sich durch jahrzehntelange Kulturarbeit großartige Emeriten verdient hat. Da hat man es aber auch nicht der Mühe wert gefunden, daß man irgendeine Ausschreibung vornimmt, daß man irgendwo ein Hearing vornimmt.

Die weitere Folge deiner Besetzungen, die Frage des Kunsthauses, das wird ja eine unendliche Geschichte werden. Ich gehe davon aus, daß dieses Kunsthaus nicht bis zum Jahr 2000 fertig wird. Aber

eines kann ich dir schon voraussagen, daß zusätzlich zu den Kosten vom Pfauengarten, von der Planung Pfauengarten, Millionen Kosten erwachsen werden. Ich rede jetzt gar nicht von Consulting-Hartinger und so weiter.

Und ein Zweites, was mich auch ungeheuer irritiert hat – ich kann nur der Kollegin Bleckmann da recht geben –, ist beim Joanneum Research. Da sind zwei Geschäftsführer, dann gibt es eine Neubesetzung, auf einmal werden aus zwei Geschäftsführern vier. Daß das natürlich mehr kostet, das wird niemand bestreiten. Was mich aber noch mehr erschüttert hat – und da muß ich mich fragen, ob der Ersparnisgedanke überhaupt vorhanden ist –, daß inzwischen Klagen schlagend geworden sind. Daß also die ganze Belegschaft, wo es angeblich Vereinbarungen gegeben hat, daß das nicht passiert, wegen der Vorrückungen auf einmal klagt. Jetzt haben wir dort vier Geschäftsführer, die Klagen laufen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das betrifft nur die alte Geschäftsführung, die neue ist noch nicht da!“) Ist ja gleich, aber es geht hier um das Geld.

Ich kann nur sagen, eine erfolgreiche Personalpolitik, abgesehen davon, daß zwei Geschäftsführer, wie ausgeführt, der SPÖ nahestehen und zwei der ÖVP. Einer davon ist dein Sekretär Müller. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe zwei gehabt, die Müller geheißen haben. Ich kann nichts machen!“) Mit den Sekretären Müller hast du es überhaupt, weil bei der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg ist auch ein Sekretär Müller ernannt worden, wobei mir alle, die dort vertreten waren, gesagt haben, daß beim Hearing der Kollege Kristan weitaus der Fähigere war. Und alle haben gewußt und auch gesagt, daß Kristan jener ist, der mit den Menschen viel besser umgehen kann, dessen Auswertung viel besser ist. Das haben alle unumstritten zugegeben. Und dann hat es geheißen, nein. Ich kann mich heute noch gut daran erinnern, Frau Kollegin, Entschuldigung Frau Landeshauptfrau Klasnic, ich habe damals noch gefragt wegen Deutschlandsberg und gesagt, ich bin der Meinung, der Kristan ist der Bessere. Da geht es ja um die Bevölkerung, da geht es nicht um machtpolitische Überlegungen, ob das ein Roter oder Schwarzer ist, in erster Linie. Da geht es um den, der es besser kann. Was hat man mir dann gesagt, auch von eurer Seite? Na ja, da können wir nichts machen, das ist das Vorschlagsrecht der SPÖ, und die SPÖ schlägt den Müller vor, obwohl auch wir, angeblich die Bürgermeister des Bezirkes und auch viele andere, gesagt haben, für die Bevölkerung, für die Sache selbst wäre es besser gewesen, wenn der Kristan – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du, Martin, der macht das sehr gut!“) Ich höre anderes, aber ich will dir ja jetzt nicht nahetreten, aber der Kristan war sicherlich nach dem Test der Bessere.

Ein weiterer Punkt, der ist bei euch auch erwähnt worden, die Frage der Bezirkshauptleute. Bitte, das ist doch unbestritten, das ist, seitdem es die Steiermark gibt, zumindest seit dem Zweitem Weltkrieg, so, daß die Bezirkshauptleute, die als verlängerte Arme der Mächtigen in diesem Land anzusehen sind, nach einem gewissen Proporzsystem verteilt sind. Der Mürrzschlager war immer ein Roter, der Brucker war

ein Roter, dann hat es eine Expositur gegeben - Bad Aussee. In Knittelfeld ist ein Roter und Leoben war immer rot - das ist klar, weil dort die Mehrheit so war. Und weil man die verloren hat, hat es Gott sei Dank einmal den Durchbruch gegeben - das muß man hier auch einmal zugeben -, daß der jetzige Bezirkshauptmann von Leoben, der seine Arbeit hervorragend erfüllt, ein Schwarzer ist. Dieser hat sich beim Hearing durchgesetzt und auch bei allen anderen Vorverfahren. Daher hat man gesagt, jetzt müssen wir tauschen, und Deutschlandsberg ist an die Roten gefallen. Das alles abgesehen davon - die Kollegin Zitz hat es heute schon gesagt -, daß es derzeit leider Gottes keine einzige Frau als Bezirkshauptfrau gibt. Keine einzige derzeit. Wir haben geglaubt, wir schaffen da Fortschritte, aber wir haben ja einen Rückschritt zu verzeichnen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Susi Rieder ist Landesrat geworden!“)

Ja, eine Landesrätin, aber es gibt keine Bezirkshauptfrau. Und fest steht, die FPÖ hat noch keinen Posten bekommen. Ich nehme an, daß ihr da wirklich auf Objektivität Wert legt.

Fest steht, daß es genau nach dem Proporz verteilt wird, daher kann man das nicht bestreiten.

Ein Drittes, zur Schule. Ich will die Schule hier gar nicht in ihrer Problematik aufwärmen. Da sitzen genug Lehrer. Wir wissen alle, daß einen Teil der Verdrossenheit, auch der Jugend, hervorruft, daß das Schulwesen schulpolitisch verseucht oder dominiert ist. Gerade heute habe ich einen Kollegen getroffen, der auch damit kämpft, daß es bei einem Posten dort ein Roter werden muß, dort eher ein Schwarzer. Es gibt ein paar unabhängige, ganz alleinstehende Lehrleiterposten, die niemand besetzen will. Früher hat es diese in Trahütten gegeben, dann in Freiland und in der Obersteiermark irgendwo. (Abg. Majcen: „Stein!“)

Stein vielleicht noch.

Aber ein bißchen wird es da in letzter Zeit besser, weil man vielleicht erkannt hat, daß die Wünsche der Schüler und der Eltern auch wichtig sind.

Ich habe meine Zeit, glaube ich, schon bald erfüllt. Zum Landesschulratspräsidenten: Da könnte einmal die ÖVP ein Zeichen setzen, das würde ich mir eigentlich wünschen - der Herr Landesschulratspräsident Stadler erfüllt seine Aufgabe hervorragend, er bringt dort auch frischen Wind hinein, er bricht Krusten auf, die sich durch Jahrzehnte festgesetzt haben - und sagen, daß man nicht so eine Doppellösung machen will, wo der eine wieder zurücktreten muß. Vielleicht könnte die ÖVP sich zur Meinung durchringen, daß sie im Bereich des Landesschulrates im Sinne einer dynamischen Weiterentwicklung den Stadler wirklich die fünf Jahre machen läßt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Findest es auch, daß er gut ist, gelt?“)

Ja, ich stehe nicht an, auch deine Arbeit, wenn sie gut ist, als gut zu beurteilen, und wenn sie schlecht ist, als solche zu bezeichnen. Den Stadler halte ich für einen guten Mann, und da könnte man vielleicht überlegen, ob man ihn nicht beläßt. (Abg. Schützenhöfer: „Du bist kein Menschenkenner!“)

Ich bin kein Menschenkenner? Also, Schützenhöfer Hermann, ich muß dir eines sagen - (Abg. Schützenhöfer: „Und Lattinger?“) Der Lattinger? Ich habe auch

nichts gegen Lattinger. Das funktioniert ganz gut dort. Der Lattinger bleibt Vize, der Stadler macht den Präsidenten. (Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: „Die 20 Minuten gehen zu Ende!“) Ja, danke, ich habe vorher schon gefragt.

Ich komme zum Schluß. Ich weiß nicht, ob ich jetzt und an wen ich appellieren soll. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „An mich!“) Wahrscheinlich ist es vergebliche Liebesmühe. Vor zehn Jahren, da war der Landesrat Wegart noch hier, da war ich noch bei der SPÖ, habt ihr gesagt, das ist ein Wahnsinn, diese ganze Postenbesetzung. Dann hat es hier Entwicklungen zum Besseren gegeben, dann hat es wieder Rückschritte gegeben.

Trotzdem würde ich eines bitten: Mir ist bewußt, daß es in einer Demokratie, wo es Parteien gibt und Parteien immer geben wird, auch parteipolitische Überlegungen gibt. Aber eines sollte sein, Frau Landeshauptfrau, wenn man dann sagt, selbstverständlich nur der Beste oder die Beste, man sollte zumindest versuchen, sich zu überwinden, daß man sich gegenseitig etwas abschlägt und sagt, ich lehne das ab.

Und ich muß eines sagen, wenn das zu Lasten des Steuerzahlers passiert, dann ist das der verkehrte Weg. Eines sollte man, glaube ich, sagen, daß alle diese Postenbesetzungen, wenn jemand wohin geschickt worden ist, und ich rede jetzt nicht von dem Fall Kois, den will ich gar nicht erwähnen, weil der hat schon damals gefeiert, daß er bei der Hypo-Bank Direktor wird. Aber letzten Endes, wenn man Menschen, die dafür nicht geeignet sind, denen, die nicht das Beste dort herausholen können, wenn man sie auf einen Platz setzt, für den sie nicht geeignet sind, und nur durch parteipolitische Protektion dort hinkommen, dann tut man ihnen selbst nichts Gutes, weil sie letzten Endes oft daran scheitern und weil sie unserer Demokratie keinen guten Dienst erweisen. Mit diesem Proporz, der leider Gottes in den letzten eineinhalb Jahren in der Steiermark wieder fröhliche Urständ feiert, früher war es mehr eine Partei allein, jetzt ist es fast genau symmetrisch aufgeteilt, wobei die SPÖ systematisch Zentimeter um Zentimeter und Meter um Meter an Boden gewinnt, das nützt unserer Demokratie sicherlich nicht. Danke schön. (Beifall bei den Grünen, dem LIF und der FPÖ. - 16.54 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka (16.54 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es hat jede Fraktion ihre Spezialthemen. Das sieht man auch bei den heutigen Anträgen und Wortmeldungen wieder. Während die steirische Volkspartei mit Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze die Verantwortung dafür hat, daß wir im Miteinander in diesem Land etwas weiterbringen, daß etwas weitergeht, daß vor allem die Jugend Arbeit findet und daß wir die richtigen Schienen in die Zukunft legen, hat die Freiheitliche Partei in einen völlig anderen Schwerpunkt, der heißt Postenbesetzungen oder in der FPÖ-Diktion Postenschacher oder, wie Magda Bleckmann gesagt hat, Günstlingswirtschaft. Hier verteilt die FPÖ sehr gerne Zeugnisse, und das ist wahrschein-

lich auch der Grund, warum wir jedes Jahr zu Schluß zu diesem Thema kommen. Voriges Jahr haben Sie es noch abwarten können bis zum 2. Juli, heuer hat es schon früher sein müssen, daher haben wir dieses Sommertheater schon Anfang Juni.

Man hat sich nicht einmal bemüht, neue Fragen zu finden. Vergleichen Sie die dringliche Anfrage des Vorjahres mit der heurigen, damals an Gerhard Hirschmann gerichtet, heute an die Frau Landeshauptmann, so wird man, weil das ja eine dringliche Anfrage ist und etwas Dringendes ist, Wiederholungen finden, die im Vorjahr auch schon aktuell waren.

Vorweg, die Mehrzahl der Anfragen, die Sie heute an die Frau Landeshauptmann gerichtet haben, sind in Wirklichkeit Besetzungen und Personalfragen, die in den Aufgabenbereich des Landeshauptmannstellvertreters DDr. Peter Schachner-Blazizek fallen oder die Frau Landesrätin Rieder oder den Beteiligungsreferenten Ressel betreffen oder auch unseren Wirtschaftsreferenten Paieryl, und dazu darf ich vielleicht eines sehr deutlich sagen, weil hier Unwahrheiten nicht im Raum stehen bleiben sollen. Tatsache ist, daß von den 42 Mitarbeitern, die in der ehemaligen Fachabteilung für Wirtschaftsförderung waren, nunmehr zwölf Mitarbeiter im Ressort von Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek tätig sind, sieben Mitarbeiter im Ressort Hirschmann durch eine Änderung der Geschäftseinteilung im Bereich des Fremdenverkehrs gewechselt haben, zwei Mitarbeiter – wenigstens das hätte Ihnen bekannt sein müssen – im Ressort von Herrn Landesrat Schmid sind, zwei weitere Mitarbeiter in die Bezirkshauptmannschaften Graz-Umgebung und Radkersburg gewechselt haben, zwei Mitarbeiter befinden sich in Karenz, so daß der Personalstand um 25 Personen reduziert werden konnte. Im Gegenzug dazu wurden sechs Mitarbeiter aus dem Landesdienst in das wirtschaftspolitische Referat der Landesbaudirektion versetzt. Das heißt also, daß im Bereich der Wirtschaftsförderungsgesellschaften mit einem Mitarbeiterstand von 23 Personen gearbeitet wird und es auch keine Personalaufnahmen gegeben hat. Und hier dann davon zu sprechen und zu wissen, daß hier Mehrkosten entstanden sind, das ist einfach unfair und unrichtig. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Wenn es Sie stört, was Herr Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner-Blazizek im Personalbereich in den letzten Jahren gemacht hat, dann hätten Sie sicherlich auch die Möglichkeit, an ihn entsprechende Anfragen zu richten. Wenn es Sie stört, daß in das Joanneum Research ein Sekretär geschickt worden ist, daß dasselbe bei der STEWEAG passiert ist, dann kann man darüber diskutieren, aber ich bitte Sie, hier den richtigen Adressaten für Ihre Anfragen zu wählen.

Ich sage Ihnen auch eines, wenn Sie mit Recht, und das hat auch der Kollege Wabl gemacht, das Trauerspiel, das der Kulturreferent seinerzeit bei der Bestellung des Leiters der Kulturabteilung inszeniert hat, beklagen, dann hätten Sie auch hier an den Richtigen die Anfrage stellen können. Aber ich weiß schon, es gibt hier eine Parteilinie, die ausgegeben worden ist, mit allen Mitteln, und wenn es auch keinen Grund gibt, sich auf die Frau Landeshauptmann einzuschließen: „Weil sie im Land so gut liegt, machen wir sie madig und für alles verantwortlich!“ So einfach ist Ihr Rezept.

Wir werden es Ihnen aber nicht so einfach machen. Wir werden nicht zulassen, daß Sie hier mit zweierlei Maß messen können. Und wenn Sie die Praxis beklagen, daß im Verwaltungsbereich ehemalige Mitarbeiter von Regierungsbüros zum Zug kommen, dann vergessen Sie bitte nicht, daß Ihr Landesrat sehr schnell diese Praxis gelernt hat.

Und weil Sie das Hearing so hervorgehoben haben und in diesem Zusammenhang auch davon gesprochen haben, daß wir hier sozusagen eine Günstlingswirtschaft betreiben würden, dann sage ich Ihnen schon ganz offen, daß für mich das schon empörend ist, wie Sie hier vorgehen. Sie gehen hier heraus und sagen, da war ein Hearing. Ich zitiere Ihnen, was die „Kronen-Zeitung“ vor dem Hearing geschrieben hat. Wissen Sie, was die „Kronen-Zeitung“ vor dem Hearing geschrieben hat? Ich darf zitieren, da ist es genau um diesen Fall gegangen, den Sie als großartig und vorbildhaft hier hingestellt haben. Ich zitiere, und weil Sie von Günstlingswirtschaft gesprochen haben, kann ich Ihnen auch einige Ausführungen der „Kronen-Zeitung“ nicht ersparen, wo es wirklich um Günstlingswirtschaft in Ihrem Bereich geht. Das ist alles ein Zitat, was jetzt kommt, und sind nicht meine Worte. In der „Kronen-Zeitung“ war zu lesen: „So gerne Jörg Haider den Altparteien Privilegien ans Zeug flickt, in der Steiermark vergißt er, den eigenen Stall auszumisten. Günther Grollitsch, Bürochef des FPÖ-Landesrates, stand schon vor dem ersten objektivierenden Hearing aller Bewerber als zukünftiger Chef des Landesrechnungshofes fest. Daß die Grollitsch-Tochter wie durch ein Wunder einen Gruppenleiterposten bei der STEWEAG, wo ein FPÖ-Aufsichtsrat Chef ist und sein Bruder ein FPÖ-Nationalratsmandat erhält, sei nebenbei erwähnt.“ (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ist ein Mandat ein Privileg?“)

Daß FPÖ-Obmann Götz mit seinen Millionenbezügen ins Kreuzfeuer geriet, ist bekannt, er sitzt aber mit Tochter – und das ist dann ein Privileg – „auch im Aufsichtsrat der Krentschker-Bank, während der Sohn unter Vaters Fittichen wohlbestallt bei der Grazer Messe jobbt. So gibt es für die FPÖler Aufsichtsratsposten“ und so weiter, und so fort. Schlußsatz vom „Kronen-Zeitungs“-Zitat. „Einfach ehrlich wäre es, würde sich Jörg Haider auch seiner hausgemachten Familien- und Freunderlpackeleien in der Steiermark annehmen.“ Das schreibt die „Kronen-Zeitung“, und das ist genau der Punkt. Wenn es Ihren Bereich betrifft, sind Sie wehleidig und schreien sofort auf. Wenn es aber andere betrifft, dann sind Sie sehr kritisch. Für uns stellt sich in diesem Zusammenhang schon die Frage, warum Sie sich ständig mit diesem Thema beschäftigen, wenn es um Posten und deren Vergabe geht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das Problem ist, daß unsere im Hearing die besten sind!“) Dann sind Sie ausgerechnet immer für Objektivität. Wenn es um Ihre Leute geht, dann gelten andere Kriterien. Für uns gibt es einen klaren Grundsatz, der Bestqualifizierte hat unsere Unterstützung.

Und weil Sie Besetzungen in der letzten Zeit hier angesprochen haben (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wie in der Baubezirksleitung Liezen, wo es der Drittplazierte bekommen hat!“), sei Ihnen eines ganz deutlich gesagt. Dozent Zankel in der STEWEAG, Prof. Prisching und Dr. Pelzl beim Joanneum, sie

haben alle eines gemeinsam, sie sind ausgezeichnete Fachleute, und keiner von ihnen hat ein ÖVP-Parteibuch. Das ist für uns kein Kriterium. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Aber der Grollitsch hat ein ÖVP-Parteibuch!“)

Ja, tarnen und täuschen, das können Sie. Das ist Methode bei Ihnen, tarnen und täuschen. Ich sage Ihnen aber eines, keiner dieser Kandidaten hat ein ÖVP-Parteibuch. (Abg. Schützenhöfer: „Bitte, Grollitsch ist nach Nichtzahlung des Mitgliedsbeitrags ausgeschieden.“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wann denn?“ – Abg. Schützenhöfer: „Vor 14 Jahren!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „14 Jahre habt ihr gemahnt?“ – Abg. Schützenhöfer: „Weil wir auf Besserung aus waren!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist Ihre Methode, einem tüchtigen, intelligenten Menschen, der sich in einem Hearing dort als Bester herausstellt, zu diffamieren und nicht dazuzusagen, daß jetzt die Qualität des Hearings nicht mehr zählt!“ – Präsident: „Dr. Lopatka, fahren Sie fort in Ihrer Rede, es ist Ihre Redezeit, die verbraucht wird!“)

Ich fahre sehr gerne fort, wenn es der Herr Landesrat hinter mir zuläßt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Er war nie FPÖ-Mitglied! Aber er ist der Gescheiteste gewesen. Darum habe ich ihn mir auch geholt!“ – Abg. Schützenhöfer: „Wir haben ihn 14 Jahre gemahnt, weil ich auf die Weisheit vom Konrad Adenauer gesetzt habe, niemand kann einen daran hindern, über Nacht glücklich zu werden!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das war eine lange Nacht!“)

Um eines hier noch einmal sehr deutlich zu sagen: Das ist der einzige Grundsatz, den wir verfolgen, und den können Sie auch bei allen Postenbesetzungen sehr genau nachvollziehen, der Bestqualifizierte hat unsere Unterstützung, unabhängig davon, ob er parteilos ist oder nicht, wobei es aber auch kein Verbrechen ist, wenn er ein Parteibuch hat. Und das werden wir auch nicht zulassen, daß Personen, die in einer Partei mitarbeiten, die ein Parteibuch haben, deswegen etwas Schlechteres sind und diffamiert werden. Das Entscheidende ist, daß wir davon ausgehen, immer den zu nehmen, der von der Qualifikation her der Geeignteste ist. Es kann mehrere gleich geeignete Kandidaten geben (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wie ist das in der Baubezirksleitung Liezen?“), und dann wird niemand einem politisch Verantwortlichen diese Verantwortung abnehmen können, weder ein Hearing noch Kommissionen. Es gibt auch eine politische Verantwortung, nur, da ist das zuständige Regierungsmitglied verantwortlich zu machen. Die Frau Landeshauptmann ist Gott sei Dank und glücklicherweise für vieles im Land verantwortlich, aber sie ist nicht für alles verantwortlich, was ihr Stellvertreter tut. (Abg. Mag. Bleckmann: „Mitgestimmt hat sie überall!“)

Noch einmal, um das sehr deutlich zu sagen, wenn von der FPÖ der Vorschlag gekommen ist (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Welcher?“); Ludwig Rader, um ein Beispiel zu nennen, zum Abteilungschef in der Europaabteilung zu machen, wenn er qualifiziert ist, dann hat natürlich auch die ÖVP dem zugestimmt. (Abg. Gennaro: „Ist nicht Chibidziura auch etwas geworden?“) Wenn sich der FPÖ-Mann Chibidziura beworben hat (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Der war Erster im Hearing!“), weil da immer die Baubezirks-

leitung in Liezen erwähnt wird. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Da hat das System noch nicht funktioniert, daß das Parteibuch Ausschließungsgrund ist!“)

Damit ich ausgewogen bin, darf ich auch die „Kleine Zeitung“ zitieren. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Weil selber fällt dir ja nichts mehr ein!“) Die sind ja oft gescheit, die Journalisten. „So ungelegen ist es dem FPÖ-Chef auch nicht gekommen, daß Chibidziura wechseln konnte.“ (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Überhaupt nicht, das ist falsch. Wir haben ihm abgeraten!“) Ich zitiere die „Kleine Zeitung“: „Dem FPÖ-Chef ist die Bestellung gelegen gekommen“, schreibt Zankel. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Absolut nicht!“)

Zum langjährigen FPÖ-Mandatar Chibidziura – als er nämlich zum Baubezirksleiter bestellt wurde, konnte Schmid den in den Landtag drängenden Voitsberger Manfred Porta befriedigen. Bitte, Kollege Porta ist hier, Chibidziura ist der Chef der Baubezirksleitung, beide sind versorgt, und es gibt keine Kritik seitens der FPÖ. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich habe einen Abgeordneten in meinem Bezirk verloren. Das ist ein völliger Unsinn!“ – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten!) Ihr habt noch ein Glück gehabt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das ist halt der Unterschied, ihr würdet das Mandat behalten und den Posten nehmen. Und das jetzt dem Chibi vorzuwerfen, das ist ja wohl nicht richtig!“) Ihr wißt ganz genau, was dem Chibi einige Wochen später bei Gericht passiert ist, aber lassen wir das. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ja, aber auch das hat er in Kauf genommen, weil er dann seine Immunität nicht mehr gehabt hat. Und das weißt du ganz genau, lieber Reinhold!“ – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten! – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das waren die Gescheitesten beim Hearing, die hat man genommen, ist ja eh klar!“)

Ich möchte nur eines sehr deutlich sagen, weil sich die FPÖ solche Sorgen gemacht hat um die Kosten in einzelnen Bereichen. (Abg. Schinnerl: „Sind die nicht wichtig?“) Sind wichtig! Aber diese Sorgen hat es nicht bei der FPÖ gegeben, als die Bestellung von Ludwig Rader zum EU-Beauftragten erfolgt ist. Hier sind die Kosten mit Pensionstangente im Monat von mehr als 130.000 Schilling kein Problem. Das störte sie nicht. Ludwig Rader war zu versorgen.

Er war zu versorgen. Wie gerne er hier wäre, zeigt sich ja, daß er immer hier hinten sitzt. Er ist auch vorher wieder hier hinten gesessen. Aber er durfte nicht mehr hier sitzen, und daher galt es, etwas zu finden, und man hat es gefunden. Und das stört mich. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das war ein einstimmiger Regierungsbeschluß!“)

Und ich sage Ihnen das hier zum Abschluß sehr, sehr deutlich, würde Ihr Tun mit Ihrem Reden übereinstimmen, Sie hätten meine Hochachtung. Sie hätten meine Hochachtung, würde Ihr Tun mit Ihrem Reden übereinstimmen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Und nirgendwo ein Freiheitlicher! Das ist das, was die ÖVP will, aber das wird euch nicht gelingen. Das wird euch noch wehtun!“ – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten! – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Euer Problem ist, daß die Freiheitlichen in Kontrollbereichen drinnen sind, das ist euer Problem!“) Das ist überhaupt kein Problem. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Lest die heutige Zeitung. Unabhängig davon, ob sie gescheit

oder qualifiziert sind, die Freiheitlichen gehören weg aus jedem Kontrollorgan, aus jedem Aufsichtsrat, raus damit. Das ist euer Wunsch!" – Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich bitte, ihm seine Redezeit zu lassen. Herr Dr. Lopatka, bitte!" – Abg. Schützenhöfer: „Komm von deiner Schiene herunter!" – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die neuen Schienen seids ihr, nicht wir. Ich bin auf keinem Gleis!" – Abg. Schützenhöfer: „Steig einmal bitte auch runter!" – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nein, schau es dir an. Weg damit, das ist Demokratie. Irgendein Kleiner hat nichts mehr verloren. Ob er gescheit ist, intelligent, ein Hearing gewinnt, ist egal, weg damit, das ist euer Bestreben!"

Lassen Sie mich abschließend nur mehr eines sehr, sehr deutlich sagen: Wenn Sie auch probieren, Umstrukturierungen in unserem Bereich schlecht zu machen, wie sie von Herbert Paiert in Angriff genommen worden sind, wenn Sie, bevor noch ein Projekt überhaupt zu laufen beginnen kann, schon wissen, daß das, ich weiß nicht wie viele Mehrkosten verursacht (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist ein Regierungsantrag: 7,6 Millionen!"), dann ist das Ihre Sache. Wir werden uns aber sicherlich nicht davon abbringen lassen, hier unseren Weg zu gehen. Ich sage Ihnen auch eines sehr deutlich, Tun und Reden sollten übereinstimmen, und das möchte ich bewußt wiederholen. Ich sage das jetzt der Klubobfrau Magda Bleckmann. (Abgeordneter Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Sagt das bitte auch der Frau Landeshauptmann, miteinander!") Dieses Miteinander der Frau Landeshauptmann schließt selbstverständlich auch die Freiheitliche Partei ein. Ich weiß nicht, wo da das Problem ist. Aber nicht nur die Freiheitliche Partei, sondern hier im Landtag selbstverständlich auch die beiden Fraktionen, die nicht in der Landesregierung vertreten sind. Das ist unser Verständnis von Miteinander. Nur, zum Miteinander gehören immer zwei, zum Miteinander kann man schwer jemanden zwingen. Wenn die Bereitschaft seitens der Freiheitlichen Partei gegeben ist, diese Einladung gibt es selbstverständlich von unserer Seite her, können wir auch gemeinsam etwas machen.

Weil Sie sich solche Sorgen um das Landesbudget gemacht haben, um die Kosten, Kollegin Klubobfrau Bleckmann, da ersuche ich Sie um eines, daß Sie als Klubobfrau an Ihren ehemaligen Kollegen herantreten, der hier gesessen ist, daß er davon Abstand nimmt, das Land zu klagen, um nachträglich seine Landtagsgage zu verbessern. Sie hören richtig! Es ist wieder einmal ein FPÖ-Abgeordneter, ich korrigiere mich, Ex-FPÖ-Abgeordneter, dem es vorbehalten geblieben ist, sich um ein höheres Abgeordnetengehalt Sorgen zu machen, nachdem er schon darüber gestolpert ist, daß er in der Vergangenheit zuviel für sich in Anspruch genommen hat. Wasser predigen und Wein trinken, das ist keine starke Opposition (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sitzt er noch da?"), das ist eine schwache Darbietung, die Sie heute hier auch wieder geliefert haben. Ich sage es Ihnen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sitzt er noch da? Nein, er ist nicht mehr da, weil er eben nicht anständig war!") Sie rühren Dinge von vorgestern und vorgestern auf. Wenn in Ihrem Bereich etwas ist, dann sind Sie gekränkt (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nicht gekränkt!"), sind

Sie wehleidig und messen mit zweierlei Maß. Ich kann Sie nur um eines ersuchen, kehren Sie zur sachlichen Arbeit zurück, und lassen Sie dieses Sommertheater, Sie können es jedes Jahr wiederholen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das tut weh, gelt?") Uns tut das nicht weh, weil wir jedesmal den Nachweis führen können, daß Sie das Gegenteil von dem machen, was Sie hier predigen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich habe euch sogar bewiesen, daß ihr packelt!") Sie machen das Gegenteil von dem, was hier gesagt wird. Hier sind Sie in höheren Sphären, hier schweben Sie im Himmel, Ihre Praxis ist aber auf ebener Erde. Das, was Sie tun, ist ungefähr von dem, was Sie reden, so weit entfernt, wie der Himmel von der Erde. Und das ist Ihr Problem, sage ich Ihnen.

Wir hätten wichtigere Themen, die wir zu einer dringlichen Anfrage machen könnten, gerade jetzt zu Schluß. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Es ist euch vorbehalten, eine dringliche Anfrage für wichtige Dinge einzubringen!")

Wir hätten dann mehr Zeit gehabt für die Tagesordnung, die wichtige Punkte beinhaltet hat, wie schon richtigerweise Klubobmann Wabl auch ausgeführt hat. Daher sage ich Ihnen, und ich kann Sie nur darum ersuchen, versuchen Sie, wieder zu diesem Miteinander zurückzufinden, von uns hat es hier nie eine Absage gegeben. Von unserer Seite sind die Türen hier selbstverständlich offen, weil wir glauben, daß es angesichts der auf uns zukommenden Probleme sehr wichtig sein wird, daß wir möglichst viele Entscheidungen hier im Land so treffen, daß sie alle mittragen können und daß nicht Mehrheitsentscheidungen der Regelfall sind. In der Vergangenheit ist uns das gelungen. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, auch dafür zu sorgen, daß uns das auch in Zukunft möglich ist. Und derart gestellte dringliche Anfragen, wie Sie das heute gemacht haben, sind sicherlich kein Beitrag dazu, dieses Vertrauen zu stärken. Denken Sie selber darüber nach, ob Sie hier dem Land und dem Hohen Haus einen guten Dienst erweisen, wenn Sie jedes Jahr zur Sommerpause mit diesem Theater beginnen. Wir werden sicherlich nicht zusehen, wenn ungerechtfertigterweise unsere Frau Landeshauptmann hier von Ihnen angegriffen wird, wenn Sie hier unqualifiziert unseren Wirtschaftslandesrat angreifen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ihr wollt, daß wir mitpackeln. Das werden wir nicht machen!")

Im Vorjahr war es der Personallandesrat. Wir werden das sicherlich nicht unwidersprochen hinnehmen, und wir wissen uns zu wehren, nehmen Sie das auch zur Kenntnis, Sie können hier keine Sonderbehandlung für Ihre Mitarbeiter im öffentlichen Dienst verlangen. (Abg. Hartinger: „Wir zittern!") Es muß niemand zittern vor mir. Das sind vielleicht bei euch die Methoden, daß man Leute zum Zittern bringt. Das sind nicht unsere Methoden, Herr Landesparteiobmann. Das ist nicht die Methode von Frau Landeshauptmann Klasnic, daß jemand zittert.

Wir ringen um Vertrauen, wir ringen um ein Miteinander, und nicht darum, daß ein Zittern im Land die Methode ist. Vielleicht haben Sie das so gerne, daß Ihre Mitarbeiter vor Ihnen zittern. Das ist nicht unsere Methode, und ich will auch niemanden zum Zittern bringen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du bist wohl ein Kogler-Geschädigter!")

Diese Methoden sind uns fremd. Daher nochmals mein Appell an Sie, kehren Sie zur Zusammenarbeit, zur sachlichen Arbeit, zum Miteinander zurück. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. - 17.16 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (17.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Stammtischverhalten des Herrn Landesrates Schmid da hinten auf der Regierungsbank entspricht offenbar dem Niveau der von der Freiheitlichen Partei gewollten Debatte und dem politischen Horizont. Aber zuerst zu anderem.

Lieber Martin, du hast da in 20 Minuten wieder einmal unglaubliche Vergangenheitsbewältigung betrieben, die an sich keines Kommentars wert wäre, hättest du nicht auch, was mich enttäuscht, zu dem Mittel der Leichenfledderei gegriffen, um politischen Effekt zu erzielen. Ich halte das für traurig und nicht sehr sinnvoll (Abg. Dr. Wabl: „Ordnungsruf, Ordnungsruf!“) und möchte auch ein paar Worte zum Kollegen Lopatka sagen. Ich unterscheide mich sehr gerne von dir dadurch, daß ich gemeinsame Beschlüsse mittrage und damit kein Problem habe und auch nicht die Lust und auch gar nicht das Wollen, Kindesweglegung zu betreiben, sondern ich stehe zu dem, was wir tun, und teile nicht zwischen dem, was gemeinsam beschlossen ist, was da die Frau Landeshauptmann zu verantworten hat, was der Herr Paierl zu verantworten hat oder der Herr Landesrat Hirschmann. Ich glaube, wir haben in der Glaubwürdigkeit der Aussagen, daß immer nur der Bestqualifizierte bei der ÖVP drankommt, insofern ein Problem, weil wir uns alle nicht getrauen zu sagen, was heißt, was ist der Bestqualifizierte, meine Damen und Herren. Ich glaube, wir sollten in der Politik auch Mut beweisen. Zur Qualifikation für bestimmte Posten im öffentlichen Bereich bitte gehört nicht nur hervorragendes Fachwissen, das ich vielen oder fast jedem der Angesprochenen angeblich Geschachtelten zubillige. Sie haben noch etwas dazu. Ich glaube, ein Land, eine öffentliche Körperschaft, die heute antritt, Politik zu machen und die Gesellschaften gründen, die auch Steuerungselemente für dieses Land sind, dann muß man sich bitte überlegen, ob die Frage der Loyalität nicht auch eine der höchst zu bewertenden Qualifikationskriterien ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Denn ich sage Ihnen eines. Wir machen alle Politik, und wenn Sie Entpolitisierung wollen, so ist das noch lange kein Schritt in die Objektivierung. Objektivierung ist ein Schlagwort, das man, wie man gerade aufgelegt ist, mißbrauchen kann. Ich glaube, daß im öffentlichen Bereich eben die politische Entscheidung die Entscheidung ist, dazu ist die Regierung berufen, dazu sind wir berufen. Und wenn wir politische Entscheidungen treffen, dann haben wir dazu zu stehen, und dann haben wir auch zu politischen Überlegungen zu stehen. Tun wir uns doch nicht hinter irgend etwas verstecken, tun wir nicht immer das Schlagwort der Bestqualifizierten in den Mittelpunkt stellen, sondern sagen wir, wir sind für qualifizierte, hervorragende Leute - und das sind sie alle -, zu denen man das Vertrauen haben kann. Und jeder Unternehmer,

der heute einen Geschäftsführerposten auch in der Privatwirtschaft besetzt, der wird sich Gedanken machen in bezug auf Loyalität, auf Verfolgung von strategischen Unternehmenszielen. Wir wollen plötzlich nichts davon wissen. Also tun wir nicht wie die Kinder das Wort bestqualifiziert irgendwo hinschreiben, und tun wir nicht so, als würde Politik nicht auch wert sein, sich selbst bekennen zu können. Ich möchte schon auch etwas sagen zu dem Spiel, das da hier getrieben wird. Es ist das Spiel, wo mit Gewalt parteipolitische Punzierungen vorgenommen werden, woraus natürlich, wenn man ein bißchen Mut hat und ein bißchen Einfallsvermögen, was manchmal ja in solchen Fällen da ist, die Skandalisierung resultiert. Aber das ist ein altes Spiel, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, und Sie beherrschen dieses Spiel hervorragend, wie das halt Parteien ange-deiht, deren politischer Horizont etwas eng ist. Und es ist nicht ein Zufall, daß Sie jetzt gerade kommen, weil es kein Wunder ist, daß bei einer vom Bundespartei-obmann ferngesteuerten Partei natürlich bei einer Sondersitzung, die im Nationalrat um ähnliche Themen gegangen ist, der Skandal in der Steiermark halt dargestellt werden soll und eine Debatte hier gespielt werden soll, obwohl in Wirklichkeit der Anlaß nicht gegeben ist.

Und, Frau Kollegin Bleckmann, ich spreche Sie gerade an, gleich zu Ihrem ersten Zitat. Ich glaube, Sie können sich noch so sehr nach der Decke strecken. Sie werden nicht einmal die Nebeluntergrenze erreichen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Sie sind ungefähr gleich groß wie ich!“)

Ich rede nicht von körperlichen, sondern von anderen Werten, die Ihnen vielleicht sehr fremd sind.

Frau Kollegin Bleckmann, zur Frage der Landesholding. Da gibt es zwei gleichwertige Geschäftsführer, die haben gleich bezahlt zu werden. Das ist in der Privatwirtschaft so, das ist in der Privatwirtschaft so und gehört auch hier so. Und zur Frage des WUK und des SKAFF. Ja, Sie widersprechen sich ja, aber das gehört dazu, wenn man nur polemisiert. Sie widersprechen sich ja. Sie kritisieren, daß das Leute aus politischen Büros machen, die politisch zuständig sind, um ein Gehalt von 12.000 Schilling, und fordern offenbar Außenstehende, die sonst 50.000, 60.000, 70.000 Schilling kosten. Ich frage mich ehrlich, was billiger ist. (Abg. Mag. Bleckmann: „Es würde gleich viel kosten, es würde Arbeitsplätze schaffen!“) Ich glaube, liebe Frau Kollegin Bleckmann, ich kann ja gar nicht annehmen, daß Sie es darauf angelegt haben, in dieser Frage tatsächlich ernsthaft zu sein.

Ich glaube nur, es sollte doch öfters geschehen, Sie auf Ihre Widersprüche hinzuweisen und zum Abschluß auch auf Ihr abschließendes Zitat von Aldous Huxley.

Ich glaube, Gott möge uns vor der Machtbeschränkung durch eine noch größere Macht FPÖ schützen, weil dann die demokratische, demokratiepolitische und humane Verwendung zumindest in Zweifel gezogen werden kann.

Und kommen wir bitte zur Frage der Qualität dieser dringlichen Anfrage. Sie kritisieren Doppelbesetzungen. Es ist klar, daß die Frau Landeshauptmann vom Vieraugenprinzip gesprochen hat, allein aus dem Prinzip kaufmännischer Direktor, technischer Direktor. Aber das ist nicht allein der Grund für ein Vier-

augenprinzip. (Abg. Mag. Bleckmann: „Was ist es dann?“) Hören Sie zu, Sie können lernen, Frau Bleckmann, Sie waren noch nie im Erwerbsleben, Sie haben bisher nur als Beruf Parteipolitik gehabt, vielleicht lernen Sie da etwas. Ich komme da aus dem Fach, Frau Kollegin, hören Sie mir ein bißchen zu.

Das Vieraugenprinzip hat auch das Prinzip der Kontrolle in sich, und ich nehme an, daß das Ihnen etwas wert ist. Ich sage Ihnen etwas anderes, es hat offenbar nicht politische, wirklich nicht politische Besetzungen mit einer Geschäftsführung gegeben – ich denke an die Herren Pohl, Hotter, Schrötter und so weiter –, die sind schiefgegangen. Also, was wollen Sie jetzt? Ich halte viel von Kontrolle.

Sie regen sich wegen des Landesschulrates auf, daß es da eine Halbzeitleistung gibt. Herr Kollege Vesko, wir haben ja im gleichen Bezirk Berührungen. Was war denn in Bad Mitterndorf? Halbzeitleistung Bürgermeister – nichts Neues. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Aber die kosten zusätzlich nichts!“)

Das praktizieren Sie selber.

Frau Kollegin Bleckmann, es dürfte Ihnen wahrscheinlich entgangen sein – es ist ja politisch legitim, Halbzeitleistungen zu machen –, daß es sich bei den Fachhochschulen und beim Joanneum Research um zwei Gesellschaften handelt und daß es natürlich auch in einer Unternehmensphilosophie liegen kann, einmal durch die Mutter der Tochter auf die Beine zu helfen – ist sogar ein sehr menschlicher Ansatz –, und wenn die Tochter dann sehr frei lebt, sie selbständig werden zu lassen. Und das sind zwei Firmen mit je zwei Geschäftsführern, nach dem Vieraugenprinzip. Ich sehe überhaupt nicht ein, was es da an Kritik geben sollte. Bitte, wer will dem Edi Müller seine Qualifikation absprechen und den anderen Herren, dem Herrn Prisching von der Uni und dem, der der ÖVP jetzt zugerechnet wird von irgendjemandem? Also, bitte, was wollt ihr denn gegen die Leute sagen? Das ist ein ganz normaler Vorgang. Es ist von den Leuten auch Loyalität zu erwarten.

Und Kois als Direktor der STEWEAG. Ja, bitte, habt ihr nicht im Aufsichtsrat seinerzeit für den Herrn Paieryl gestimmt, so wie wir? Überhaupt kein Problem. Paieryl war kein schlechter STEWEAG-Direktor. Dann ist plötzlich das Gegengeschäft, meine Damen und Herren, herausgekommen, nämlich, daß eure Stimme für den Paieryl natürlich nur deswegen gegeben wurde, weil die ÖVP auf Ihren Vorschlag, auf Ihr Vorschlagsrecht für den Präsidenten des Aufsichtsrates den Freiheitlichen Herrn Raidl genommen hat. Und daß es in so einem Unternehmen das Vieraugenprinzip gibt, ist wohl klar.

Ich sage noch zum Leiter der Kulturabteilung, bitte, soll jemand, der IXer-Hofrat ist, jetzt unfähig sein? Wollt ihr ihn in die Wüste schicken und dort seinen IXer-Gehalt beziehen lassen und dafür einen neuen VIIIer-Dienstposten in der Kulturabteilung eröffnen? Also, ich glaube, da spart man sich zumindest die Differenz von VIII auf IX als Aufzahlung inzwischen. Ihr kennt euch in der Landesverwaltung zu wenig aus, um diese Rationalisierungseffekte zu sehen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Was hätte der Herr Hofrat gemacht, wenn man den Vujica genommen hätte?“)

Ist es der Vujica geworden? Mein Gott, Sie haben Sorgen. Wir reden ja von der Realität.

Dann noch eines. Die Beamten, die in den verschiedenen Gesellschaften Aufsichtsräte sind, die in Aufsichtsräten sitzen, da kann es schon sein, daß die diese Tätigkeit in der Dienstzeit machen, aber fragt einmal, welche dienstliche Tätigkeit sie dann außerhalb der Dienstzeit machen. So läßt sich das nicht rechnen. Vielleicht verstehen Sie das, daß man manchmal in der Dienstzeit eine Aufsichtsratssitzung hat und dann halt in seiner sonstigen Freizeit die dienstliche Tätigkeit nachholt. Das ist jedenfalls eine zusätzliche Arbeit, die zu entlohnen ist, weil sie eine über das normale Ausmaß und über die normalen Pflichten hinausgehende Arbeit ist. Ich frage Sie, ich habe das gewußt von der Landesholding, erkundigen Sie sich einmal, was ein Geschäftsführer, der Steuerberater ist oder solche Professionen erlernt hat, kostet und wieviel dagegen ein Beamter kostet. Das ist alles eine Notwendigkeit für Sie, das zu erlernen und zu wissen, um in so eine Debatte gehen zu können.

Aber schauen wir auf Sie. Der Herr Präsident Vesko ist das Produkt eines politischen Geschäftes. Wir brauchen keinen dritten Präsidenten, er sitzt drauf, ihr könnt was ersparen. Wir akzeptieren es, Herr Präsident (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Danke!“), Sie wahrscheinlich auch, weil Sie beim politischen Geschäft dabei waren. Es ist okay, aber dann werfen Sie nicht mit Steinen im Glashaus.

Denken wir an die Frau Abgeordnete Hartinger, die im Controlling der Krankenanstaltengesellschaft tätig und zugleich Gesundheitsprecherin und Krankenanstaltensprecherin der Freiheitlichen hier im Haus ist. Sie verwendet ganz sicher die Erfahrungen des Berufes für ihre politische Tätigkeit und umgekehrt. (Abg. Mag. Hartinger: „Das weisen Sie mir nach!“) Hier wurde ein Posten, der vielleicht anders war, nachträglich politisiert und wahrscheinlich wesentlich mehr politisiert als jeder Posten im Bereich des Landes.

Nehmen wir andere – Ihren vielleicht noch immer Ehrenobmann Götz, ein Bürgermeister, der um seine Politpension bei den Gerichten gestritten hat, der dann als Messepräsident – (Abg. Dr. Wabl: „Der Stoiser aber auch!“) Ja, ja, aber der Stoiser ist dann nicht Messepräsident geworden – und als Aufsichtsrat in der Steiermärkischen gesessen ist. Und jetzt ist die FPÖ beleidigt, weil er nicht mehr verlängert werden soll. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ihr wollt keine Kontrolle mehr haben!“) Liebe Frau Kollegin, schon wieder sollten Sie lernen, seit wann ist die Funktion des Präsidenten eine solche der Kontrolle? Mir ist das völlig neu!

Aber kommen wir zu anderen politischen Besetzungen, die Sie gemeinsam gegen uns durchgezogen haben, die wir heute akzeptieren, weil sie politische Willensbildung sind – Landesamtsdirektor, Landesamtsdirektorstellvertreter –, akzeptieren wir heute, respektieren wir, sie bemühen sich. Und Sie akzeptieren es offenbar auch, weil Sie beim Geschäft dabei waren.

Das gleiche gilt für den Herrn Landesrechnungshofdirektor, der das politische Gegengeschäft war. Ja natürlich, er bemüht sich. Es war ein politisches Ge-

schäft. Wir akzeptieren es, aber wir machen kein Theater im Landtag, wenn ich selber im Glashaus sitze.

Rader ist zur Genüge behandelt worden.

Aber wo kommen wir wirklich hin, wenn irgendein Politiker mißliebig wird, und das Land muß die alle auffangen? Ich bekenne mich dazu, im Kennen gewisser politischer Strömungen in der FPÖ, daß man so einen Politiker aufzufangen hat, weil er ein anständiger Mensch ist und weil er wirklich durch den Rost durchgefallen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber Sie, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, sitzen im Glashaus, und der Herr Kollege Chibidziura ist fast mit dem Tag seines Pensionsanspruches tatsächlich als Politiker in Pension gegangen und Amtsleiter beim Land geworden. Sicher auch einer jener Bestqualifizierten aus Ihrer Sicht. Wir akzeptieren es auch. Es war auch eine politische Entscheidung. Der arme Chibi hat lange da hier gedient. Man soll ihn jetzt nachträglich nicht denunzieren.

Aber Sie sollten sich nicht heiliger machen, als Sie sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen noch von den Landesgesellschaften jene Herren vorlesen, die namens der FPÖ in Aufsichtsräten sitzen. Forschungsgesellschaft Joanneum GmbH. Universitätsprofessor DDr. Karlheinz Probst, Steiermärkische KrankenanstaltengesmbH. Dr. Klaus Schindelbacher (Abg. Mag. Hartinger: „Stimmt nicht!“), Steiermärkische Landesholding GmbH. Kommerzialrat Dr. Erich Spitzhirm, Steirische Tourismus GmbH. Kommerzialrat Alfred Trieb, meines Wissen FPÖ-Bürgermeister, STEWEAG Kommerzialrat Ing. Gerald Raidl, Energieholding Dr. Helmut Krünes, Steirische Wirtschaftsförderung GesmbH. Dr. Helmut Krünes, Landeshypothekenbank Steiermark AG. Universtitätsprofessor DDr. Horst Wünsch, Steirischer Verkehrsverbund GmbH. Dipl.-Ing. Gerald Maurer. Ich glaube, ich brauche das nicht mehr weiter erläutern. (Abg. Mag. Bleckmann: „Lauter ehemalige Politiker!“)

Jeden einzelnen kann man Ihnen vorhalten, jeden einzelnen. Ihr wollt es nicht hören, Ihr wollt nur da das Theater machen. Alles Leute, die von euch in den Aufsichtsräten sitzen. Frau Bleckmann, wenn ich heute so wie Sie so viel gelernt hätte, wäre ich dankbar und würde nicht schimpfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Bleckmann, Ihr Geschäft ist das Skandalisieren (Abg. Mag. Bleckmann: „Sie diffamieren!“), es füllt Ihren politischen Horizont aus. Sie handeln anders als Sie predigen, was Sie woanders verteilen, tun Sie selbst. Der wahre Skandal, meine Damen und Herren, ist Doppelzüngigkeit, Scheinmoral, und Sie werden kaum einen aufgeklärten und mitdenkenden Menschen finden, der mit Ihrer Art von Politik Begriffe wie Qualität, Niveau, Intelligenz und Redlichkeit verbinden kann. Danke. (Beifall bei der SPÖ. - 17.35 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Peinhaupt das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (17.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

An den Herrn Klubobmann hätte ich ein Kompliment zu machen und mich auch zu bedanken, aber er scheint auch auf den Dank nicht angewiesen zu sein, denn er ist einer der wenigen, die in diesem Hause erkannt haben, daß die Freiheitlichen schon von Natur aus die Besten sind, denn nicht umsonst muß er hier feststellen, daß Freiheitliche schon Präsidenten gebären. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn ein Klubobmann Dr. Flecker hier steht und vom Niveau des Hauses spricht, dann denke ich mir, daß er in seinem Tun von seinem Reden gleich weit entfernt ist wie sein andersfärbiger Kollege, das schwarze Ebenbild Dr. Lopatka. Denn, meine Damen und Herren, wenn ausgerechnet ein Dr. Lopatka hier an dieses Rednerpult tritt und sagt, zwischen eurem Tun und Reden gibt es einen himmelhohen Unterschied, so darf ich ihn erinnern, was gesprochen wird und was getan wird, daß Vertraulichkeit verletzt wird, daß man das schändlichst mißbraucht, daß ein Wort unter vier Augen nicht hält. Und dagegen verwehre ich mich auch, nicht nur als FPÖ, sondern auch persönlich. Sie wissen anscheinend nichts Neues. (Abg. Dr. Flecker: „Aber ihr auch nicht!“)

Sie kommen her und sagen: „Paß auf, ich weiß einiges, du wirst noch blaß werden, warte nur.“ Sie kommen her und sagen, der böse Ludwig Rader, weißt du eigentlich, wer bestimmt gewesen wäre, mit welchem Verdienst für Brüssel? Nicht? Dann bitte ich nachzuschauen, um 20.000 Schilling höher dotiert, ein ÖVP-Mann. Wenn es darum geht, zu sagen, wo ist die Wahrheit, wo ziehen wir einen Boden ein, dann wäre ich doch geneigt einmal auf die Anfragebeantwortung der sehr geehrten Frau Landeshauptfrau einzugehen, indem sie im Punkt 6 der Anfrage hergeht und verneint, das heißt, es gibt keine Absprachen zwischen Rot und Schwarz, aber im gleichen Atemzug zugibt, daß im Punkt 7, wenn es um die LAD geht, oder im Punkt 8, wo es um RA 2 geht, hergeht und sagt, das ist schon fertig ausgepackelt. Zu dem kommt eines noch, daß ja der Herr Klubobmann Flecker hier in einem Ton, der zumindest ehrlich war, hergegangen ist und im Klartext gesagt hat, die Frau Landeshauptfrau hat die Unwahrheit gesagt, er gibt den Postenschacher offiziell zu, das war dieser Wortmeldung eindeutig zu entnehmen. Und die ÖVP schaut zu, weil sie Mittel zum Zweck ist und am besten Weg dabei, den Ast, auf dem sie sitzt, sich selbst abzusagen. Nur, die ÖVP sitzt draußen, und die SPÖ herinnen, so wie es im Augenblick aussieht.

Meine Damen und Herren, ich darf aber auch noch auf die Wortmeldung des Martin Wabl eingehen, der hier gestanden ist und festgestellt hat und ein Kompliment an die Regierungsbank gerichtet hat, es ist ein Höhepunkt in seiner parlamentarischen Tätigkeit. Also, ich muß ganz ehrlich sagen, nach dieser Anfragebeantwortung ist es für mich persönlich ein Tiefpunkt meiner parlamentarischen Tätigkeit und ein Tiefpunkt der Demokratie, denn unsere Landeshauptfrau verkauft sich immer als Frau des Volkes, als Frau des Miteinander, des Gemeinsamen, des Ausgleiches. Der Postenschacher, der zweifelsohne und hier von der linken Seite sogar offiziell zugegeben wird, hier in diesem Lande fröhliche Urständ feiert, bei dem Posten-

schacher spricht man ja von Handeln, und Handeln ist ja mit irgendwelchen Gewinnanteilen verbunden. Ich weiß sehr wohl, daß die Landeshauptfrau das Verkaufen gelernt hat, aber anscheinend das Gewinnen verlernt hat. Und wenn man hier fragt, ja was ist denn eigentlich, was passiert denn mit diesen Posten, so muß man feststellen, daß auf einmal niemand etwas weiß. Oder mag es doch gar schon soweit sein, daß sich die Schacherei schon im Unterbewußtsein festgesetzt hat; daß man das im Großhirn gar nicht mehr zur Kenntnis nimmt? Ich denke aber auch noch an das, was Landeshauptmann Krainer gesagt hat, er hat das Erbe von 20 Jahren ÖVP-Arbeit in die Hände einer Landeshauptfrau Klasnic gelegt, hat ihr alles Gute gewünscht, und was ist daraus entstanden? 20jährige Arbeit für die Partei, für das Land werden nahezu in zwei Monaten kaputtgemacht. Hat sich eingesetzt für demokratische Gleichbehandlungen, für die Chancengleichheit, für ein leistungsgerechtes und objektives Maß und vor allem um die Wahrung der Menschenwürde. Seine Devise war es wohl, nicht Scheinen, sondern Sein, und das hat er auch durchgetragen. Unterstützt von Landesrat Hirschmann hat er ja ein Personalobjektivierungsmodell eingerichtet, aber Landesrat Hirschmann dürfte ja auch nicht mehr so glücklich sein mit dieser Vorgangsweise der jetzt praktizierten ÖVP-Politik, denn der geht ja auch schon lieber zur roten Sportlerversammlung, als zum schwarzen Wirtschaftsband, wenn es darum geht, die Grazer Kandidaten zu erstellen. Ich möchte mich auch nicht darüber verschweigen, daß ein Kollege Lopatka, der anscheinend nicht mehr bei der Sache zu sein scheint, darüber spricht, wie schlecht die Freiheitlichen sind, sie sitzen im Glashaus und werfen mit den Steinen.

Ich stelle jetzt fest, daß es gar nicht wenige Freiheitliche gibt, die die Qualifikation haben, das sind ganz großartige qualifizierte Leute an entscheidenden Positionen. Meine Damen und Herren, lieber Reinhold, das kommt nicht von mir, das kommt heute im O-Ton von deinem Klubobmann Hermann Schützenhöfer um 12.30 Uhr in der Steirischen Rundschau. Ich hoffe, ihr versteht euch, daß der eine nicht das eine sagt und der andere nicht das andere, oder müßtet ihr auch solche Sachen im vorhinein ausbesprechen? Aber ich möchte es mir auch nicht verkneifen, unserer Landeshauptfrau hinsichtlich ihrer Anfragebeantwortung den Spiegel vorzuhalten. Noch einmal vorzuhalten, und zwar nicht nach dem Motto „Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Mächtigste in diesem Land?“. Dann müßte nämlich der Spiegel sagen, mittlerweile schon der Herr Schachner, sondern ich möchte eines feststellen, daß in der Besetzung des Landesschulratspräsidenten, daß das keine Einfachposition ist, sondern eine wirklich definitive Doppelposition, wo 1,3 Milliarden – (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist deine Nervosität!“) ja, das ist meine Nervosität dir gegenüber, das nehme ich schon an – 1,3 Millionen nachzubedenken sind.

Ich darf auch noch erinnern, daß die Landeshauptfrau Klasnic, bevor das Kollegium ihr überhaupt empfohlen hat, bereits in die Presse gegangen ist und gesagt hat, daß sie den und jenen vorschlagen wird, namentlich den Herrn Lattinger und den Herrn Stadler.

Ich komme jetzt auf die STEWEAG-Problematik zu sprechen, die ja heute noch nicht so sehr zur Diskussion gestanden ist, und zwar aus dem ganz einfachen Grund, weil es mir irgendwo fehlt, daß einer, der auch angesucht hat, nicht einmal Berücksichtigung gefunden hat. Und weil es mir weiter darum geht, daß ein Herr Klepp mit 180.000 Schilling Pension in die Wüste geschickt worden ist. Jetzt arbeitet er höchstwahrscheinlich für die größte Liegenschaftsverwaltung Österreichs als Zentraldirektor und erhält den Differenzbetrag, um keine Pensionseinbußen in Kauf nehmen zu müssen, vom Land Steiermark. Das heißt, die STEWEAG sponsert mehr oder weniger die Wiener in der Bezahlung ihres Zentraldirektors. Ich glaube auch, daß das ein Maß an Verantwortungslosigkeit ist.

Des weiteren die Bestellung des Herrn Zankel, den man ganz einfach aus dem Ärmel herauszieht und hervorzaubert. Nur, eines muß man sagen, der Herr Zankel hat wenigstens Moral und Anstand bewiesen. Er hat 500.000 Schilling Abfertigung bekommen beim Wechsel eines Schreibtisches auf den anderen. Er hat selbst beantragt, entweder zahle ich die 500.000 Schilling zurück oder, was er schlußendlich gemacht hat, er hat die 500.000 Schilling von der Vordienstzeit abrechnen lassen, wodurch natürlich das Unternehmen auch dementsprechend gewonnen hat.

Ich hätte mir nur gewünscht, daß andere aus der STEWEAG ausscheidende Personen gleich gehandelt hätten wie Hubert Zankel. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, das ist noch gar nicht alles. Es geht ja auch in der Ferngas munter weiter. Abgesehen davon, daß die Landeshauptfrau zwar ein Bekenntnis dafür abgegeben hat, ein schwarzrotes Vieraugenprinzip aufrechtzuerhalten, nach den Grundsätzen eines Geschäftsmannes, kaufmännischen und technischen Geschäftsführer, ist man hergegangen und hat – obwohl es eine Vereinbarung gegeben hat zwischen dem Herrn Fehringer und dem Herrn Springer, daß sie bereit wären, die für die Firma billigste Variante zu wählen, und um an ihren Pensionsanspruch weiterzuarbeiten –, da es in den politischen Kram nicht hineingepaßt hat, einen Herrn Pözl – der roten Seite zuzurechnen – einfach hineingestellt, der ja in der ersten Sitzung überhaupt nur mit den Stimmen der ÖVP gewählt werden hat müssen, ansonsten wäre das gar nicht durchgegangen.

Ich komme noch einmal auf den Herrn Vujica zu sprechen und erinnere mich sehr gut an die Worte des Landeshauptmannstellvertreters, der gesagt hat, „um das Hearing schere ich mich nicht, 20 Jahre internationale Kulturerfahrung, das reicht mir.“ Na ja, 20 Jahre internationale Kulturerfahrung! Und dann eine Woche später eine Absage erhalten und dann einem komplett Kulturfremden politisches Asyl in der Kulturabteilung zu gewähren, das zieht ja schon einige Maßlosigkeit nach sich. (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten!)

Außerdem, 170 Klagen aus dem Joanneum Research sind ja auch nicht unbedingt zu verachten. 178 Klagen sind nicht zu verachten. Und auch hier werden wir ein Augenmerk darauf legen müssen.

Bei der SFG – man hat ja vergessen, einen Geschäftsführer zu budgetieren, weil der Herr Feil hat es vorher ehrenamtlich gemacht. Man muß auch da nachbudgetieren. Ich bin es dem Herrn Kaltenbeck schuldig, glauben Sie mir das, weil nach dem Sonderurlaub bei der Frau Vizebürgermeister Feldgrill-Zankel hat er sich diese Mehrleistungszulage sicherlich verdient.

Das Vieraugenprinzip wird ja auch von Ihnen propagiert, nicht nur bei der fachlichen Qualifikation, sondern auch bei der geldmäßigen Bewertung. Ich sage Ihnen eines, meine Damen und Herren von der ÖVP, wenn es so weitergeht, werden Sie lange brauchen, um auf Ihren Schienen auch die Zukunft zu erreichen.

Ich mache noch einmal auf etwas aufmerksam, was heute noch niemand angeschnitten hat. Die Landeshauptfrau ist zuständig für die Landesverwaltung und die damit zusammenhängende Geschäftseinteilung. Der Rechnungshofbericht des Bundes stellt dem Landesrat Hirschmann ein durchaus gutes Zeugnis aus, weil er Personaleinsparungsmaßnahmen getroffen, die Rechtsabteilung 2 aufgelöst und damit einen Amtsvorstand eingespart hat. Aber man muß ja, und es ist bereits ausgepackelt, wie es uns heute zweifach bestätigt worden ist, eine Rechtsabteilung 2 wieder ins Leben rufen, um dementsprechenden Günstlingen Unterschlupf zu gewährleisten. Ich mache darauf aufmerksam, daß eine Mahnung im Rechnungshofbericht nicht übersehen werden darf, daß sich die Personalkosten in der Hoheitsverwaltung des Landes und in den Regierungsbüros um 19 Prozent vermehrt haben. Jetzt werden sicherlich einige sagen, was ist denn mit dem Herrn Fischer, den der Herr Schmid eingestellt hat? Ich muß Ihnen eines sagen, unsere Loyalität über die Fachlichkeit geht so weit darüber hinaus, daß wir auch selbstverständlich einem Herrn Fischer politisches Asyl gewähren. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, weil jeder die budgetäre Wirkung und Folgekosten hier in diesem Raum in Frage stellt. Ich garantiere Ihnen eines, wir haben derzeit einen Verwaltungsaufwand in der Landesverwaltung von nahezu 4 Milliarden Schilling. Wenn unsere Landeshauptfrau die Periode fertig gemacht hat, dann sind wir sicherlich bei 5 Milliarden Schilling. Ich möchte Ihnen da ins Stammbuch schreiben: Es ist zu wenig, nur Macht zu verwalten, Sie sollten endlich die Politik gestalten!

Ich würde die Landeshauptfrau inniglich bitten, nicht nur ihrem Stellvertreter gegenüber lieb zu sein, sondern auch den Steirerinnen und Steirern gegenüber, die draußen an der Basis Arbeit suchen, und denen es bei Gott nicht so gut geht, daß sie sich in das gemachte, bürokratisch gut vorbereitete und vorgewärmte Nest hineinsetzen können.

Ich würde auch eines empfehlen, wenn Sie diese Praktik weiterüben, dann seien Sie wenigstens ehrlich, dann seien Sie so ehrlich, daß Sie in die Bewertungskriterien hineinnehmen, daß als Ausschreibungskriterium Parteibuchpflicht besteht. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Karisch: „Das ist eine Frechheit!“ – 17.51 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brunner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brunner (17.51 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich mir so diese Debatte, die wir jetzt führen, Revue passieren lasse, wenn ich mir die Liste vergegenwärtige, die Herr Flecker vorgelesen hat, und jene Listen, nämlich betreffend SPÖ und ÖVP, vergegenwärtige, die er nicht vorgelesen hat, dann kann ich uns nur zu einem beglückwünschen, nämlich, daß auf der Zuschauertribüne wenige Damen und Herren sitzen, daß die Medien in diesem Land quantitativ der Politik wenig Raum geben und daß nicht durch ein Parlamentsfernsehen eine größere Zahl von Steirerinnen und Steirern dieser Debatte folgen kann. Denn wenn das so wäre, meine Damen und Herren, dann bin ich ganz sicher, daß bei der nächsten Wahl die Wahlbeteiligung sinkt, dann bin ich ganz sicher, daß die Verdrossenheit steigt, und dann bin ich ganz sicher, daß der Widerstand gegen ein System, in dem das alles möglich ist, zunimmt.

Meine Damen und Herren, ich möchte zumindest diejenigen unter Ihnen ansprechen, die noch gewisse Sensibilitäten haben: Kapiere wir nicht, daß wir auf diese Weise, wie wir diese Debatte führen, auf diese Weise, wie die Sachverhalte liegen, die diese Debatte auslöst, unser System verspielen? Kapiere wir nicht, daß, wenn das einer breiteren Bevölkerungsschicht zugänglich wäre – eine solche Debatte und solche Sachverhalte –, die Leute sagen würden, das ist nicht die Art von Demokratie, das ist nicht die Art von sachorientierter Auseinandersetzung, die wir haben wollen? Da wird ein Herr Grollitsch gegen einen Herrn Kois aufgerechnet, ein Herr Rader gegen einen Herrn Lückler, ein Herr Ebner gegen irgendwen, ein Herr Götz gegen – und jetzt füge ich hinzu – Gebell, der Messepräsident werden soll – kleine Anmerkung.

Mich würde interessieren, Frau Landeshauptfrau, wie das Vieraugenprinzip dann bei der Messe verwirklicht wird, wenn Messedirektor Novak bleibt, wie dann das zweite Augenpaar gesichert erscheint. Da wird festgehalten, daß diese Sachverhalte, Herr Kollege Lopatka, überhaupt keine Dringlichkeit haben. Da ist immer Dringlichkeit gegeben, weil es ständig parteipolitisch motivierte Entscheidungen gibt, die kontraproduktiv sind, und auch unsere dringliche Anfrage bei der letzten Landtagssitzung hat dies gezeigt.

Frau Landeshauptfrau Klasnic, selbstverständlich mache ich Sie nicht verantwortlich für alle Probleme, die aufgezeigt worden sind, und vor allem für die Mißstände, die es in den verschiedenen Ressorts gibt. Aber ich möchte schon eines festhalten, mein Bild eines Bundeskanzlers, mein Bild eines Landeshauptmannes, mein Bild eines Bürgermeisters ist es, trotz Verteilung von Verantwortungen eine gewisse Gesamtverantwortung zu tragen für gewisse Sachverhalte, die dieses politische System diskreditieren. Ich habe auch nichts übrig, kein Verständnis, für dieses Verantwortungs-Ping-Pong-Spiel, daß hier gesagt wird, das ist der eine und das ist die andere, und dann stellt sich wie bei der letzten Ausschusssitzung am vorigen Dienstag heraus, daß es Regierungsmitglieder gibt, die wissen gar nicht, wofür sie zuständig sind, weil die Zuständigkeitsverteilung offensichtlich eine ist, wo sich kein Mensch mehr auskennt.

Ich möchte festhalten, daß ich gegen eine Politik des Miteinander, wie sie die Frau Landeshauptfrau immer wieder verkündet, nichts habe. Im Gegenteil, es ist okay, wenn Frau Landeshauptfrau Klasnic mit allen Bevölkerungskreisen spricht, es ist okay, wenn sie durch das Land tourt, und ich stelle überhaupt nicht in Frage, daß sie diese Politik des Miteinander auch ernst meint. Aber unter einer Politik des Miteinander verstehe ich nicht Tandembesetzungen – STEWEAG, Energieholding, Landesschulratspräsidium. Ich stelle in Abrede, Frau Landeshauptfrau Klasnic, zumindest ist das damals so diskutiert worden, daß das nur eine Funktionsteilung ist, da gibt es offensichtlich nicht nur ein Duumvirat, sondern da gibt es ein Triumvirat im Landesschulratspräsidium. Tandembestellungen bei der Forschungsgesellschaft Joanneum, beim Technikum Joanneum. Ich stelle nicht in Frage die Trennung dieser beiden Einheiten. Ich halte es angesichts der Notwendigkeit, die Fachhochschulstudiengänge intensivst aufzubauen, sogar für zweckmäßig, daß man die beiden Geschichten, die Forschungsgesellschaft und Fachhochschulstudiengänge, trennt. Tandembesetzungen in beiden Fällen, Tandembesetzungen im Falle der WUK, Tandembesetzungen im Falle der KAGES. Apropos WUK, der Landeshauptmannstellvertreter Schachner ist nicht mehr hier, die Geschäftsführerpositionen sind nicht ausgeschrieben worden. Und dann verstehe ich Frau Landeshauptfrau Klasnic nicht, wenn sie sagt, Personalentscheidungen werden mit größtmöglicher Objektivität getroffen. Eine Voraussetzung für eine größtmögliche objektive Entscheidung ist zumindest, daß die Posten ausgeschrieben werden, und wenn ich von Tandembesetzungen rede, dann möchte ich nicht mißverstanden werden. Ich kenne sehr viele dieser Herren auf diesen Tandems, ich stelle deren Qualifikation nicht in Abrede, ich verpasse ihnen auch keine parteipolitische Punzierung, aber ich habe ein ganz großes Problem mit dem Loyalitätsverständnis eines Herrn Flecker. So zumindest, wie ich sein Loyalitätsverständnis verstehe. Selbstverständlich ist Loyalität gefordert von STEWEAG-Direktoren gegenüber dem Unternehmen und gegenüber dem Land Steiermark, selbstverständlich ist Loyalität gefordert vom Bezirkshauptmann dahin gehend, daß die Gesetze dieses Landes unparteiisch vollzogen werden und daß man sich den Problemen in der Bevölkerung widmet. Selbstverständlich gehört es zur Loyalität aller anderen Geschäftsführer, die Aufgaben der Einheit, der sie vorstehen, bestmöglich wahrzunehmen und im Dienste dieses Landes sich zu befinden. Aber unter Loyalität verstehe ich nicht Loyalität gegenüber einer politischen Partei in diesen Funktionen.

Und wenn ich gesagt habe, ich möchte diesen Herren, die auf diesem Tandem sitzen, keine parteipolitische Punzierung verpassen, dann muß ich schon auch eine kleine Anmerkung machen. Natürlich gibt es kleinere und größere Affinitäten zu einer bestimmten Partei, und natürlich sind diese Personen von den jeweiligen Parteien ausgewählt worden im Hinblick auf den Fleckerschen Loyalitätsbegriff, was nicht heißt, daß jetzt diese Personen als Büttel der jeweiligen politischen Partei durch die Gegend rennen werden. Das werden sie nicht tun, Gott sei Dank nicht. Aber der Geruch, der entsteht bei dieser ganzen Prozedur, ist einer der parteipolitischen Durchdringung, ist einer,

daß dieses Land, daß diese Unternehmungen, daß diese Einheiten in der Hand von politischen Parteien sich befinden, und dagegen bin ich ganz massiv. Wenn hier über die Frage diskutiert wurde, wie das jetzt mit der Objektivität so sei und mit dem Begriff, dann kann man darüber streiten, und man kann auch über die Qualifikation streiten, aber es gibt Verfahren, die diesen Postenbesetzungen den Geruch der parteipolitischen Einflußnahme nehmen, indem man zum Beispiel Personalberatungsunternehmen dazwischenschaltet, wie das ja auch private Unternehmen erfolgreich tun, die der öffentlichen Hand, den politischen Verantwortlichen nicht die Entscheidungen abnehmen, aber die man einschalten könnte, nachdem man ein Anforderungsprofil definiert hat, da kann durchaus auch die Loyalität gegenüber dem Staat drinnen sein, und daß man diese unabhängigen privaten Personalunternehmen auf die Reise schickt mit ihren professionellen Methoden des Head-Hunting. Da sollen sich selbstverständlich auch Angehörige politischer Parteien bewerben können, diese sollen nicht ausgeschlossen sein. Und dann soll dieses Beratungsunternehmen den politischen Parteien beziehungsweise den Entscheidungsorganen einen Vorschlag machen, und dann kann man sich daran halten oder auch nicht. Wenn man sich nicht daran hält, dann muß man schlicht und einfach begründen.

Unter einer Politik des Miteinander verstehe ich auch nicht Verwaltungsreformmaßnahmen, Reform unter Anführungszeichen, wo es evident ist, wo aus den Augen springt, daß es um die Sicherung parteipolitischer Einflußbereiche geht – Stichwort Landesamtsdirektion, Umorganisation der Landesamtsdirektion. Einem schwarzen Landesamtsdirektor soll als Pendant eine Einheit gegenübergestellt werden, die unter dem Einflußbereich von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek steht.

Unter einer Politik des Miteinander verstehe ich nicht eine Presseförderung, wo die Presseförderungsmittel auf die Landesregierungsparteien aufgeteilt werden, wo Angestellte von politischen Parteien die Presseförderungsmittel gegenüber den Presseunternehmen vergeben, wo eine Zeitung, nämlich die „Steirische“, aufgewogen wird gegen die „Neue Zeit“. Erstere ist eine klassische Parteizeitung von der Organisation und von der Schreibweise her. Ich habe noch nie in der „Steirischen“ etwas von Meinungsvielfalt gelesen, sehr wohl aber bei der „Neuen Zeit“. Sie mag ihre Gesinnungsausrichtung haben, aber dort habe ich das sehr wohl gesichert gesehen, wenn zum Beispiel über Landtagssitzungen berichtet wird.

Eine Politik des Miteinander hat für mich überhaupt nichts zu tun, wie die Bezirkshauptmannschaften besetzt werden, nämlich sehr wohl nach parteipolitischen Gesichtspunkten. Es werden nach der Stärke jetzt der Landtagsparteien oder der Regierungsparteien so quasi Patronanzen sichergestellt gegenüber einzelnen Bezirkshauptmannschaften. Das ist nicht das, was ich unter der Politik des Miteinander verstehe. Unter einer Politik des Miteinander, unter einer inhaltlich konturierten Politik würde ich verstehen, daß alle politischen Parteien die Bezirkshauptmannschaften als Bollwerke des Rechtsstaates sehen, wo es darum geht, daß die Rechtsvorschriften unabhängig von irgendwelchen Interessen parteipoliti-

schen oder anderen Zuschnitts vollzogen werden, daß die Bezirkshauptmannschaften Serviceeinrichtungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sind.

Unter einer inhaltlich konturierten Politik würde ich verstehen, daß alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Chancen bei der Postenbesetzung haben, und das ist schlicht und einfach nicht der Fall. Und das könnte gesichert werden wieder durch Verfahren, nämlich durch das Verfahren lückenloser Ausschreibung. Während wir hier im Landtag bei der letzten Sitzung beschlossen haben, daß alle Dienstposten auszuschreiben sind, hat inzwischen oder einen Tag vorher der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek die Geschäftsführer der WUK ohne Ausschreibung besetzt.

Unter Chancengleichheit verstehe ich eine möglichst objektive Vergabe, die voraussetzt, daß zwischen dem Bewerber und dem zuständigen Entscheidungsträger eine unabhängige Einrichtung eingeschaltet wird, die dem Entscheidungsträger einen Vorschlag macht, nochmals Stichwort, bei den Spitzenpositionen Personalberatungsunternehmen.

Unter einer Politik des konturierten inhaltlich bestimmten Miteinanders verstehe ich eine Verwaltungsreform, die sich um die Funktionalität dieser Verwaltung kümmert, auch kümmert um den Frust der Beamtinnen und Beamten, kümmert dahin gehend, daß die Bürgerinnen und Bürger zu ihren Rechten kommen, und nicht eine Verwaltungsreform, wo herumgeschoben wird, Einheiten in der Landesamtsdirektion, nach Belieben, wo einmal eine Einheit aufgelöst wird – Rechtsabteilung 2 –, dann wird sie wieder gegründet, ohne daß nach außen hin erkennbar ist, welche Sachgesichtspunkte dahinterstehen.

Unter einer inhaltlich konturierten Politik würde ich verstehen, daß die Verwaltung nach funktionalen Gesichtspunkten organisiert wird, und nicht, daß zwei politische Referenten zuständig sind für die Gemeinden, und das wird dann als Vieraugenprinzip verkauft. Es ist ganz klar, worum es geht bei dieser Aufteilung der Gemeinden auf die zwei Landeshauptleute, nämlich um die Sicherung der jeweiligen parteipolitischen Einfluszbereiche.

Das gleiche gilt für den Landesschulrat. Ich würde mir dort eine Organisation wünschen, die funktional ist, und die nicht die parteipolitischen Einfluszbereiche sichert.

Ich würde mir vorstellen, daß unter einer Politik des Miteinander im Hinblick auf eine inhaltliche Politik, eine inhaltlich konturierte Politik, eine Presseförderung in diesem Land betrieben wird, die rechtsstaatlichen und demokratiepolitischen Ansprüchen genügt, und nicht so, wie das derzeit der Fall ist.

Meine Damen und Herren, worum geht es bei all diesen Problembereichen, die angesprochen worden sind? Es geht darum, daß wir endlich das System verändern, und zwar so, daß eben nicht mehr, zu Recht oder zu Unrecht, nach außen hin der Eindruck entsteht, daß es sich bei der öffentlichen Hand, beim Staat um die Besitzstände von politischen Parteien handelt.

Ja, Sie kennen die Schlagworte „Rückzug des Staates aus den Banken“, „Rückzug der politischen Parteien aus verschiedenen Unternehmungen“. Wir sollten uns hinsetzen und über eine solche System-

reform beraten. Ich denke, daß wir, das Liberale Forum, einige Vorschläge zur Systemänderung gemacht haben – Stichwort: Presseförderung, Ausschreibungs- und Objektivierungsgesetz.

Ich möchte einen Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Brunner, Keshmiri, Mag. Zitz und Dr. Wabl zur Verlesung bringen, der sich eben um eine solche Systemänderung kümmern möchte und die Verfahren der Besetzung von leitenden Positionen zum Gegenstand hat, einen Beschlußantrag betreffend zwingende Beauftragung von Personalberatungsunternehmen bei der Auswahl von Leitungsfunktionen.

Die genannten Abgeordneten stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

Im Falle von Dienststellen der Vorstände der Rechts- und Fachabteilungen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung sowie der Leiter/der Leiterinnen der Verwaltungsbehörden der ersten Instanz, zum Beispiel Bezirkshauptmannschaften, sowie der Dienststellen von Vorständen und Geschäftsführer/innen von Unternehmen, unabhängig davon, ob sie öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche sind, die der Kontrolle des Rechnungshofes (Artikel 127 Absätze 1 und 3 der Bundes-Verfassung) und des Landesrechnungshofes (Paragraf 2 und 3 Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz) unterliegen, ist ein privates Personalberatungsunternehmen auf der Grundlage einer öffentlichen Ausschreibung des Anforderungsprofils mit der Vorauswahl der Bewerber und Bewerberinnen zu betrauen. Der Vorschlag dieses unabhängigen Personalberatungsunternehmens ist zu veröffentlichen.

Wir haben uns nur beschränkt auf die Spitzenpositionen, und wir haben mit diesem Vorschlag nicht eingegriffen in die verfassungsrechtlich und politisch notwendigen und zuständigen Verantwortungsbereiche, weil es nur ein Vorschlag gegenüber den Entscheidungsträgern ist. Aber es ist ein Vorschlag, der tatsächlich ein Beitrag zur Objektivierung und zu einer Vergabe ist, wo man auch nach außen hin, leichter als das bisher der Fall ist, argumentieren kann, daß tatsächlich die bestgeeigneten Bewerberinnen und Bewerber genommen wurden, fernab von irgendwelchen parteipolitischen Überlegungen. (Beifall bei der FPÖ. – 18.08 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer (18.08 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mich immer bemüht, die Gesprächsbasis insbesondere auch zu den Freiheitlichen nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern sie durchaus auch – ich sage es so – freundschaftlich zu pflegen. Ich habe mich in der heutigen Debatte zurückgehalten bis zur Wortmeldung des Abgeordneten Peinhaupt, denn er hat die Grenze des Zumutbaren überschritten, meine Damen und Herren. Das, was er in bezug auf Waltraud Klasnic gesagt hat, ist eine Frechheit, die wir uns nicht bieten lassen, damit das klargestellt ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie hat nicht 20 Jahre Arbeit zunichte gemacht, sie ist ein Glücksfall für dieses Land, damit Sie es wissen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und Sie werden mit der Tatsache nicht fertig, daß sie in der Bevölkerung wie kein Politiker dieses Landes vor ihr und jetzt beliebt ist. Das ist der Punkt, warum Sie mit dem Schmutzkübel daherkommen. Ich bedauere es, und ich bin betrübt, daß es die Freiheitlichen sind, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Die FPÖ ist offensichtlich irritiert, weil sie die Rolle nicht findet, die sie im Land spielen soll. Wir haben nach dem 17. Dezember 1995 gesagt, wir wollen die Zusammenarbeit, die Kooperation mit allen im Landtag vertretenen Parteien und auch in der Regierung, keiner ist allein, keiner kann allein bestimmen. Wir wissen das. Wir wissen mittlerweile, was es heißt, auch Minderheit zu sein als stimmenstärkste Partei, und wir bemühen uns redlich, Mehrheiten zu finden. Und wie Sie aus der heutigen Debatte im Zusammenhang mit dem noch zu beratenden Wohnbauförderungsgesetz beziehungsweise der Novelle und der Frage der Bauinitiative wissen, zum Teil über die Grenze dessen, was zumutbar ist, weil wir, wenn es um die Sache geht, sagen, wichtig ist, daß es so etwas wie die Bauinitiative gibt, schlucken wir es, wenn ein anderer, der das bisher hervorragend gemacht hat, eine Zeitlang auch quasi zuständig dafür ist, weil wir das Wohl des Landes im Auge haben, und nicht zuallererst darüber nachdenken, was können wir wem, wie, wann antun, damit das bei uns in der Kompetenz landet.

Noch einmal: Bis zur Grenze des Zumutbaren gehen wir damit, gerade wenn es darum geht, auch das Einvernehmen mit den Freiheitlichen zu erzielen.

Ich sage es ganz ruhig, aber in aller Deutlichkeit, ich habe mir das heute sehr genau angehört, was gesprochen wurde, ich appelliere an die Freiheitlichen im Sinne einer guten Zusammenarbeit, die wir fortsetzen wollen, sich die Option nicht selbst zu nehmen, sich nicht selbst mutwillig aus dem Spiel zu nehmen. Man kann Partner auch zusammentreiben. Es wird schon manche geben in diesem Haus oder anderswo, die sich auf den Schenkel klopfen, daß es uns schwieriger wird zusammenzuarbeiten. Wir wollen das nicht, aber wir allein sind dafür nicht zuständig, mit jemandem gut zusammenzuarbeiten.

Ich habe mir lange schwer getan mit verschiedenen Repräsentanten der Sozialdemokratie. Man muß sich zusammenraufen, und man muß sich nicht nur zusammenraufen, man muß zur Kenntnis nehmen, daß es Situationen gibt, wo ich, wenn ich aufzeige, allein sein kann, in der Minderheit bleiben kann. Wir wollen solche Mehrheiten, die im Hintergrund die bestmögliche Lösung der Herausforderungen, vor denen wir stehen, garantieren.

Meine Damen und Herren, es gibt keinen Postenschacherskandal in der Steiermark. Es hat immer politische Besetzungen gegeben. Der Landesschulratspräsident ist eine politische Besetzung. Es hat damit zu tun, daß in einem Gremium entschieden wird, das sich nach den Ergebnissen der Landtagswahl richtet.

Die Ergebnisse der Landtagswahl sind Ergebnisse aus freien demokratischen Wahlen. Der Wähler hat immer recht, tut es auch noch so weh im Einzelfall. Aber das muß zur Kenntnis genommen werden. Ich erspare den Freiheitlichen noch einmal die Aufzählung von Raidl, Grollitsch, Chibidziura, Krünes nicht zu vergessen oder etwa auch Ludwig Rader. Ich erspare den Freiheitlichen aufzuzählen, wie das im Magistrat war, wie plötzlich Götz Bürgermeister geworden ist. Da war die ÖVP Mehrheitspartei und hat die Minderheitspartei hineingehievt, was bitte Mehrheitsfindung anlangt. Ich erspare der FPÖ, darauf hinzuweisen, daß der hiesige Parteiohmann Rader zu einer Zeit, als der Frischenschlager Minister für Landesverteidigung war, der Sekretärin, die sich in Fehring in der Kaserne um Aufnahme beworben hat, schon gratuliert hat zur Einstellung, wo sie noch gar nicht gewußt hat, daß sie drankommt – der werfe den ersten Stein.

Daher sage ich, meine Damen und Herren, größte Objektivität, Qualität, Qualifikation muß an der Spitze stehen, aber ich schäme mich nicht, wenn ein Mitarbeiter auch ein Regierungsbüros, von wo immer er herkommt, in eine Abteilung als Spitze gesetzt wird, denn das ist kein Aussätziger. Und Sie wissen es zum großen Teil, ich selbst komme aus einem Bereich, wo wir immer Minderheit waren: ÖGB-AK. Ich weiß, wie das ist, überstimmt zu werden. Ich weiß aber auch, daß mir auch bei Postenbesetzungen, darf ich das hiemit bekennen, ein aufrechter bekannter Sozialdemokrat oder ein Schwarzer oder ein Freiheitlicher, wenn er die Qualifikation mitbringt, in den allermeisten Fällen um sehr viel lieber ist als die, die zur richtigen Zeit das richtige Parteibuch gehabt haben, und das werden immer mehr. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Und das ist auch kein guter Weg, meine Damen und Herren.

Was nicht heißt, daß bestimmte Dinge, die auf Bundesebene passiert sind – und da hat man überschritten, mehr als überschritten, und das muß gestoppt und geändert werden, aber das hat nichts damit zu tun, daß wir summa summarum – es mag die Ausnahme die Regel bestätigen – vor das Auge des Wählers jederzeit treten können mit dem, was wir auch in der Besetzung von Spitzenpositionen tun. Und ich sage noch einmal, fangen wir nicht wieder an, in einer zum Teil unakzeptablen Art Menschen, die alles für dieses Land tun, herunterzumachen. Sie bekommen die Rechnung selbst. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.16 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Präsident Vesko. Er hat das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (18.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Frau Landeshauptmann!

Wir haben bewußt alle jene Fragen an Sie gerichtet und nicht, wie der Herr Kollege Lopatka meinte, an den Hauptverantwortlichen für die Mißstände, nämlich den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner, weil Sie auf Grund der Aussagen, die Sie tätigen, die da lauten „es sind alle gleich“, „miteinander“, „wir müssen etwas bewegen in diesem Lande“, den Eindruck bei uns hinterlassen haben, daß Sie die Adresse sind, die in der Lage ist, uns diese Fragen zu beantworten. Und wir sind und wir haben

es alle heute hier gehört, klar darüber informiert worden, wie die Dinge in diesem Lande zu laufen haben. Kollege Flecker hat kein Hehl daraus gemacht, und ich bewundere seine Ehrlichkeit, daß zeichnet ihn vielleicht insofern aus, daß er sagt, was reden wir lange um den Brei herum, so ist es, es muß so gemacht werden, das verlangt die Politik. Der Teil hat mir ganz gut gefallen. Nur dann, wie die Munition nicht mehr da war, waren wir wieder dort, wo wir früher waren.

Und der polemische Teil ist etwas, Kollege Flecker, der auch bei mehrfacher Wiederholung - und Sie zeichnen sich ja dadurch bei jeder oder fast jeder Landtagsdebatte aus, ich würde sagen, Sie haben sich die Professur schon verdient, weil Sie dozieren jetzt schon nur mehr immer im selben Bereich, daher sage ich, ich habe die Botschaft verstanden. Ich habe die Botschaft verstanden, daß alle jene, die noch immer glauben, daß es in diesem Lande möglich ist, etwas reell zu erreichen, auch über diejenigen Menschen, die den Funken einer Hoffnung haben, dort in eine dieser Positionen hineinzukommen, die vielleicht ein ganzes Berufsleben bis zu diesem Zeitpunkt daran gearbeitet haben und dann plötzlich, Kollege Schützenhöfer, durch einen verdienstvollen Mitarbeiter aus einem Regierungsbüro einfach um diese Chance gebracht werden, dann kann das auch nicht die Realität sein. Aber wir haben es heute gehört, so ist es nun in diesem Lande. Und, Frau Landeshauptmann - es wundert mich, daß die Frau Landeshauptmann nicht einmal die Debatte zur dringlichen Anfrage an sie persönlich zu Ende hört - ich verstehe das durchaus unter dem Stil des Miteinander, daß sie einfach nicht einmal die Zeit hat, sich anzuhören, was wir dazu zu sagen haben. Vielleicht haben wir uns doch nicht ganz geirrt (Abg. Schützenhöfer: „Vesko, du bist der Vesko“), daß wir in diesem Zusammenhang sagen müssen „jawohl, so wird in Zukunft die Politik in diesem Lande gestaltet werden“. Wir nehmen es zur Kenntnis, wir müssen es zur Kenntnis nehmen. Kollege Brünner hat das sehr klar zum Ausdruck gebracht, wir können uns nicht dagegen wehren. Wir werden aber nicht müde werden, meine Damen und Herren, die großen Fraktionen darauf aufmerksam zu machen, wie sie mit diesen Dingen umgehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Das Recht können Sie uns nicht nehmen und werden Sie uns auch nie nehmen können.

Und weil wir schon dabei sind, ich will jetzt auch nicht noch einmal das Aufzählenspiel spielen, wer das und wer da und wer da, ich möchte Ihnen nur eines sagen. Die Aufsichtsräte, die Sie uns aufgezählt haben, sind auf Grund der gesetzlichen Lage von uns zu besetzen. Wir haben das auch getan. Wir haben ordnungsgemäß diese Aufsichtsräte besetzt außerhalb des Hauses. (Abg. Dr. Flecker: „Sagen Sie mir das Gesetz, Herr Präsident! Wo ist das Gesetz? Reden Sie keinen Unsinn, es gibt kein Gesetz. Sie kennen sich auch nicht aus. Ihnen hätte ich mehr zugetraut. Sie wissen den Unterschied nicht und reden wie der Blinde von der Farbe!“)

Wir haben auf Grund unserer politischen Stärke einen zu besetzen. (Abg. Dr. Flecker: „Welches Gesetz ist das bitte?“)

Na, dann ist es vielleicht kein Gesetz, sondern eine Verordnung. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist aber ein Unterschied!“) Nein, da ist kein Unterschied, wir sind aufgefordert vom Land. Wir sind vom Land aufgefordert, diese Positionen zu besetzen, und haben es getan. (Abg. Dr. Flecker: „Und das ist ein Gesetz?“) Ob es ein Gesetz ist oder nicht, vielleicht ist es nur eine Verordnung. (Abg. Dr. Flecker: „Und ihr akzeptiert alles, was die Regierung euch anbietet?“)

Nein, wir akzeptieren nicht alles, aber wir nehmen es zur Kenntnis. (Abg. Dr. Flecker: „Ihr nehmt es an!“)

Und ich sage Ihnen noch etwas, Kollege Flecker. Ich möchte ganz klar und deutlich hier feststellen, Aufsichtsräte sind Kontrollinstrumente. Aufsichtsräte sind das Maß der Kontrolle. Und wir wollen das Recht auf Kontrolle wahrnehmen. (Abg. Dr. Flecker: „Wir auch!“) Weil wenn das auch nicht mehr passiert bitte, wenn da alles in dieser Ebene abgezirkelt ist und behandelt wird, dann gute Nacht. Sie werden sich sehr anstrengen müssen, es politisch so weit zu bringen, um unsere derzeitige Position, um unsere derzeitige Position der Stärke anzufechten. Sie können natürlich mit der Mehrheit alles beschließen, und Sie tun es ja bereits auch in der Praxis. Na glauben Sie, daß die Besetzung des Aufsichtsrates in der Steiermärkischen nicht eine politische Entscheidung ist?

Dort haben Sie uns vorgeschrieben, den nicht zu besetzen, diese Person. Sie haben gesagt, diese Person wollen wir nicht, sie können einen anderen hineinsetzen, zwei sogar. (Abg. Dr. Flecker: „Es gibt Leute, die sich disqualifizieren!“) Selbstverständlich, und jetzt werde ich Ihnen sagen, wie sich diese Leute disqualifiziert haben. Diese Leute haben sich damit disqualifiziert, daß sie im Rahmen ihrer Kontrollfunktion etwas aufgedeckt haben, was zum Himmel stank, das heißt, es tuts noch heute, es hat nie aufgehört zu stinken, daß nämlich jemand, der eine Funktion gar nicht ausgeübt hat, für diese Funktion eine halbe Million Schilling Prämie bekommen hat. Es ist dann aufgezeigt worden, und damit das Problem aus der Welt geschafft wird, hat man dem, der nachher als Zweiter im Zuge des Vieraugenprinzips und, und, und dazugekommen ist, auch die halbe Million Schilling gegeben. So läuft das, bitte. Ich habe mir tunlichst verkniffen, Namen zu nennen, Kollege Flecker, weil da würden Sie beim Laufen mit der Hose unten sehr langsam vorankommen. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist meistens so!“ - Beifall bei der FPÖ. - Abg. Dr. Flecker: „Unheimlicher Vorteil, wenn du die Hose anhast!“) So ist es.

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Kollege Schützenhöfer, dir möchte ich das auch noch sagen, es ist dem vorhergehenden Landeshauptmann sicherlich nicht leicht gefallen, sich nach einer absoluten Mehrheit, deren Verlust ihn bitter getroffen hat, dazu durchzuringen, damit zu leben und die neuen politischen Verhältnisse zu akzeptieren. Aber gerade er war es, der in allen Bereichen dafür gesorgt hat, daß es zu dieser Objektivierung kommt, daß es zu diesen Demokratisierungsbereichen kommt und daß es ein Hearing gibt und, und, und. Etwas, was vorher auch nicht gegeben war, weil die Mehrheit da eben ex cathedra entschieden hat. (Abg. Ing. Löcker: „Das ist vor der Wahl nicht so gesagt worden!“) Nein, das ist vor der Wahl nicht gesagt worden.

Aber in der Zwischenzeit hat es gewechselt, und jetzt haben wir das vielzitierte Miteinander, nur, all das, was damit verbunden ist, ist leider Gottes verschwunden.

Ich gebe dir schon recht, Kollege Pörtl, es war nicht leicht, das zum Verschwinden zu bringen, und ihr zahlt es ja teuer, Tag für Tag, und ihr seid ja auch ein Opfer davon, wie der Kollege Lopatka sehr leise anklingen hat lassen.

Nur eines bitte, wir werden, solange wir hier herinnen sitzen, und das wird sicherlich noch eine lange Zeit sein, auf diese Umstände immer wieder und immer deutlich hinweisen, aus zwei Gründen (Beifall bei der FPÖ.), weil wir es dem Land schuldig sind, und weil wir es den Menschen schuldig sind, die auch eine Chance haben wollen, in Positionen zu kommen, die ihnen auf diese Weise vorenthalten werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist eine Aufgabe, die es wert ist, von uns betreut zu werden. Und ich habe nicht die Hoffnung aufgegeben – das sage ich ganz offen –, daß es nicht doch eine Möglichkeit gibt, von der Einstellung des Dr. Flecker, das muß so sein, doch ein bißchen abzurücken, weil ich nicht glaube, daß das den handelnden Person gut tut.

Ich möchte aber, um all das zu bekräftigen, einen Beschlußantrag einbringen, der gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages von den Abgeordneten Ing. Schreiner, Mag. Bleckmann, Ing. Peinhaupt, Dipl.-Ing. Vesko, Dietrich, Schinnerl, Mag. Hartinger, Wiedner, Porta und List, betreffend künftiger Vorgangswesen im Zuge von Postenvergaben, unterzeichnet ist.

Um bei Postenbesetzungen ein Höchstmaß an Objektivität gewährleisten zu können, stellen unterfertigte Abgeordnete folgenden Antrag:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, damit bei künftigen Bestellungen beziehungsweise Besetzungen von Positionen ausschließlich nach folgenden Prinzipien vorgegangen werden kann:

Erstens: Lückenlose öffentliche Ausschreibung aller Geschäftsführer- und Vorstandsfunktionen und sich daraus ergebender Berücksichtigung nur jener Bewerber, die auch an der Ausschreibung teilgenommen haben.

Zweitens: Transparenz hinsichtlich aller Vorstands- und Geschäftsführerfunktionen, insbesondere vollständige Offenlegung aller Einkommen und Sonderverträge.

Drittens: namentliche Veröffentlichung der verantwortlichen Entscheidungsträger und Aufsichtsräte.

Viertens: Festlegung marktgerechter Bezüge für die verantwortlichen Entscheidungsträger und Aufsichtsräte nach nationalen und internationalen Branchenvergleichen.

Fünftens: ausnahmslose Befolgung des Regierungsbeschlusses vom 12. Dezember 1994, der das Auswahlverfahren beziehungsweise Hearing für Führungskräfte vorsieht.

Sechstens: die regelmäßige Einbeziehung von Personalberatungsfirmen in das Auswahlverfahren zur objektiven Bewertung.

Siebtens: die leistungsorientierten Standardverträge für Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder.

Achtens: restriktive Beurteilung bei Bestellungen im Falle auftretender Unvereinbarkeiten.

Und jetzt gestatten Sie mir noch einen Satz zu diesem Beschlußantrag. In diesem Beschlußantrag sind jene fünf Punkte enthalten, die die Bundesregierung vor zehn Jahren schon beschlossen hat und die nach wie vor ihre volle Gültigkeit haben, allerdings entflochten, und ich ersuche daher, daß man auch diesem Umstand Rechnung trägt.

Darüber hinaus stellen die Abgeordneten den Antrag, eine punktuelle Abstimmung zu diesen acht Punkten durchzuführen. (Beifall bei der FPÖ. – 18.29 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine verehrten Damen und Herren, es liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir haben nunmehr über zwei Beschlußanträge abzustimmen, wobei ich noch einmal daran erinnere, daß der Herr Präsident den Antrag gestellt hat, daß der Antrag der Freiheitlichen Partei, der insgesamt acht Punkte umfaßt, punktweise abgestimmt werden möge. Ich komme diesem Ansuchen nach.

Wir stimmen nunmehr über den Beschlußantrag des Liberalen Forums und der Grünen ab, betreffend die zwingende Beauftragung von Personalberatungsunternehmen bei der Auswahl von Leitungsfunktionen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezwischenzeichen. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen nunmehr zum Antrag der Freiheitlichen Partei.

Punkt eins: lückenlose öffentliche Ausschreibung aller Geschäftsführer- und Vorstandsfunktionen. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die erforderliche Mehrheit ist nicht gegeben.

Punkt zwei: Transparenz hinsichtlich aller Vorstands- und Geschäftsführerfunktionen, insbesondere vollständige Offenlegung aller Einkommen und Sonderverträge. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Keine Mehrheit.

Punkt drei: namentliche Veröffentlichung der verantwortlichen Entscheidungsträger und Aufsichtsräte. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die erforderliche Mehrheit ist nicht gegeben.

Punkt vier: Festlegung marktgerechter Bezüge für die verantwortlichen Entscheidungsträger und Aufsichtsräte nach nationalen und internationalen Branchenvergleichen. Wer diesem Punkt zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Keine erforderliche Mehrheit.

Punkt fünf: ausnahmslose Befolgung des Regierungsbeschlusses vom 12. Dezember 1994 (Auswahlverfahren beziehungsweise Hearing für Führungskräfte). Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Keine Mehrheit.

Punkt sechs: regelmäßige Einbeziehung von Personalberatungsfirmen in das Auswahlverfahren zur objektiven Bewertung. Bei Zustimmung bitte ich um ein Händenzeichen.

Die erforderliche Mehrheit ist nicht gegeben.

Punkt sieben: leistungsorientierte Standardverträge für Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die erforderliche Mehrheit ist nicht gegeben.

Punkt acht: restriktive Beurteilung bei Bestellungen im Falle auftretender Unvereinbarkeiten. Bei Zustimmung bitte ich um ein Händenzeichen.

Auch dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir haben somit die dringliche Anfrage behandelt und kehren nunmehr zurück zu Punkt 10 der Tagesordnung, betreffend die Stadt-Regionalbahn. Zu Wort gemeldet war die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Nunmehr hat sie das Wort.

Abg. Mag. Zitz (18.33 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Betreffend Stadt-Regionalbahn haben wir eine Regierungsvorlage bekommen, die wir in dieser Form nicht zur Kenntnis nehmen können, weil sie sich nicht mit dem Thema unseres Antrages befaßt, nämlich mit der Stadt-Regionalbahn als ein Mobilitäts- und auch arbeitsmarktspezifisch sehr interessantes Projekt für Graz, sondern sich mit der Schnellbahn befaßt, wie sie jüngst mit dem Titel „Steirertakt“ in der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, und das für uns sehr Problematische daran ist, daß nur am Rande dieser Publikation die Stadt-Regionalbahn erwähnt wurde, nämlich leider Gottes ohne konkrete Angaben von Zeithorizonten oder Finanzierungsmöglichkeiten soll sie lediglich untersucht werden. Wir möchten darauf hinweisen, daß in Graz alle politischen Gruppierungen darauf einwirken, daß es diese Stadt-Regionalbahn in der vollen Größe, wie sie jetzt seit vielen Jahren bereits diskutiert wird, geben soll. Daß diese Stadt-Regionalbahn unter Mitwirkung des Landes auf ihre Machbarkeit untersucht wurde, die Machbarkeitsstudie liegt vor, und der Bevölkerung immer wieder ein Recht zugestanden wird, gerade auch jetzt, wo die Verkehrsdebatte wieder aufflammt auch auf Grund der sehr, sehr hohen Unfallsziffern, die wir heute den Zeitungen entnommen haben, der Bevölkerung das Recht zusteht, ein attraktives und sicheres öffentliches Verkehrsmittel zu haben, zu annehmbaren Konditionen. Ich möchte deswegen einen Beschlußantrag einbringen betreffend Stadt-Regionalbahn und bitte, diesen zu unterstützen.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag ehestmöglich ein detailliertes Konzept zur stufenweisen Realisierung einer Stadt-Regionalbahn im Großraum Graz, ausgehend von der bereits erarbeiteten Machbarkeitsstudie, vorzulegen.

Das ist unser Antrag, ich bitte um Annahme. (18.36 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich sehe keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt, jedoch überreicht mir Herr Hofrat Anderwald eine Regieanweisung, die insgesamt drei Abstimmungen enthält.

Darf ich die Damen und Herren bitten, ihre Plätze einzunehmen, damit die Beschlußfähigkeit gegeben ist.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Antrag der ÖVP, FPÖ und SPÖ, betreffend umgehende Einleitung der Planungsarbeiten für den zweigleisigen Ausbau der Südbahn zwischen Graz und Spielfeld-Straß zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Antrag der Grünen und des Liberalen Forums, betreffend Stadt-Regionalbahn, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

11. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 262/2, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Flüchtlingspolitik in der Steiermark.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (18.38 Uhr): Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Wabl, Zitz, Keshmiri und Brünner, betreffend Flüchtlingspolitik in der Steiermark.

Es ist bei diesem Antrag darum gegangen, daß Asylwerber und Asylwerberinnen am Bundesasylamt in Graz mit der Begründung abgewiesen wurden, weil sie an Demonstrationen gegen das Regime in ihrem Land teilgenommen hätten. Sie hätten damit lediglich eine strafbare Handlung begangen und würden nicht unter das österreichische Asylgesetz fallen. Es hat dementsprechend eine Regierungsvorlage gegeben, die diesen Kritikpunkten teilweise recht gibt, die auch an das Innenministerium mit der Bitte um Äußerung gegangen ist. Ich zitiere diese Äußerung des Innenministeriums im Kernsatz. „Dabei hat sich feststellen lassen, daß möglicherweise in der Vergangenheit im Kontext der rechtlichen Subsumption der Folgen einer Teilnahme an verbotenen Demonstrationen eine uneinheitliche Auslegung der neuesten Verwaltungsgerichtshofsjudikatur bestanden hat, die jedoch im Zuge regelmäßiger Dienstaufsicht und Mitarbeiterschulung im internen Bereich des Bundesasylamtes bereits geraume Zeit vor der Thematisierung der in Rede stehenden Angelegenheit durch die Presse beziehungsweise durch Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag beseitigt wurde.“

Ich bitte um Kenntnisnahme dieses Berichtes. (18.40 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es gibt auch zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung. Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Angenommen.

12. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 363/2, zum Beschluß Nr. 237 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Februar 1997 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Lopatka, Dr. Brünner, Dr. Wabl, Dr. Karisch und Keshmiri, betreffend Kakaobutterersatzstoffe.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (18.40 Uhr): Nachdem ich davon ausgehe, daß die Kolleginnen über dieses Stück ohnehin bereits im Ausschuß informiert wurden (Abg. Purr: „Auch wir!“), auch die Kollegen natürlich, möchte ich nur ganz kurz darlegen, von wem eine Stellungnahme eingeholt wurde. Nämlich vom Bundesministerium für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, der bekenntigt:

Die Vertreter Österreichs haben sich daher in den entsprechenden Ratsexpertensitzungen nicht gegen den vorgesehenen 5prozentigen Zusatz von anderem Pflanzenfett als Kakaobutter ausgesprochen; allerdings wurde verlangt, daß dieser Zusatz zusätzlich zur Zutatenliste „blickfangartig“ kenntlich gemacht werden soll.

Es gibt dazu noch eine Darstellung von seiten der Europa-Abteilung und in der Anlage einen Vorschlag für eine Richtlinie des EU-Parlaments bezüglich Schokoladenerzeugnisse.

Ich bitte um Annahme dieses Berichtes. (18.42 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich der Herr Abgeordnete Porta gemeldet. Er hat das Wort.

Abg. Porta (18.42 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, sehr verehrte Damen, sehr verehrte Herren!

Wieso sind wir Freiheitlichen nicht auf diesem Antrag? Wir zweifeln die Sinnhaftigkeit dieses Antrages an. Wir sind selbstverständlich einer Meinung, daß die Selbstbestimmung der einzelnen Staaten in der EU gewahrt werden muß. Wir glauben, das ist ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der EU-Staaten. Wir bezweifeln auch die Sinnhaftigkeit, daß die 5prozentige Zugabe von pflanzlichen Fetten den einzelnen Entwicklungsländern besonders nützen wird. Wir glauben, da gäbe es besondere geeignete Maßnahmen, diese Entwicklungsländer anders zu fördern. Da wäre der Bund, aber auch das Land gefordert. Wir sind selbstverständlich für eine sinnvolle Unterstützung dieser Entwicklungsländer, aber ich glaube, die Eigenstaatlichkeit geht vor. Es ist alles im Artikel 3 geregelt. Ich erwähne nur ganz kurz: Bereits in der geltenden Verordnung über Kakao und Schokoladenerzeugnisse, BGBl. Nr. 659, die eine EG-konforme Umsetzung der entsprechenden EG-Richtlinien darstellt, ist ein Zusatz von höchstens 5 Prozent Pflanzenfett unter der Voraussetzung zulässig, daß er auf der Verpackung kenntlich gemacht wird. Und dann geht es weiter, der eine Absatz: Gemäß diesem Vorschlag bleibt es den Mitgliedsstaaten anheimgestellt, ob sie die Verwendung anderer pflanzlicher Fette als Kakaobutter in den Schokoladenerzeugnissen bis zu einem

Anteil von 5 Prozent zulassen oder nicht. Die Kommission beruft sich hinsichtlich dieser Ermessensbestimmung auf den in Artikel 3 b, Absatz 3 des EG-Vertrages festgelegten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Rahmen der Selbstbestimmung.

Ich glaube, das ist eine Begründung, wieso wir auf diesem Antrag nicht oben waren. Danke. (18.44 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich sehe keine weitere Wortmeldung.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

13. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 476/1, betreffend den vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration für das erste Vierteljahr 1997.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Heinz Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (18.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wie alle Quartale, so auch in diesem, haben wir den vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration in Diskussion zu nehmen.

Der zuständige Ausschuß hat sich damit befaßt und empfiehlt Ihnen die Annahme der entsprechenden Regierungsvorlage.

In dieser Regierungsvorlage ist wie immer, so auch dieses Mal, in einigen Abschnitten – Abschnitt I: „Stand der Rechtsanpassung“, Abschnitt II: „Ereignisse auf europäischer Ebene seit der letzten Berichterstattung“ und Abschnitt III „Maßnahmen der Steiermark im Hinblick auf die Europäische Union“ – zusammengefaßt, was es in diesem Berichtsquartal, nämlich dem ersten Vierteljahr 1997, aus der Sicht des Europareferates zu berichten gab. Der Bericht liegt Ihnen vor.

Ich bitte um Zustimmung zu der Vorlage. (18.46 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner selbst. Er hat das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (18.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben anlässlich der Berichterstattung des Europareferates zum jeweiligen Stand der Integrationsbemühungen jeweils spezifische Schwerpunkte diskutiert. Ein Punkt stand aber regelmäßig jedenfalls auch im Blickpunkt unseres Interesses, nämlich die Frage, wie wird sich die entsprechende Bemühung im Lande Steiermark, auf nationaler Ebene oder europaweit, um eine Verbesserung der gesamt-europäischen, aber auch unserer Beschäftigungssituation auswirken?

Das Thema „Beschäftigung“ ist ein solches, das wir immer im Auge haben und auch weiterhin haben werden und sollen. Und gerade die Pressemeldungen der letzten Tage über die Vorgespräche zu der nunmehr am 15. Juni abzuschließenden Konferenz über die Reform der EU, insbesondere der Strukturfonds, lassen erkennen, daß wir kräftige Mitstreiter in dieser Frage gefunden haben, und lassen erwarten, daß wir in der Frage, die Beschäftigung ins Zentrum des gesamten Interesses der Europapolitik zu stellen, starke Mitstreiter gefunden haben.

So darf auch ich diesen Bericht zum Anlaß nehmen, ein besonders für unsere Beschäftigungslage in der Steiermark wichtiges Thema dem Bericht beizufügen, weil ich glaube, daß die Frage der Südost-erweiterung, die Frage unseres Handlings mit dem Nachbarn Slowenien, ich füge dem aber auch sofort hinzu, den beiden westungarischen Komitaten, aber auch Friaul, Julisch-Venezien, eine ganz entscheidende Frage sein wird, wie wir im großen Rahmen die Beschäftigungssituation in unserem Lande verbessern können.

Wir alle wissen, meine Damen und Herren, daß wir insbesondere in der Nachkriegszeit sehr stark darunter gelitten haben, daß wir einerseits gegenüber dem Osten eine absolut abgesperrte Grenze hatten mit keinerlei wirtschaftlicher Kontaktnahme, und daß uns gegenüber der westlichen Wirtschaftsentwicklung die Ungunst unserer Ostlage entgegengeblasen hat.

Nunmehr ergibt sich nach dem Ende der dramatischen kriegerischen Entwicklungen in Südosteuropa, also insbesondere in Slowenien, nach der Bemühung Sloweniens nach engerer Kontaktnahme und Aufnahme zur EU und nach den ähnlich lautenden Bemühungen in Ungarn eine Situation, die erkennen läßt, daß die südöstlich von uns gelegenen Regionen eine unglaubliche Wirtschaftsdynamik entwickeln. Slowenien hat uns, was die Dynamik anlangt, sicherlich schon eingeholt, wenn nicht überholt. Wirtschaftswissenschaftler erwarten, daß man in wenigen Jahren in sehr, sehr vielen Wirtschaftsparametern Slowenien vor unsere Steiermark setzen wird müssen. Wir wissen, daß die Regionen Friaul, Julisch-Venezien nachgerade boomen, und wir haben daher, meine Damen und Herren, zu überlegen, wie wir uns angesichts dieser Fakten mit diesen im Süden gelegenen Wirtschaftschancen auseinandersetzen. Ich bin überzeugt davon, daß ein vernünftiges Handling mit dem Thema EU-Osterweiterung ein richtiger Ansatz ist, in dieser Frage richtige Schritte zu tun.

Einer der wichtigsten Schritte in dieser Richtung ist jedenfalls die Bereitstellung der entsprechenden Verkehrsinfrastruktur. Ich bin sehr froh darüber, daß in der gestrigen Regierungssitzung von unserem Verkehrslandesrat Joachim Ressel eine dementsprechende Studie eingebracht wurde, die hier auch Gegenstand unserer Überlegungen im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung sein sollte, weil hier vom Österreichischen Institut für Raumplanung ziemlich klar nachgewiesen ist, daß dieser Bereich, den ich eben angesprochen habe, in dem Städteviereck Graz-Villach-Triest-Zagreb ein Bereich ist, der schon von der Größe und von der Entwicklungsdynamik her geeignet ist, uns Ersatz für den Bereich zu bringen,

den wir mit unserer besonders ungünstigen Verkehrssituation im Osten des gesamtwesteuropäischen Wirtschaftsraumes bisher zu erleiden hatten.

Die Wettbewerbsbedingungen haben sich also verändert. Wir haben darauf einzusteigen. Wir haben uns zu bemühen, in diesem Bereich die verkehrlichen Benachteiligungen zu verringern. Hier gibt es einen Ansatz des zuständigen Regierungsmitgliedes, und das sollten wir, wie ich glaube, ernsthaft überlegen und mit aller Kraft unterstützen.

Es mag fürs erste nicht klar erkenntlich sein, was Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen mit der Beschäftigungslage zu tun haben, aber allein aus dem Bauch heraus weiß jeder von uns, daß entlang guter Verkehrsinfrastruktur sich allemal unsere Betriebe, unsere Wirtschaft besser entwickeln kann als abseits der guten Verkehrsinfrastruktur. Wir wissen auch, daß entlang guter Verkehrsinfrastruktur die Erreichbarkeit einer bestimmten Bevölkerungsanzahl dementsprechend gegeben ist. Es gibt dazu klare, von der Wissenschaft formulierte Ziffern.

Während wir in unserem Bereich – Zentralraum Graz, Mur-Mürz-Furche – innerhalb von drei Stunden Geschäftsreiseverkehr, und das ist ein Parameter, der allgemein üblich angewandt wird, ungefähr 13 Millionen Personen erreichen können, wird in den Zentralregionen Europas das Zwölf- bis 14fache erreicht. Und dasselbe gilt natürlich für den ebenfalls anzuwendenden Parameter der in 90 Minuten erreichbaren Arbeitsplätze.

Auch hier haben wir rein innerösterreichisch schon den Nachteil gegenüber dem Zentralraum Linz-Salzburg, wo etwa 900.000 nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze angesiedelt sind, während wir in unserem Zentralraum etwa 520.000 nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze haben. Und wenn wir uns überlegen, daß in dem Gesamttraum des Regionsrechteckes Graz-Villach-Triest-Zagreb etwa 6,3 Millionen Einwohner zu Hause sind und etwa 2,3 Millionen nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, dann wissen wir, in welcher Richtung unsere Entwicklungsüberlegungen anzusiedeln haben. Dann wissen wir aber auch, meine Damen und Herren, wie wir uns im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung den einzelnen damit auf uns zukommenden Fragen zu nähern haben, nämlich unter der Prämisse, daß das eine Partnerschaft ist, die wir suchen, die wir brauchen, die wir dringend notwendig haben, um die Verkehrsnachteile unseres Wirtschaftsstandortes Steiermark einigermaßen wettmachen zu können. Es ist daher meines Erachtens dringend notwendig, jene Stärkung der Nordsüdachse, die Verkehrsausbaumaßnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind, zu unterstützen, wo es nur geht und wie es nur geht. Und deshalb nehme ich auch diese Gelegenheit wahr, darauf hinzuweisen, daß wir alles dazu tun sollten, damit Terminal Graz-Süd, Semmeringbasistunnel, Graz-Koralmtunnel, Graz-Spielfeld auf dem Sektor Schiene und die begleitenden Maßnahmen auf dem Sektor Straße, A 2 Mooskirchen-Modriach, A 9 Plabutschunnel zweite Röhre, S 6 Umfahrung Spital am Semmering, B 70 Gaisfeld-Mooskirchen, B 78 Weißkirchen-Zeltweg und eine Reihe weiterer im Detail aufgelisteter Maßnahmen, die ganz einfach im Gesamtpaket die Nordsüdachse stärken und damit für

uns die Chance ausbreiten, uns in jenen Wirtschaftsraum hineinbewegen können, von dem ich eben gesprochen habe.

Meine Damen und Herren, ich habe diese Gelegenheit zur Darlegung dieses Exposés von Verkehrslandesrat Ressel genommen, weil ich überzeugt bin, daß wir in unserer Einschätzung der Probleme, aber auch der Chancen der EU-Südosterweiterung gut beraten sind, wenn wir diese Wirtschaftsdaten vor Augen haben und wenn wir all unsere Maßnahmen in diesem Zusammenhang an diesem Ziel orientieren, alles dafür zu tun, daß wir durch diese Maßnahmen die Beschäftigung in der Steiermark verbessern können. (Beifall bei der SPÖ. - 18.56 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Prof. Jeglitsch.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (18.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren des geschrumpften Landtages!

Beim Herausgehen hat mich die Frage begleitet, mit welchem Spruch ich beginnen werde, nachdem bei der dringlichen Anfrage mehrere Zitate gefallen sind. Mir würde nur einfallen „Still ruht der See, die Fischelein schlafen“. Der Dampf ist draußen nach der dringlichen Anfrage, und so bedanke ich mich bei all jenen Damen und Herren, die hier geblieben sind, wobei ich glaube, daß das, was der Herr Kollege Grabner gesagt hat, aber auch was ich ausführen möchte, durchaus Aufmerksamkeit verdient. Ich möchte im Vierteljährlichen Bericht einige Punkte herausgreifen. Als erstes, wenn im Teil 1 immer wieder darauf hingewiesen wird, daß der Landtag als gesetzgebendes Organ, oder aber auch die Steiermärkische Landesregierung bei den Richtlinien im Verzug sind oder daß schon ein Mahnschreiben unterwegs ist. Was bedeuten diese Verletzungen?

Ich möchte weiters einige Sätze zu den Förderungen sagen. Es gibt ein ganz kurzes Kapitel mit Förderungszahlen; was bedeuten diese im Sinne des Abholens der EU-Mittel; und auch einige Sätze zur EU-Präsidentschaft von Österreich.

Nun, was bedeuten diese Verletzungen? Ich darf als Beispiel und gerade im Hinblick auf die Diskussion vor einigen Monaten zu den anonymen Sparbüchern oder gestern im Fernsehen zur Frage des Importverbotes gentechnisch veränderter Lebensmittel das Jahr 1995 von der EU hernehmen. Im Jahr 1995 hat es 1016 Mahnschreiben der EU gegeben. Von diesen sind jedoch nur 192 weiterverfolgt worden. Einerseits, weil sich die Länder geändert oder die Auflagen erfüllt haben, andererseits aber auch, weil die Antworten der Länder zufriedenstellend waren und die EU veranlaßt haben, keine weiteren Schritte mehr durchzuführen. Die 192 Fälle, wo ein zweites Mahnschreiben mit Fristsetzung gekommen ist, gliedern sich so, daß nur 72 dem Obersten Gerichtshof zugeleitet worden sind. Das heißt, von den 192 waren es ungefähr 120, wo wieder die Antwort zufriedenstellend ausgefallen ist oder der Staat sich in irgendeiner Form geändert hat. Und bei diesen 72 Fällen ist es auch interessant, wie sie sich auf die Länder aufteilen, nämlich Belgien sechs, Deutschland zehn, Frankreich sechs, Griechenland zwölf, Großbritannien zwei, Irland sechs, Italien 17, Luxem-

burg drei, Portugal und Spanien acht, wobei die meisten noch nicht entschieden sind. Es ist auch nicht so, daß die EU vom Obersten Gerichtshof immer recht erhält, ganz im Gegenteil, es sind etliche im Sinne der Staaten ausgegangen, so daß ich meine, wenn ein Staat gute Argumente in eigener Sache hat, daß er sich nicht scheuen soll, diese der EU sichtbar zu machen, auch bis hin zum Obersten Gerichtshof.

Ein zweiter Punkt. In dem Bericht gibt es ein Unterkapitel zum Stand der Programmumsetzung in der Steiermark Ende 1996, und da kann man folgende Zahlen lesen: Ziel-2-Gebiet, gesamter Finanzrahmen, bewilligte Summe 35 Prozent, ausbezahlte Summe 22 Prozent, Ziel-5 b-Gebiet 26 Prozent bewilligt, 16 Prozent ausbezahlt, oder etwa das LEADER-Programm in der Steiermark 23 Prozent bewilligt, ein Prozent ausbezahlt. Was bedeuten diese Zahlen?

Man kann mit diesen Zahlen in dieser Form kaum etwas anfangen, denn sie lassen nicht erkennen wie die Steiermark zu den anderen Bundesländern liegt. Und sie lassen auch nicht erkennen, was von der EU bis jetzt geflossen ist. Ich habe mich daher der Mühe unterzogen, die gesamten Zahlen zu erheben, und darf jetzt die auch nennen. Das erste ist, man muß unterscheiden zwischen der Summe der bewilligten Projektfinanzierungen, dem, was die EU bis Ende 1996 an Österreich überwiesen hat, und jenem Betrag, den der Finanzminister von den überwiesenen Mitteln an die Länder weitergegeben hat. Ich möchte für ganz Österreich das Ziel 2, das Ziel-5 b-Gebiet und die Gemeinschaftsinitiativen herausnehmen. Im Ziel-2-Gebiet wurden 34 Prozent bewilligt, 26 Prozent hat die EU überwiesen, 21 Prozent hat der Finanzminister ausgezahlt. Im Ziel-5 b-Gebiet 23 Prozent bewilligt, 18 Prozent von der EU überwiesen, 16 Prozent ausbezahlt. Von den Gemeinschaftsinitiativen 17 Prozent bewilligt, 31 Prozent hat die EU überwiesen, 8 Prozent sind weitergegeben worden. Das ist die Globalsumme; wie schaut jetzt die Steiermark im Vergleich dazu aus? Ich nehme nur die Ziel-2- und 5-b-Gebiete heraus. Die Steiermark hat in den Ziel-2-Gebieten 35 Prozent bewilligte Projekte von der Gesamtsumme und führt damit vor allen Bundesländern, aber überwiesen hat die EU für die Steiermark nur 20 Prozent; obwohl wir bei den bewilligten Projekten führen, wurde wesentlich weniger als bei den anderen Bundesländern, wie Niederösterreich oder Oberösterreich von der EU überwiesen. Besonders kraß ist es etwa bei Vorarlberg; Vorarlberg hat von der Gesamtsumme im Ziel-2-Gebiet 27 Prozent an bewilligten Projekten, 41 Prozent hat die EU überwiesen, 16 Prozent sind vom Finanzminister weitergegeben worden. Das heißt, wir liegen bei den bewilligten Projekten exzellent, im Ziel-2-Gebiet besser als die anderen Bundesländer, in den überwiesenen Mitteln der EU nicht so gut, in den ausgezahlten Mitteln durch den Finanzminister etwa in der Mitte. Wir führen im Ziel-5 b-Gebiet mit 26 Prozent bewilligter Projektmittel gegenüber allen anderen Bundesländern, die zwischen 14 und 24 Prozent liegen.

Die überwiesenen Mittel von der EU betragen 24 Prozent. Das ist ebenfalls der höchste Wert im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Überwiesen wurden von diesen 24 Prozent durch den Finanzminister an die Steiermark jedoch nur 16 Prozent.

Das gibt ein differenziertes Bild, wie die Steiermark wirklich liegt.

Ganz besonders kraß sind diese Zahlen, wenn man etwa eine Gemeinschaftsinitiative, wie das LEADER-Programm, überprüft. Im LEADER-Programm sind für die Steiermark durch die eingereichten Projekte 23 Prozent bewilligt. Das ist der zweithöchste Wert gegenüber den sieben anderen Bundesländern, nur Kärnten hat mit 25 Prozent einen höheren Wert. Überwiesen hat die EU für die Steiermark 29 Prozent, die anderen Bundesländer liegen bei den überwiesenen Mitteln der EU zwischen 23 und 30 Prozent. Vom Finanzminister überwiesen wurden in die Steiermark ein Prozent, etwa nach Kärnten 5 Prozent.

Hier gibt es eine deutliche Diskrepanz zwischen den freigegebenen Mitteln, auch überwiesenen Mitteln der EU an die Bundesregierung und der Weitergabe dieser Mittel der Bundesregierung an die einzelnen Bundesländer.

Die Steiermark liegt also im Vergleich der Mittel für das Ziel-2-Gebiet und Ziel-5b-Gebiet zu den anderen Bundesländern sehr gut bis ausgezeichnet.

Vielleicht auch noch die Frage, wie weit schöpft Österreich insgesamt die Mittel der EU aus? Wir haben hier ja schon einmal eine Debatte geführt mit dem linearen Zeitverlauf und wie nähert sich Österreich diesem an.

Die letzten Aufstellungen dazu, auch von der EU, gehen von einer etwas geänderten Zeitskala in der Form aus, daß das Jahr 1995 nicht als volles Jahr angesehen wird, sondern nur die Hälfte gerechnet wird. Das heißt, wenn man von den fünf Jahren 1995 nur zur Hälfte rechnet, sind es nicht 20 Prozent, sondern nur 10 Prozent, die als genehmigte Mittel für 1995 abrufbar zur Verfügung stehen. Es sind dann die restlichen vier Jahre 90 Prozent, das heißt, es kommen im Jahr 1996 23 Prozent dazu.

Mit Stand Ende 1996 stehen daher 33 Prozent genehmigbare Mittel durch die EU zur Verfügung, abgerufen wurden von Österreich – alle Mittel insgesamt – 30 Prozent. Wir nähern uns also sehr gut dem Wert in der Zeitskala an, auch mit dem Zeitverzug, den wir gehabt haben.

Wenn man zugrunde legt, daß die Mittel zwei Jahre länger ausgezahlt werden können – über das Jahr 1999 hinaus, nämlich genaugenommen das volle Jahr 2000 und 2001, dann haben wir die Zeitskala der Linearität sogar überschritten.

Man kann durchaus zufrieden sein, und ich könnte das auch bei den anderen Programmen, etwa beim EFRE-Programm, zeigen. Auf ganz Österreich bezogen sind von den 33 Prozent an genehmigbaren Mitteln bereits 35 Prozent durch die beantragten Programme und Projekte genehmigt worden.

Die Quintessenz: Österreich läßt in Brüssel kein Geld liegen. Alles, was anders lautet, alle anderen Aussagen, sind nicht richtig. Es bleibt kein Geld in Brüssel von Österreich liegen. Und wenn wir einen Vergleich mit den anderen Staaten stellen, dann schneiden wir eher sogar gut ab.

Aber es gibt offenkundig eine Zeitverschiebung, und die ist gar nicht unerheblich, zwischen den überwiesenen Mitteln der EU an den Finanzminister oder an die Bundesregierung und der Auszahlung dieser Mittel.

Das waren die Zahlen Ende 1996. Ich habe noch eine letzte Zahl Ende März 1997: Der Gesamtbetrag, den die EU bis Ende März 1997 an Österreich überwiesen hat, beträgt 5,57 Milliarden Schilling.

Nun noch einige Sätze zur EU-Präsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1998. Es wird eine Herausforderung sein, wenn rund 2000 Politiker und 3000 Journalisten in diesem Halbjahr kommen. An und für sich müßte man nachdenklich werden – 2000 Politiker und Sekretäre, aber 3000 Journalisten. Was ist wichtiger? Die Meinungsmacher oder die, die Verantwortung tragen? Langsam kommen einem Zweifel, wenn man diese Zahlen sieht.

Österreich wird sich in diesen sechs Monaten ganz ohne Zweifel zu bemühen haben.

Was kann Österreich tun? Vielleicht ist es interessant, wenn man dazu in den Bestimmungen des EU-Rates zur Vorsitzführung nachliest. Dort steht nämlich ganz deutlich, der Vorsitz ist definitionsgemäß zu Neutralität und Unparteilichkeit verpflichtet. Er nimmt die Vermittlerrolle ein und darf sich somit weder für eigene Präferenzen noch für die eines anderen Landes einsetzen.

Ich sage das ganz ausdrücklich im Hinblick auf eine Diskussion, die wir vor 14 Tagen in einem Ausschuß gehabt haben.

Was wird auf die Österreicher zukommen? Es werden jene Fragen auf uns zukommen, die heute schon abzusehen sind, nämlich der EURO, die Osterweiterung, das EU-Budget im Jahr 2000, die Agrar- und Strukturreform.

Und man erkennt es ganz deutlich an Holland. Holland, das jetzt den Vorsitz führt, wollte für sich das Wasser als Thema aktualisieren. Aber was hatte es zu tun? Es hat derzeit jene Probleme zu lösen, die die Iren in ihrer Vorsitzführung nicht lösen konnten. Das ist die Realität.

Nun, Österreich hat mit Schreiben vom 7. November 1996 durch die Verbindungsstelle der Bundesländer auch die Länder kontaktiert, im Hinblick auf absehbare inhaltliche Schwerpunkte der österreichischen Ratspräsidentschaft, und hat damals schon fast die ähnlichen Themen genannt, nämlich Auslaufen der Übergangsfristen im Umweltbereich, Überprüfen des Transitvertrages, Überarbeitung der mittelfristigen Finanzvorschau, Anfangsphase der Erweiterungsverhandlungen, Arbeit- und Strukturfonds, Wirtschafts- und Währungsunion. Das waren damals, etwa November 1996, jene Themen, die schon von der Verbindungsstelle genannt worden sind.

Die Bundesländer haben darauf reagiert, auch die Steiermark mit zwei Schreiben vom 17. Februar 1997 und 12. März 1997. Da sind weitere Themen genannt worden. Es ist weiters interessant, was von der Verbindungsstelle letzlich gesagt wurde, nämlich daß uns ja gar nichts anderes übrigbleibt, als alle Detailanliegen in großen Hauptthemen zusammenzufassen, und auch diese sind genannt worden, nämlich: Wirtschafts- und Währungsunion, Osterweiterung, Reform der Struk-

turpolitik und der gemeinschaftlichen Agrarpolitik, das Finanzierungspaket und die Umsetzung der Ergebnisse der Regierungskonferenz.

Was wird Österreich ganz sicher in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 zu tun haben? Zu diesem Zeitpunkt wird das fünfte Rahmenprogramm beginnen. Es wäre wert, über dieses fünfte Rahmenprogramm und über die Inhalte, die sich deutlich von den großen vier Rahmenprogrammen der Vergangenheit abheben, einmal separat zu sprechen. Es betrifft Österreich, es betrifft die Steiermark vehement, und man sollte darüber ausführlich diskutieren.

Mit was wird sich Österreich noch zu befassen haben? Mit der Tatsache, daß die Bildungsprogramme, die derzeit laufen – wahrscheinlich das Beste, was die EU überhaupt derzeit anbietet –, wo sowohl Berufstätige als auch Studenten, Lehrer oder wissenschaftliche Mitarbeiter ausgetauscht werden, erhalten bleiben. Es waren ja immerhin 6300 Personen in Österreich, die im Jahr 1995 im Rahmen des Sokrates-Programmes mit den angeschlossenen Programmen Lingua und Comenius ausgetauscht worden sind. Die Kosten dafür, die Österreich im Jahr 1995 überwiesen bekommen hat, betragen 100 Millionen Schilling.

Wo tut sich jetzt die Schere auf? Diese Programme, diese Bildungsprogramme werden sich für die Oststaaten öffnen, sind ja zum Teil schon geöffnet, und wenn es hier nicht zu einer wirklich nachhaltigen Aufstockung der Mittel für die Bildungsprogramme kommt, dann wird es Schwierigkeiten geben. Österreich wird sich ganz sicher in seiner Ratspräsidentschaft darum zu kümmern haben. Danke vielmals! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.13 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Dipl.-Ing. Vesko.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (19.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Jahresbericht 1996 beziehungsweise der Bericht über das erste Quartal 1997 fügt sich nahtlos in alle vorangegangenen Berichte ein, gibt übersichtlich Auskunft über das, was wir tun, was wir getan haben, was wir schon längst tun hätten sollen und was wir noch tun werden müssen, und gibt auch Berichte über das, was in der Vergangenheit passiert ist.

Es gibt aber zu diesem Bericht noch einen weiteren Bericht, der vielleicht nicht allen zugänglich ist, das ist der Jahresbericht 1996 über die europabezogene Tätigkeit der Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, und es gibt natürlich auch einen Beschluß des Steiermärkischen Landtages, betreffend Wahrnehmung steirischer Interessen im Falle eines EU-Beitrittsansuchens Sloweniens, Vorbereitungsmaßnahmen beziehungsweise Bericht an den Landtag, wobei ich natürlich dazusagen muß, daß der Beschluß in Vorbereitung ist, aber noch nicht gefaßt ist. Das heißt, man befaßt sich sehr intensiv mit der Osterweiterung, wobei für uns vor allem unser Nachbarland Slowenien interessant ist. Slowenien ist auch nicht mehr Bundesland, sondern hat Eigenstaatlichkeit, ein Problem, das uns in anderen Bereichen, siehe Krško und so weiter, sicherlich Sorge bereitet, weil die Kommunikation zwischen den beiden früheren

Bundesländern leichter war, als heute Bundesland zu souveränem Staat ist. Diese Osterweiterung Sloweniens – und Kollege Grabner hat das ja sehr ausführlich gebracht – bringt wirtschaftliche Aspekte, die wir zu berücksichtigen haben, und es ist vor allem notwendig, möglichst rasch das, was wir in diesen Bereich einbringen wollen, zu formulieren, zu definieren und den Verhandlern, die ja schlußendlich Österreich in diesem Bereich vertreten, mitzuteilen, damit sie es auch wissen und das Rüstzeug und Werkzeug haben, um unsere Interessen dort zu vertreten beziehungsweise auch dafür zu sorgen, daß es schlußendlich durch diese Osterweiterung gerade in unserem besonderen Falle nicht zu wirtschaftlichen Nachteilen kommt. Ich wollte noch dazusagen, daß ich es schon so sehe, daß die Vorteile bei gründlicher Vorbereitung durchaus überwiegen. Steiermark rückt sicherlich näher an Europa dadurch, daß es nicht mehr Außengrenze nach Osten ist, nach Südosten ist, wir rücken also mehr ins Zentrum, wir verlieren dadurch die Verantwortung, EU-Außengrenze zu sein, Schengener Abkommen und alle damit verbundenen Verpflichtungen, wobei ich nicht weiß, ob wir schlußendlich dieselbe Rolle zu spielen haben werden, die die Bayern jetzt gegenüber Österreich gespielt haben, um zu sichern, daß also die Durchlässigkeit nicht in dem Maße gegeben ist oder nicht unter dem Niveau ist, das die EU sich gestellt hat. Auf der anderen Seite kommen wir verkehrstechnisch der EU näher, und dem Verkehr hat Kollege Grabner ja einen sehr wesentlichen Beitrag gewidmet, vor allem deshalb, weil man sich in der Landesregierung sehr intensiv mit den Dingen auseinandersetzt. Und die Probleme, die hier behandelt werden, sind ja Probleme, die den Landtag schon seit einigen Jahren, um nicht zu sagen, seit vielen Jahren beschäftigen. Und es ist die leidige Anbindung an die Pontebbana, die leidige Anbindung an den Osten Österreichs über die sogenannte Südbahn neu. Auf der einen Seite, glaube ich, ist das Thema Südostspange den Weg aller verderblicher Waren, nämlich in den Papierkorb, gewandert, und scheinbar ist auch niemand da, der sie revitalisieren will. Es erhebt sich aber damit verbunden natürlich die Frage nach dem Koralmtunnel, damit verbunden selbstverständlich auch dem Semmeringbasistunnel. Wenn man allerdings betrachtet und sieht, mit welcher Ernsthaftigkeit und mit welchem Druck von seiten des zuständigen Ministeriums auf der einen Seite, aber auch von seiten der ÖBB andererseits diese Projekte verfolgt werden, dann, glaube ich, sind wir gut beraten, wenn wir sofort eigene Schritte unternehmen, die steirischen Charakter haben und steirische Maßnahmen voranstellen. (Beifall bei der FPÖ.)

Erster Punkt wäre für mich sicherlich der, daß wir den Anschluß an die Adria schaffen, wie den zweispurigen Ausbau Spielfeld und in weiterer Folge den Anschluß zum Hafen. Wir haben festgestellt, daß die Hoffnungen verfehlt waren, die wir damit verbunden haben, wenn es zu einem massiven Ausbau durch das Mürztal, Murtal, Palten- und Liesingtal in Richtung Schleife Marchtrenk und in weiterer Folge zum – wenn wir so wollen – Hochseehafen Linz gekommen wäre, unter der Prämisse, daß auch der Rhein-Main-Donau-Kanal in der Form fertig geworden wäre. Es zeigt sich aber, daß die Ausbaumaßnahmen, die damit verbunden waren, längst reduziert sind. Es sind Tunnel-

bereiche bereits ausgefallen. Wir können also auch dort mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß es nicht zu diesem Großausbau kommt, schlußendlich auch deshalb oft zitiert, weil die ÖBB als nunmehr ausgegliederte Organisation keinerlei Interessen hat. Es sei denn, es handelt sich um ein gewinnbringendes Teilstück, und das wird es zumindest in den Anfängen ja nicht sein. Weitblickend allerdings, im Hinblick auf eine Erweiterung nach Osten und damit des Anschlusses von Slowenien und damit eines viel tieferen Einganges in die Folgestaaten Jugoslawiens und in das Restjugoslawien würden es sehr wohl notwendig machen, auch diese Schiene voll auszubauen, weil auch die EU ein Interesse haben muß.

Zweite Gefahr, die damit verbunden ist und auf die wir immer wieder – auch in den Verkehrsdiskussionen – hinweisen, ist der Umstand, daß mit dem Nichtvoranschreiten der Südbahn neu natürlich die Komponente der Trasse südlich Österreichs im Bereich der alten K.-u.-K.-Trasse immer mehr an Bedeutung gewinnt, vor allem deshalb, weil natürlich auch Frankreich und der norditalienische Industrieraum größtes Interesse haben, möglichst rasch an den Osten heranzukommen und im Zuge einer Osterweiterung nicht nur Slowenien, sondern auch alle anderen Länder bis hin zur Ukraine im Auge haben und die Schiene quer hinüber durchaus – da ist Ungarn mit dabei, da ist auch die Slowakei mit dabei und das geht hinein bis in die Ukraine – das heißt, dort ist ein massives Interesse vorhanden. Es ist zu befürchten, meine Damen und Herren, daß die nicht nur schneller denken, sondern wahrscheinlich auch schneller handeln werden, es sei denn, wir nehmen diesen Ball auf und verfolgen ihn mit aller Vehemenz. Und wenn es nicht geht, über den Semmering dorthinzukommen, und wenn es nicht geht, über die Koralm hinzukommen, weil die österreichischen Maßnahmen zu langsam beziehungsweise auf Grund der Finanzierungsengpässe teilweise verspätet kommen, dann sollen wir unser Kreuz selber machen und schauen, daß wir dort hinunterkommen, dann kann der Zug dort vorbeifahren, und wir werden uns dort einklinken in die ganz großen transeuropäischen Eisenbahnnetze. Zusätzlich haben wir noch den Vorteil, daß wir in gar nicht so großer Entfernung den Zugang zu den Weltmeeren haben, etwas, was der österreichischen Monarchie immer sehr wichtig erschienen ist, wobei ich nicht sagen möchte, ich möchte wieder eine Monarchie haben, aber Österreich und die Steiermark hätten im besonderen die Möglichkeit, diese Struktur wieder auszunützen. Wir würden die oberitalienischen Häfen im nordöstlichen Adria-bereich erschließen, und Pula, Koper, wie immer sie heißen, würden uns den Zugang zu den Meeren öffnen. Etwas, was sicherlich auch für den Wirtschaftsstandort Steiermark von wesentlicher Bedeutung ist. So weit zur Osterweiterung. Also, ich glaube, hier sind wir aufgefordert, jenen berühmten Spaten, den der damalige Verkehrsminister Klima immer im Koffer gehabt hat, ihm wegzunehmen, selbst in die Hand zu nehmen und zu schauen, daß wir die Löcher graben, daß wir dort hinkommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte aber noch einen sehr heiklen Punkt anschneiden, meine Damen und Herren, der eigentlich ganz in das Thema paßt, das heute Gegenstand einer dringlichen Anfrage war. Wir haben mit viel Elan, mit

viel Hoffnung und mit vielen Wünschen eine EU-Abteilung installiert hier im Lande. Diese wurde mit einem Leiter ausgestattet, von dem wir alle überzeugt waren, und ich muß sagen, nach Rücksprache mit vielen, vielen Kollegen und Leuten, die mit der Branche zu tun haben, noch immer sind, um für uns in der Steiermark ein Instrumentarium zu haben, das uns die Koordination, die Information, die Kommunikation Graz-Brüssel in Kombination mit der Steiermärkischen Niederlassung gewährleistet. Wir haben das alle getan in der Hoffnung, daß dieses Instrumentarium auch genutzt wird, und ich habe noch keinen hier heraußen gehört oder anderswo, der gesagt hat, das funktioniert nicht, ganz im Gegenteil.

Nur, siehe da, höre, staune – der Berliner würde sagen, ick stutze, staune, wundre mir –, es passiert Sonderbares. Auf einmal wird diese an sich gut funktionierende Abteilung durch neue, zum Teil obstruse Konstruktionen buchstäblich entmacht. Dies deshalb, weil man einfach nicht haben will, daß ein Andersgläubiger, der diese Aufgabe wahrnimmt, der als Mahner und Rufer die Damen und Herren in den Abteilungen, in den Regierungsbüros, auch in den Landtagsfraktionen immer aufmerksam macht, Kinder, da müssen wir handeln, da hat was zu geschehen, um dieses Instrumentarium voll zu nutzen zum Wohle unseres Landes, und nicht zum Schaden, einfach auf ein Abstellgleis geschoben wird, weil man auf der einen Seite die politische Komponente im Auge hat, und auf der anderen Seite sicherlich schon wieder dabei ist, in den Topf zu greifen, um für jemanden, den man irgendwo aus irgendeinem Grunde nicht mehr brauchen kann, ein neues Betätigungsfeld zu schaffen. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, das ist und das sind die Beispiele, das ist das Fleisch, aus dem die Skandale gemacht werden, von denen der Kollege Flecker gesprochen hat, die wir aktualisieren. Es ist einfach eine Zumutung, wie das Land mit seinen wertvollen Ressourcen, sowohl von der technischen Ausstattung, als auch vom Humanpotential, das da drinnen ist, umgeht und sich dieser schlußendlich in einer Art und Weise bedient, die ich nicht zur Kenntnis nehmen kann. (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist sehr schade, daß es so ist, aber es ist ein weiteres Fragment „Klasnicer Sittenpolitik“ in diesem Lande, in diesem Hause, in dieser Organisation Land. Und ich kann nur eines sagen, Gott sei Dank ist die zentralistische EU-Politik, jetzt von Brüssel aus gesprochen, eine sehr funktionelle, und es ist so, daß wir wahnsinnige Schwierigkeiten haben, in all diese Geschehen uns miteinzubringen, wenn wir nicht die Instrumentarien nützen, die wir haben. Aber so, wie diese zentralistische EU funktionieren wird, werden wir schlußendlich nicht mehr gebraucht werden. Und bevor das passiert, sollten wir dafür sorgen, daß wir all das, was uns dieses Instrument EU bietet, nutzen – Kollege Jeglitsch hat davon gesprochen, daß wir im Förderungsbereich gar nicht so schlecht liegen, es eher die österreichischen Hürden sind, die uns da Probleme machen. Wir sollten aber auch an die Zukunft denken, was kommt nach 1999? Und wir sollten mit aller Vehemenz unsere Position im Zusammenhang mit den dort zu treffenden Entscheidungen, die ja österreichische Entscheidungen sind, möglichst rasch

definieren und auch gegenüber der Bundesregierung vertreten, damit unsere steirischen Interessen dort auch gewahrt sind. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn wir das nicht tun, meine Damen und Herren, und wenn wir uns der Instrumentarien, die wir haben – und eines kann ich Ihnen sagen, es haben uns viele Institutionen, die draußen in Brüssel ihre Domizile aufgeschlagen haben, nicht im Sinne eines großen Hauses Österreich, sondern jeder auf seiner eigenen Spur, so wie die großen Spieler beim Kartenspielen, die Pokerfaces, die die Karten nur ein bißchen aufmachen, damit ihnen ja niemand hineinschaut –, nicht bedienen, sind wir selber schuld.

Wir sollten das Kapital und das Instrument, das wir haben, voll nützen, und uns nicht durch widerliche politische Spielereien auch dieser Chance noch entheben. (Beifall bei der FPÖ. – 19.28 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Prof. Brünner.

Abg. Dr. Brünner (19.28 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir möchten einen Beschlußantrag zu diesem Tagesordnungspunkt stellen. Bevor ich Ihnen diesen Antrag verlese, gestatten Sie mir zwei Anmerkungen:

Erstens einmal, und da wiederhole ich mich, sind diese Berichte, die uns hier vierteljährlich vorgelegt werden, noch dazu, weil sie sehr schnell und rasch und rechtzeitig vorgelegt werden, eine wichtige Fundgrube für Informationen.

Zweitens, Herr Präsident Vesko hat die EU-Außengrenzen angesprochen, und da habe ich sehr schnell und sofort Assoziationen mit dem Schengener Abkommen hergestellt. Österreich hat in diesem Schengener Abkommen zugestimmt, daß Informationen abgefragt werden, die für sich allein unter Umständen okay wären, die aber in Kombination mit der im Nationalrat liegenden Gesetzesnovelle, betreffend Lauschangriff und Rasterfahndung, ein Problem darstellen. Herr Nationalratsabgeordneter Barmüller des Liberalen Forums hat das nicht nur inhaltlich, sondern auch plastisch mit dem Gläsernen Menschen am Wochenende sehr deutlich gemacht. Und auch, wenn über weiteste Strecken jetzt die Sache nicht direkt die Angelegenheit eines Bundeslandes ist, sollten wir uns doch vergegenwärtigen, daß hier manche Integrationsbestrebungen im Verein mit nationalen Bestrebungen sehr wohl ein Problem, auch im Hinblick auf die österreichische Verfassungsrechtslage, nämlich Schutz der Privatsphäre des einzelnen, darstellen.

Ich möchte nun zu unserem Beschlußantrag kommen, der Informationen auf dem Gebiete der EURO-Umstellung betrifft.

Wenn ich so die Zeitungsberichte der letzten Tage und Wochen über die Situation in Deutschland gelesen habe, angesichts der Budgetprobleme, die Deutschland hat, eine Neubewertung der Reserven der Deutschen Nationalbank geplant ist, im Hinblick auf die Umstellung auch auf das EURO-System – Stichwort: Einhaltung der Maastricht-Kriterien –, dann hatte ich, obwohl das nicht unmittelbar uns betrifft, ein Problem damit, denn es hat gerade auch in Österreich im Umfeld der Volksabstimmung, betreffend Beitritt Öster-

reichs zur Europäischen Union, irgendwelche Horror-szenarien gegeben, von verschiedenen Gruppen und auch Parteien in den Raum gestellt – Ausräumung so quasi der Goldreserven, auch der Oesterreichischen Nationalbank, Ausräumung der Devisenbestände der Oesterreichischen Nationalbank. Ich habe mir gedacht, daß gerade diese Situation in Deutschland, die uns nicht unmittelbar berührt, sehr wohl auch ein Problem, ein politisches Problem, in Österreich darstellt, weil der Anschein erweckt wird, daß die damals in den Raum gestellten Horrorszenarien aus Anlaß der österreichischen Volksabstimmung, betreffend den Beitritt, anscheinend Realität haben.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Situation in Deutschland, die ich für ganz Europa nicht für glücklich erachte, zielt unser Beschlußantrag darauf, daß jene infrastrukturellen und informationellen Voraussetzungen auch in der Steiermark angegangen werden, offengelegt werden, die notwendig sind, wenn das Währungssystem auf den EURO umgestellt wird.

Ich möchte daher folgenden Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend verwaltungsinterne Vorbereitung der Finanzabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung auf die EURO-Umstellung, verlesen.

Im Bundesministerium für Finanzen wurde im Rahmen der innerösterreichischen Maßnahmen zur Vorbereitung der Einführung des EURO eine Arbeitsgruppe „Verwaltung“ samt einer Unterarbeitsgruppe „Öffentliche Haushalte“ sowie eine Arbeitsgruppe „Legistik“ eingerichtet.

Die Arbeitsgruppe „Verwaltung“ und die Unterarbeitsgruppe „Öffentliche Haushalte“ haben Anfang April getagt, und vom Bundesministerium für Finanzen wurde der Teilentwurf eines österreichischen Aktionsplans zur Einführung des EURO zur Verfügung gestellt. Die Steiermark wurde um Stellungnahme gebeten und ist diesem Wunsch bis heute noch nicht nachgekommen.

Die letzte Sitzung der Unterarbeitsgruppe „Öffentliche Haushalte“ fand im Jänner 1997 statt. In dieser Sitzung hat das Bundesministerium für Finanzen einen Problemerkatalog, betreffend die Einführung des EURO in den öffentlichen Haushalten, zur Verfügung gestellt. Obwohl bei diesem Treffen vereinbart wurde, daß Stellungnahmen und Ergänzungen bis Ende April 1997 abzugeben sind, ist auch dazu von der Steiermark – im Unterschied zum Burgenland und Wien – bislang keine Reaktion erfolgt.

Diese Stellungnahme wäre zur Vorbereitung der Sitzung vom 28. Mai 1997 notwendig gewesen, deren Gegenstand die Komplettierung einer taxativen Auflistung aller für die Umstellung für den EURO notwendigen organisatorisch-technischen Maßnahmen unter Angabe der notwendigen Vorlaufzeiten sowie des für die Durchführung und die Einhaltung der Termine Verantwortlichen war. Diese Auflistung ist die wesentliche Grundlage für alle Umstellungsarbeiten, vor allem im EDV- und Verwaltungsbereich, und muß bis spätestens Mitte September dieses Jahres in allen Details komplett und endgültig sein. Eine spätere Änderung wird aus organisatorischen und Kostengründen praktisch nicht mehr möglich sein.

In der Arbeitsgruppe „Legistik“, die Mitte April das letzte Mal beraten hat, hatte man sich zur Aufgabe gestellt, den legistischen Änderungsbedarf auf Grund der EURO-Einführung zu erheben.

Bereits am 25. Juli 1996 wurden die Länder um Bekanntgabe des legistischen Anpassungsbedarfes in den Landesgesetzen ersucht. Während diese Bekanntgabe für die Länder Kärnten, Salzburg, Tirol und Wien inzwischen erfolgt ist, ist das Land Steiermark auch in dieser Causa säumig.

Die genannten Abgeordneten stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Bundesministerium für Finanzen für die Bereiche Verwaltung, Öffentliche Haushalte und Legistik binnen zwei Monaten alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, um verwaltungsinterne Probleme im Zusammenhang mit der Einführung des EURO in der Steiermark zu vermeiden.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, um Unterstützung dieses Beschlußantrages. (Beifall beim LIF. – 19.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Purr. Er hat das Wort.

Abg. Purr (19.35 Uhr): Danke, Herr Präsident, für die Worterteilung. Ich melde mich deshalb, weil zur Thematik Eisenbahnverbindungen hier einiges gesagt wurde, und Herr Präsident Vesko hat vom Rednerpult aus hier festgestellt, daß die Idee der Südostspange in den Papierkorb gewandert sei, und daß es das nicht mehr gibt. „Die neue Südbahn“, natürlich hat die neue Südbahn einen Vorrang, und es ist unvorstellbar, daß wir eine Riesenstrecke von der Finanzierung her sicherstellen, nämlich sprich über das nördliche Burgenland und die Oststeiermark und Richtung Graz und dann Koralmteil. Man hat in der Vergangenheit es notwendig gefunden, die Strecke zu teilen, in die, die Priorität hat, hat man sich auch auf der Ebene über Parteigrenzen hinweg im Bezirk Deutschlandsberg dahin gehend geeinigt, daß man gesagt hat, wir wollen der Koralmbahn Priorität einräumen, das eine. Und wir haben das dann in Wien deponiert bei der Hochleistungs AG. Und so ist es bitte entstanden, daß man gesagt hat, Semmeringbasistunnel selbstverständlich ja, neue Südbahn und natürlich zuerst Koralmbahn. Vergessen wurde diese Südostspange keineswegs!

Zum Zweiten wurde gesagt, der oberitalienische Raum ist ganz besonders interessiert an dieser Bahn. Da muß ich sagen, der oberitalienische Raum hat die Anbindung ohnehin, ist der zweitgrößte Wirtschaftsraum Europas, ich darf das bitte noch einmal hervorheben. Des weiteren ist Italien zweitwichtigster Handelspartner Österreichs, und wenn wir es nicht schaffen, dann wird die Anbindung über Slowenien beziehungsweise über Ungarn erfolgen. Die Anbindung kommt, die Italiener ihrerseits tun alles, um durch das Kanaltal rasch heraufzukommen. Aber wir müssen schauen, daß wir so rasch wie möglich dorthin kommen. Unser Interesse muß es sein, österreichisches Interesse! Was die steirischen Initiativen betrifft, die hier so begrüßt wurden, sie wurden auch in der Vergangenheit gesetzt, damals mit dem Verkehrsminister

Klima, vereinbart eine Kostenteilung für die detaillierte Planung, Umweltverträglichkeitsprüfung ist im Gange. Das, was die Steiermark tun kann, ist, in Wien vorstellig zu werden, damit die Gelder nicht entlang der Donau aufwärts beziehungsweise Donau abwärts hineingeschossen werden. Und das muß unser gewaltiges Anliegen gemeinsam sein.

Und jetzt kommts noch, meine Damen und Herren, das nächste, was hier stattfinden wird, wird ein Festlegen des Trassenbandes sein. Jetzt von dieser Stelle aus ein offenes Wort. Dann wird es heißen zusammenzustehen und über die Grenzen unserer Parteien hinweg diese Bahn zu wollen und sich hinzustellen und zu sagen, wir wollen die Bahn, und es wird gelten, gegen jene aufzutreten, die es dann wieder verstehen, mit gewissen Gruppierungen alles zu verhindern, was die Mobilität unseres Landes eben fördert. Wir brauchen die Bahnen, wir brauchen aber auch die Straßen. Vergessen wir nicht, daß das Jahr 1996 einen Zulassungsboom aufgezeigt, Motorräder, Mofas, Autos, und wir brauchen nicht zuletzt natürlich auch die Anbindungen an die Flughäfen. Ich hoffe, es gelingt das im Hinblick auf den zweigleisigen Ausbau von Graz aus in Richtung Spielfeld, daß man dort auch vorausschauend, die Bedeutung des Flughafens Graz-Thalerhof erkennend, entsprechende Maßnahmen trifft.

Nur, soweit, so gut, kein Vorwerfen an die eine Partei oder an die andere, sondern gemeinsam für die Steiermark auch diese Verbindung für die Zukunft sichern, das muß unser Anliegen sein, und nicht sich zu verabschieden und irgend jemandem den Spielball oder die Schuld zuzuweisen, daß etwas nicht zustandekommt. Wir können nur durch Kleinigkeiten und Reibereien innerhalb unserer Parteien dazu beitragen, daß etwas nicht gelingt. Das wollen wir sicher auch in Zukunft vermeiden. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.40 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ein zweites Mal zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grabner.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (19.40 Uhr): Meine Damen und Herren!

Genau im Sinne des vom Kollegen Purr in seinen letzten beiden Sätzen Gesagten bin ich sehr froh darüber, daß von allen Fraktionen engagierte Bekenntnisse dafür abgegeben wurden, daß wir in einer konstruktiven Gemeinsamkeit diese Interessen der Steiermark in allen Fragen der Wirtschaftsrelevanz mit dem Großraum Europa, mit Slowenien, mit dem gesamten südöstlichen Raum, aber auch im Zusammenhang mit der Präsentation und mit der Positionierung unserer Wünsche gegenüber den zuständigen Wiener Stellen auf dem Weg von Wien nach Brüssel klar machen müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich freue mich über dieses einmütige Bekenntnis, sage aber auch im selben Sinne, wie der Kollege Purr, dazu, es macht wenig Sinn, hier Zuordnungen zu treffen, wer hat wo, was, wie verabsäumt. Ich habe ein Problem, Herr Kollege Brünner, mit Ihrem Beschlußantrag mitzugehen, weil ich schlicht und einfach sagen muß, ich konnte und kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennen, ob das von Ihnen Ausgeführte dem entspricht, was Sie behaupten, ob es tatsächlich

so war oder so ist, daß hier irgendwelche Aufforderungen an zuständige Stellen des Landes gegangen sind, die nicht wahrgenommen worden sind. Wenn die Möglichkeit gewesen wäre, das zum Beispiel im Zuge der Ausschußsitzung auch nur anzudeuten, daß Sie hier Bedenken haben und einen solchen Beschlußantrag einbringen, dann hätten wir mittlerweile Gelegenheit gehabt, das zu recherchieren. Also ich und meine Fraktion können diesem Antrag leider nicht beitreten, weil ich auch nicht glaube, daß auf diesem Wege das passiert, was wir alle gemeinsam wollen, nämlich klarstellen, daß wir gemeinsam in der Sache rasch und ohne Verzug unterwegs sein wollen.

Bitte um Verständnis, aber so wird das nicht gehen, das entspricht nicht den parlamentarischen Spielregeln, wie ich sie mir vorstelle, daß man in vernünftiger Gemeinsamkeit etwas betreiben will, was Sie ganz augenscheinlich auch wollen. (Beifall bei der SPÖ. - 19.42 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Er hat das Wort.

Abg. Straßberger (19.42 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Es ist ein Tagesordnungspunkt, wo ich mich grundsätzlich nicht zu Wort melden wollte, aber nachdem es um die Verkehrswege in der Steiermark geht und insbesondere auch um die Südbahn, um diese neuen Projekte, gestatten Sie mir, daß ich einige Worte dazu sage. Herr Präsident Vesko, es war wirklich eine sehr erfrischende Rede von Ihnen und sehr gut zuzuhören, mit welcher Akribie Sie letztendlich die neue Südbahn hier vertreten und gefordert haben. Wir wissen, und da gebe ich Ihnen recht, daß die Südostspange, im Gegensatz zu meinem Kollegen, Herrn Purr, in Frage steht. Wir wissen auch, was hier gespielt wird. Das heißt, es kann nur letztendlich der Semmeringbasistunnel zu diesem begehrten Verkehrsweg finden. Ich möchte Sie aber sehr höflich bitten, Herr Präsident, Ihre Fraktionskollegen auf Wiener Ebene, auf parlamentarischer Ebene, aber ganz besonders den Verkehrssprecher der FPÖ, den Herrn Abgeordneten Rosenstingl, vielleicht einmal ins Gebet zu nehmen und ihm auch einmal die Wichtigkeit dieser Verkehrsverbindung ans Herz zu legen.

Denn was da im Parlament, gerade von Ihrer Fraktion und gerade vom Verkehrssprecher Rosenstingl, aufgeführt wird, bitte schön, das versteht auch niemand. Das kann nicht im Sinne Österreichs und auch nicht im Sinne der Steiermark sein.

Ich möchte Sie bitten, hier einmal ein gewichtiges Wort, so wie Sie es hier tun, auch auf Wiener Ebene zu Ihren Kollegen zu sprechen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Der Kollege Straßberger redet mit dem Pröll und ich mit dem Kollegen Rosenstingl!“ - Beifall bei der ÖVP. - 19.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nach diesen aufklärenden Zwischengesprächen kommen wir nun zu den Abstimmungen.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Zweitens: Wer dem Beschlußantrag des Liberalen Forums und der Grünen, betreffend verwaltungsinterne Vorbereitung der Finanzabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung auf die EURO-Umstellung, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 475/1, betreffend die Liquidation der Steirischen Grundstücksbeschaffungsgesellschaft mbH., Abänderung beziehungsweise Ergänzung des Angebotes an die RIL VI Raiffeisenimmobilienleasing GesmbH., 1030 Wien, Am Stadtpark 9, zum käuflichen Erwerb des Leasinggebäudes bis spätestens 31. Dezember 2005 um 50 Prozent der Anschaffungskosten, maximal jedoch um 24,5 Millionen Schilling, bei gleichzeitigem Eintrittsrecht der Firma Phelps Dodge Eldra GmbH., Mureck, in dieses Anbot.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Peter Hohegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hohegger (19.46 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Die Berichterstattung betrifft die Vorlage Nr. 475/1 der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Liquidation der Steirischen Grundstücksbeschaffungsgesellschaft mbH., Abänderung beziehungsweise Ergänzung des Angebotes an die Raiffeisenimmobilienleasing GesmbH. in Wien, zum käuflichen Erwerb des Leasinggebäudes in Mureck bis spätestens 31. Dezember 2005 um 50 Prozent der Anschaffungskosten, maximal jedoch 24,5 Millionen Schilling, bei gleichzeitigem Eintrittsrecht der Firma Phelps Dodge Eldra GmbH., Mureck, in dieses Angebot.

Im Kern geht es um eine Erhöhung des Optionspreises von 21 Millionen auf 24,5 Millionen Schilling. In aller Kürze der Hintergrund:

Mit Regierungsbeschluß vom 16. September 1985 wurde der mit der Gebäudeleasingfinanzierung betrauten Firma Mercur, Kredit- und Leasinggesellschaft mbH., in der Folge der Raiffeisenimmobilienleasing GesmbH., Wien, das unwiderrufliche Anbot gemacht, bis spätestens 31. Dezember 2005 die gegenständliche Baulichkeit zu einem Preis anzukaufen, der 50 Prozent der Herstellungskosten entspricht, maximal jedoch 21 Millionen Schilling.

Mit einem weiteren Regierungsbeschluß vom 18. November 1985 wurde die Erhöhung der Anschaffungskosten für das Leasinggebäude von 42 Millionen auf 49 Millionen Schilling zur Kenntnis genommen. Damit ist auch die Erhöhung des Optionspreises des Landes Steiermark oder eines vom Land Steiermark namhaft zu machenden Dritten, betreffend den Erwerb der Baulichkeit bis spätestens 31. Dezember 2005 in Höhe von 50 Prozent der Herstellungskosten von 49 Millionen Schilling, maximal jedoch 24,5 Millionen Schilling, verbunden. (19.47 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine Wortmeldung vor.

Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

15. Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 285/5, zum Beschluß Nr. 252 des Steiermärkischen Landtages vom 11. März 1997 über den Antrag der Abgeordneten Wiedner, Mag. Bleckmann, Dr. Flecker, Vollmann, Majcen, Dr. Wabl und Dr. Brünner, betreffend die Wiederverlautbarung der Gemeindevahlordnung 1960.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (19.48 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Tagesordnungspunkt 15, betreffend die Wiederverlautbarung der Gemeindevahlordnung 1960. Im Zuge der Novellierung der Gemeindevahlordnung war der Antrag daraufhin abgezielt, daß durch eine Wiederverlautbarung eine leichtere Lesbarkeit der Gemeindevahlordnung vonstatten geht. Als Antwort von der Landesregierung wird angeführt, daß die Gemeindevahlordnung frühestens wieder im Jahr 2000 gebraucht wird und bis dahin es zu weiteren Novellierungen kommen könnte.

Es wird jedoch in Zusammenarbeit mit der Abteilung Verfassungsdienst eine lesbare Ausfertigung der derzeit geltenden Gemeindevahlordnung 1960, in der sämtliche Novellen eingearbeitet sind, demnächst zur Verfügung gestellt. Hiezu wird bemerkt, daß diese Vorgangsweise auch bei allen anderen Wahlgesetzen die gängige Praxis ist und derartige lesbare Gesetzeswerke zur Verfügung gestellt werden.

Ich stelle daher den Antrag, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. (19.48 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich sehe zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung.

Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Einstimmig angenommen.

16. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 266/6, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend Maßnahmen gegen Alkoholismus bei Jugendlichen.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (19.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 266/6, Regierungsvorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend Maßnahmen gegen Alkoholismus bei Jugendlichen.

Der gegenständliche Antrag lautet: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bis spätestens Februar 1997 einen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des ansteigenden Alkoholkonsums von Jugendlichen auszuarbeiten und vorzulegen.

Hiezu erstattet die Landesregierung folgenden Bericht:

Das Landesjugendreferat wurde damit betraut, einen Maßnahmenkatalog gegen Alkoholismus bei Jugendlichen zu erstellen. Darin wurden einerseits die bestehenden Angebote (Ist-Stand) erarbeitet, andererseits wurde auch in einer Stellungnahme im Bereich der Maßnahmen (Soll-Stand) die Notwendigkeit verschiedenster suchtpreventiver Maßnahmen dargestellt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 21. April 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend Maßnahmen gegen Alkoholismus bei Jugendlichen, wird zur Kenntnis genommen. (19.51 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Erste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Beutl. Ich bitte sie ans Rednerpult.

Abg. Beutl (19.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Vor etwa eineinhalb Jahren hat uns eine Studie ziemlich aufschrecken lassen, und zwar war das eine Untersuchung in Oberösterreich über den Alkoholkonsum von Kindern, von Schulkindern, von Zehnjährigen. Nach dieser Untersuchung nehmen bereits 9 Prozent der Zehnjährigen Hauptschüler regelmäßig Alkohol zu sich, 40 Prozent der Burschen im Polytechnikum beziehungsweise 17 Prozent der Mädchen, jeder vierte AHS-Unterstufenschüler nimmt bereits Aufputzmittel, Beruhigungsmittel, Tabletten, wie Rohypnol, Designerdrogen, Extasy und ähnliches, vermischt mit Alkohol.

Das Suchtverhalten der steirischen Schüler stellt sich ähnlich dar. Auch hier gibt es eine Untersuchung des Lessschulrates, wo bereits 7 Prozent der 12- bis 14jährigen einmal pro Woche Alkohol zu sich nehmen, von den 14- bis 16jährigen bereits 24 Prozent ein- bis mehrmals pro Woche, und von den 16- bis 18jährigen sind es bereits 39 Prozent, die ein- bis mehrmals pro Woche zum Alkohol greifen, und zusätzlich 8 Prozent, die täglich Alkohol zu sich nehmen.

Besonders gefährdet ist die Gruppe der Lehrlinge, und auch hier haben Studenten der berufspädagogischen Akademie eine Befragung durchgeführt und haben gefragt, wie viele einen Vollrausch pro Woche haben, und hier hat sich herausgestellt, daß etwa Lehrlinge aus der Bauwirtschaft diese Frage zu 58 Prozent mit „ja“ beantwortet haben, Lehrlinge aus der Industrie mit 57 Prozent und aus dem kaufmännischen Bereich mit 28 Prozent.

Zunehmend beklagen Lehrer, aber auch Leiter von Jugendzentren, selbstverständlich auch Eltern, aber auch Bürgermeister und Anrainer das, was sich bei Veranstaltungen rund um Zeltfeste speziell jetzt, wo

wieder die Sommerfeste beginnen, abspielt. Ich habe hier zwei Zeitungsausschnitte, und ich lese nur einige Sätze daraus vor, so eine Art Beschreibung. Hundestaffel gegen Alkohol und Drogenexzesse bei mobilen Discos, heißt es hier. Alkleichen, Diebstähle, Raufereien und Sachbeschädigungen, was sich wie der Gendarmeriebericht von einer Straßenschlacht liest, ist nichts anderes als der jährliche Ablauf der Feste, die sich im Sommer speziell draußen hier abspielen. Besorgniserregend ist der Umstand, daß zunehmend das Jugendschutzgesetz völlig ignoriert wird und der Alkohol vor allem für Kinder und für Schüler in Strömen fließt.

Die Befunde, die uns Schulpsychologen geben, sagen, daß immer mehr Alkohol von Kindern bereits als Seelentröster verwendet wird und daß wir wirklich eine besorgniserregende Entwicklung feststellen müssen. Aussagen von 15jährigen, die einfach sagen: „Ich habe dann keinen Kummer mehr.“ Oder: „Je unzufriedener ich selber mit mir bin, desto mehr muß ich trinken.“ Andererseits müssen wir aber auch feststellen, daß das ja irgendwo herkommen muß und daß Jugendliche und Kinder ein solches Verhalten irgendwo erlernen. Ich denke, daß das insgesamt ein gesellschaftliches Problem ist, dem wir uns aber stellen müssen und sollen, vor allem wenn es darum geht, Kindern möglichst zur Seite zu stehen, daß sie nicht in dieses Fahrwasser geraten. Suchtverhalten beginnt im Kindesalter, dessen müssen wir uns bewußt sein. Es gibt Gott sei Dank eine Reihe von Veranstaltungen, die immer wieder initiiert werden, ob das von Jugendtreffs aus geschieht, ob das von Frauengruppen aus geschieht, die sich damit beschäftigen.

Etwas, was dann immer sozusagen als Appell auch herauskommt, ist folgendes: Jugendliche brauchen Grenzen, aber sie brauchen vor allem auch Erwachsene, die sich mit ihnen auseinandersetzen und die mit ihnen Zeit verbringen. Jugendliche müssen erkennen können, daß sie von der Erwachsenenwelt akzeptiert und respektiert werden. Sie müssen wissen, daß es jemanden gibt, zu dem sie Vertrauen haben können, der sich aber auch nicht vor angemessenen Konsequenzen scheut. Das heißt, die Familien sind in erster Linie aufgefordert, sich mit ihren Sprößlingen zu beschäftigen. Leider haben heutzutage Familien kaum noch Zeit füreinander. Der Druck am Arbeitsplatz nimmt zu, und der Bedarf an Freizeit wird immer wichtiger. Kinder, die oft als Quälgeister auch das Ruhebedürfnis der Eltern stören, werden sehr gerne mit materiellen Dingen abgespeist, damit Erwachsene in Ruhe ihren Feierabend genießen können. Die Erziehung wird an Kindergärten, an Schulen, an Berufsschulen, an Lehrstellen delegiert, weil dort vielleicht auch gewisse Tabuthemen behandelt werden, worüber Erwachsene ungern sprechen.

Mir hat ein Ausdruck oder eine Bezeichnung sehr gut gefallen, die im Rahmen einer solchen Diskussionsrunde aufgefunden ist, wo man gesagt hat, die Eltern sind nicht nur die Erziehungsberechtigten, sie sind eigentlich Erziehungsverpflichtete, und wir müssen sie verstärkt, vor allem wenn es um Alkohol- und Drogenkonsum geht, in diese Verpflichtung und in diese Verantwortung nehmen. Wir müssen ihnen aber auch zur Seite stehen und ihnen auch Hilfen dazu geben. Ich glaube, daß der Zugang ein vielfältiger sein

muß und daß wir uns auch überlegen sollten, ob der Zugang, Alkohol zu kaufen, so leicht sein muß, ob es wirklich so leicht ist oder sein darf, daß Kinder in Supermärkten – zwölfjährige Mädchen, wurde mir berichtet – sich dort Doppelliter Ribiselwein oder diese Tetrapackungen Wein besorgen können. Daß sie sich in Lokalen mit Alkohol versorgen können, mit harten alkoholischen Getränken. Wir müssen uns auch überlegen, warum es wirklich notwendig ist, daß immer die alkoholfreien Getränke die teureren sind, und ob wir nicht doch auch verstärkt unser Augenmerk auf das Jugendschutzgesetz richten sollen. Wir können es novellieren, wenn wir meinen, daß es nicht mehr so zeitgemäß ist, aber wir müssen uns, glaube ich, ernsthaft damit beschäftigen und auch Maßnahmen setzen.

Ich denke, der Maßnahmenkatalog, der heute hier mit diesem Antrag aufliegt, der weist durchaus in die richtige Richtung. Wir sollten alle gemeinsam uns sozusagen verantwortlich fühlen, alle, die wir auch in der Öffentlichkeit stehen, wo immer wir auch Möglichkeiten haben, etwas dazu beizutragen. Ich denke, daß der Appell auch an die Gemeinden gehen muß, auch für den Freizeitbereich verstärkt Möglichkeiten für Alternativen zu schaffen. Es gibt genug Modellgemeinden, die uns das vorzeigen, Freizeit erleben, statt Freizeit vertreiben, das sollten die Kinder aber auch von ihren Eltern erleben dürfen und mit ihnen gemeinsam. In diese Richtung muß auch sozusagen eine Art Bewußtseinsarbeit von uns ausgehen.

Lassen Sie mich abschließen. Heute ist so viel zitiert worden, auch ich habe ein Zitat gefunden, das dazu paßt. „Der kleine Prinz“ von Saint-Exupéry fragt den Säufer: „Warum trinkst du?“ „Um zu vergessen“ antwortet der Säufer. „Um was zu vergessen?“ fragt der kleine Prinz hartnäckig weiter. „Um zu vergessen, daß ich mich schäme“ gesteht der Säufer. „Und weshalb schämst du dich?“ will der kleine Prinz wissen. „Weil ich saufe“, beendet der Säufer das Gespräch. Ein Teufelskreis, und wir sollten mithelfen, ihn zu durchbrechen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 20.01 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist die Frau Abgeordnete Gross zu Wort gemeldet.

Abg. Gross (20.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Alkohol in seinen vielfältigsten Formen ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor mit dem entsprechenden Lobbying. Eine tabufreie Auseinandersetzung mit dem Thema Alkohol ist aber notwendig, will man ein wenig mehr Klarheit in die Situation bringen. Alkohol stimuliert und löst damit Entspannung, Euphorie, verlangsamte Reaktionsfähigkeit und eine Beeinträchtigung des Gedächtnisses aus. Das kann für das subjektive Empfinden durchaus positiv sein. Man vergißt seine Sorgen, man baut Streß ab, fühlt sich befreit und findet daher auch schneller Zugang zu ansonsten blockierten Gefühlen und auch zu Gedankenassoziationen. Auch die stark herabgesetzte soziale Hemmschwelle läßt oft kommunikatives Verhalten aufblühen. Viele alkoholhaltige Getränke werden in erster Linie wegen ihres Geschmacks konsumiert. Viele konsumieren jedoch alkoholische Getränke vor allem wegen ihrer psychischen Wirkung und erwarten sich kurzfristig eine positive Beeinflussung ihrer Stim-

mung. Diese Verhaltensweise kann sehr schnell zu einem Abhängigkeitssyndrom führen. Man schätzt, daß in Österreich rund 350.000 Personen alkoholkrank sind und jeder Zehnte alkoholismusgefährdet ist. Laut Statistik gibt es in unserem Bundesland bereits 40.000 alkoholabhängige Menschen. Kollegin Beutl hat die Zahlen von Oberösterreich genannt.

Geradezu erschütternde Details brachte jetzt aber eine repräsentative Studie über das Suchtverhalten in der Steiermark.

Rund 13 Prozent der 5128 in acht steirischen Gemeinden beziehungsweise Bezirken von der Universität Graz befragten Jugendlichen zwischen 11 und 19 Jahren konsumieren regelmäßig weiche Alkohole, 5 Prozent harte Getränke, und ein Viertel raucht täglich. 13 Prozent nehmen Aufputzmittel, 12 Prozent nehmen Haschisch, ein Zehntel ungefähr schnüffelt an Klebstoff, und knapp 9 Prozent experimentieren mit Tabletten und mit Alkohol. Den Studienautoren Peter Gasser-Steiner und Hubert Stigler vom Institut für Soziologie zufolge gehört der Konsum von Alkohol und von Zigaretten für viele Jugendliche fast zum alltäglichen Verhaltensrepertoire. So trinkt bereits jeder achte Knirps unter sechs Jahren manchmal Alkohol. Meist sind es die Freunde, die Jugendliche zum Alkoholgenuß verführen. Von den mehr als 5000 befragten Schülern gaben zwei Drittel der Mädchen und drei Fünftel der Burschen an, daß sie deshalb trinken, weil es die Freunde halt auch tun. Für die meisten Jugendlichen gehört Alkohol beim Feiern einfach dazu. Sogenannte „trockene“ Partys werden schlichtweg als langweilig bezeichnet.

Der Anteil der Alkoholtrinker und die konsumierten Mengen steigen dann mit dem Alter. Bei den 13jährigen trinkt „nur“ ein Prozent mehr als 100 Gramm Reinalkohol – 100 Gramm Reinalkohol sind etwa fünf Bier – pro Anlaß. Bei den 17jährigen Burschen sind es hingegen bereits 16,4 Prozent und bei den 18jährigen Mädchen 10,7 Prozent, die diese Grenze überschreiten.

Angeführt wird diese schlimme Statistik auch in der Steiermark von den Lehrlingen, dann kommen Schüler der Handelsakademien und des BORG.

Bei den 17jährigen Lehrlingen, den Berufsschülern trinkt fast jeder dritte Bursche pro Woche mehr als 14 Krügel oder 14 Viertel Wein. Auch die Mädchen halten leider mit, jedes vierte gehört in diese Kategorie.

Mehr als die Hälfte der Jugendlichen findet überhaupt nichts daran, wenn man ab und zu betrunken ist – Kollegin Beutl hat es bereits aus der Oberösterreichischen Studie gesagt –, solange es nicht zur Gewohnheit wird. Mit zunehmendem Alter steigt sogar die Toleranz gegenüber dem Trinken weiter.

Die Studie zeigt aber auch, daß die Jugendlichen ab 15 überwiegend dort trinken, wo sie laut Gesetz gar keinen Alkohol vorgesetzt bekommen dürften, nämlich in Gasthäusern und Discos.

In Graz hat die Jugendstadträtin Tatjana Kaltenbeck bereits vor zwei Jahren mit einem Rundschreiben die sogenannten Grazer Szenewirte aufgefordert: „Bitte haltet euch an unser Jugendschutzgesetz. Schenkt an Gäste, die jünger als 16 sind, keinen Alkohol aus!“ Allein die Lokalbesitzer wichen nicht ein

Promille, um in dieser Sprache zu bleiben, von ihrer einträglichen Freizügigkeit ab.

In einem initiierten Test wurden 12- und 13jährige Schüler und Schülerinnen, mit der Schultasche am Rücken, in Gastbetriebe geschickt. An sie wurden anstandslos Mischungen, Bier und auch Hochprozentiges ausgetrennt.

Oder, meine Damen und Herren, wissen Sie eigentlich, was Sturzpartys sind? Sturzpartys sind Veranstaltungen in manchen In-Lokalen, bei denen Kinder und Jugendliche durch niedrige Getränkepreise zum Trinken animiert werden.

Im Prioritätenkatalog der Vorlage steht im ersten Punkt: strengere Handhabung, Verbesserung und Novellierung des Jugendschutzes beziehungsweise Jugendschutzgesetzes. Dem stimme ich voll zu.

Nur, strengere Handhabung, also eine sogenannte „Aktion scharf“ durch die Polizei, ist wahrscheinlich nur von einem kurzfristigen Erfolg gekrönt.

Zur Novellierung des Jugendschutzgesetzes darf ich hier festhalten, daß Frau Landesrätin Dr. Rieder in einem wunderbaren Beteiligungsprojekt mit Jugendlichen junge Menschen aus verschiedensten Schultypen eingeladen hat, ihre Vorstellungen zu einem neuen Jugendschutzgesetz zu deponieren. Inklusiv diesen Vorschlägen ist ein neues Jugendschutzgesetz in Ausarbeitung. Der Rohentwurf ist bereits fertig, und Landesrätin Dr. Rieder wird diesen Entwurf im Herbst einbringen.

Die Ursachen für die schlimme Entwicklung im Bereich jeglicher Sucht sind ebenso real wie vielfältig. Leistungsdruck, Zukunftsangst oder auch Arbeitslosigkeit sind für viele junge Menschen der Auslöser für den Griff zum Suchtmittel und zum Fluchtmittel vor ihren Problemen.

Dies ist exakt der Punkt, wo Suchtvorsorge ansetzen sollte. Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist es oberstes Ziel, das Selbstwertgefühl zu steigern, auf Bedürfnisse und Wünsche einzugehen und diese auch zu fördern. Vorsorge heißt in diesem Fall, Suchtprobleme gar nicht erst entstehen lassen.

Die von Gesundheitslandesrat Dr. Günter Dörflinger initiierte Fachstelle für Suchtprävention soll genau diese Aufgabe bewältigen. Neben der Grundlagenarbeit – Analysen, Trendeinschätzungen, vor allem auch Sensibilisierung der Öffentlichkeit und so weiter – soll auch eine Vernetzung der vielfältigen steirischen Initiativen zur Suchtbekämpfung stattfinden. Der Kostenumfang für diese Stelle beträgt 3 Millionen Schilling im Jahr. Verantwortlich für die Suchtstelle beziehungsweise für die Fachstelle zeichnet als gemeinsamer Trägerverein die Caritas und die Volkshilfe, geleitet wird sie von einer Diplomsozialarbeiterin. Die Fachstelle für Suchtprävention ist für Suchtvorbeugung zuständig. Im Unterschied zu bereits bestehenden steirischen Suchtberatungsstellen bietet die Präventionsstelle keine Beratung, auch keine Therapie für Suchtkranke, sondern sie richtet sich an alle Menschen mit dem Ziel, Lösungen anzubieten, bevor ein Suchtprozeß beginnt.

Vorbeugung beschränkt sich nicht auf bloße Abschreckung oder Information über legale oder illegale Substanzen, denn mit Verboten kann man dem nicht Herr werden. Je mehr Möglichkeiten der einzelne hat,

mit Krisen und Konflikten umzugehen beziehungsweise sein Leben zu genießen, desto geringer ist die Gefahr einer Suchtentwicklung.

Da es jedoch nicht ausreicht, gesunde Menschen zu befähigen, in kranken Strukturen zu überleben, sollen auch suchtbegünstigende Faktoren in Familie, in der Schule, im Betrieb und in den Gemeinden aufgezeigt und abgebaut werden.

Um all diese Ziele erreichen zu können, werden langfristige Projekte, unter anderem in Schulen, Jugend- und Sozialeinrichtungen, Kindergärten und Gemeinden, mit Vorträgen, zielgruppenorientierten Fortbildungen und ein breites Medien- und Informationsservice zum Thema „Sucht und Vorbeugung“ geboten.

In der Fachstelle stehen insgesamt zwei Sozialarbeiterinnen und ein Erzieher für Information und Beratung zur Verfügung. Unterstützt werden sie von einer Sekretärin und neun regionalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die vor Ort in der ganzen Steiermark suchtpreventive Projekte mit Jugendlichen und Erwachsenen initiieren und sie auch begleiten werden.

Aus folgenden steirischen Regionen werden zurzeit Mitarbeiterinnen in einem einjährigen Lehrgang ausgebildet: Ennstal, Eisenerz, oberes Murtal, Bruck und Umgebung, Mürztal, Weststeiermark, Oststeiermark, Nord und Süd, und in Graz-Umgebung. Ab Jänner 1998 werden sie mit zehn Wochenstunden nebenamtlich ihre Vernetzungstätigkeiten beginnen. Für das Jahr 1997 wird ein Schwerpunkt im Jugendbereich gesetzt. Das heißt, im schulischen Bereich werden neben Lehrer- und Lehrerinnenfortbildungen und Elterninformationsveranstaltungen vor allem Schülermultiplikatorenprojekte, das bedeutet Jugendliche informieren Jugendliche, durchgeführt. Zurzeit laufen bereits an elf Pflichtschulen und an sechs allgemeinbildenden höheren Schulen derartige langfristige Projekte.

Gemeinsam mit dem Jugendinfo LOGO 1799 wurde ein Methodenset für die außerschulische Jugendarbeit erarbeitet und begleitend wird eine Seminarreihe für Jugendarbeiterinnen angeboten.

Sucht, auch Alkoholsucht, entsteht bevor sie auffällt. Wir müssen gemeinsam etwas dagegen tun und sollten gemeinsam das Mögliche in allen Unmöglichkeiten entdecken und fördern. Denn Sucht geht uns alle an, Prävention aber auch. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 20.14 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (20.14 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine beiden Vorrednerinnen haben sich dieses Themas schon sehr genau angenommen und beeindruckende Zahlen und Fakten genannt. Ich möchte hier sagen: Alkohol ist in Österreich die Droge Nummer eins, legalisiert, gesellschaftlich anerkannt, einfach opportun. „Mit Alkohol fühle ich mich gefestigt, obwohl ich schwanke“ hat einmal ein Jugendlicher gemeint. Leider zeigt dieser Satz all das auf, was da dahintersteckt! Nämlich daß das Selbstwertgefühl

vieler junger Leute einfach so angekratzt ist, daß sie nur mit Hilfe dieser Droge – mit Hilfe des Alkohols – sich ins Lot, in die Mitte bringen können. Spannungsfelder und Aggressionszustände, aber auch Minderwertigkeitsgefühle und Angstzustände werden vor allem von Burschen, zunehmend auch von Mädchen, mit Alkohol kompensiert.

Nun, woher kommen diese Dinge? Ich nehme hier uns Erwachsene. Ich betone also die Verbindung uns, die Gemeinsamkeit, etwas Gleiches zu tun, uns als Erwachsene, auch Vorbild zu sein! Es gibt nahezu keine gesellschaftliche Veranstaltung, bei der es nicht regulär Alkohol gibt. Wenige Ausnahmen, gelegentlich ein Jugendball, bei dem nicht Alkohol ausgegeben, verkauft wird. Es müßte doch gelingen, daß es „in“ wird, keinen Alkohol zu nehmen. Ich orte hier im Raum großen Zuspruch zu dieser Thematik, was wäre, wenn wir wieder sagen, es ist eigentlich „in“, keinen Alkohol zu konsumieren? Ich bitte auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Vorbild für unsere Jugendlichen sein zu wollen! Wenn wir motorisiert, also mit dem Fahrzeug unterwegs sind, dürfte es für uns nichts anderes geben als selbstverständlich 0,0 Promille. Die gesamte Debatte auf Bundesebene in dieser Frage ist ansonsten eine Farce!

Was wir lernen müssen, ist – ich glaube, die Frau Kollegin Gross hat das in ihren Worten angesprochen und ich möchte das wiederholen und unterstreichen –, den wirklich vernünftigen Umgang, der jeweiligen Lebenssituation entsprechend oder der jeweiligen momentanen Situation entsprechend mit Alkohol, mit Drogen, mit Nikotin und Medikamenten. Natürlich ist es notwendig, daß entsprechende Informationen weitergehen. Es hilft nicht die Drohgebärde, es hilft ganz sicher nicht das absolute Verbot, denn wir wissen alle, gerade Jugendliche reizt das, was verboten ist, besonders. Möglicherweise würde damit eine versteckte Hintertür aufgemacht. Aber Informationen, wie schaut es mit der psychischen, mit der physischen Beeinträchtigung kurzfristig, langfristig aus, sind nötig. Wir müssen früh genug ansetzen und einsetzen, Eltern, Kinder, Lehrer, Erzieher, Kindergärtner auf die Problematik aufmerksam zu machen. Allein wenn man nach einem Wochenende die Zeitungen aufschlägt und einfach einmal quer liest, wie viele tödliche Verkehrsunfälle, wie viele schwerste Verkehrsunfälle mit langfristigen Konsequenzen und großem Leid für die Betroffenen sind immer wieder auf Alkoholkonsum zurückzuführen. Eine weitere Tatsache, etwa 60 bis 80 Prozent aller Alkoholkranken haben in ihrer Elterngeneration jemanden, der alkoholkrank war. Oder anders ausgedrückt, sehr häufig heiraten Töchter von Alkoholikern wieder Alkoholiker, das heißt, es scheint hier eine direkte Anziehung in diesem Phänomen da zu sein.

Burgi Beutl und auch Barbara Gross haben die Tatsache angesprochen, daß Angst, Schwäche, Mutlosigkeit, Desorientierung, Leistungsdruck von der Gesellschaft massiv auf Jugendlichen lastet. Dieser Druck wird zum Teil bewußt erzeugt und in der Gesellschaft einfach hochgehalten. Jugendliche können diese Anforderungen des Alltags oft nicht mehr verkraften. Sie haben das Gefühl und teilweise das Vorbild, mit Alkohol geht es einfacher und leichter.

Ein sehr großes Problem scheint mir die Einsamkeit zu sein. Leider ist unser Wirtschaften und unser wirtschaftliches Handling dahin gehend aufgebaut, daß wir alle in einem sehr intensiven Erwerbsprozeß stehen. Der Druck auf den einzelnen nimmt ständig zu, die Wortlosigkeit oder die Sprachlosigkeit damit auch. Wie viele alte Menschen flüchten vor den Fernsehapparat mit Alkohol als Partner. Wie viele Kinder, ich möchte nicht von Schlüsselkindern reden, aber wie viele Kinder sind auch allein über lange Strecken des Tages, manchmal sogar über mehrere Tage allein mit dem Fernsehgerät! Sie sind deswegen Gewalt, durchaus auch Brutalität, auch zu sehr gängigen Unterhaltungszeiten ausgesetzt. Gewalt, Abhängigkeiten und Konsumzwänge werden frank und frei ins Haus geliefert. Der Jugendliche ist dem ungeschützt und unaufgearbeitet ausgesetzt. Das indirekte Vorbild der Medien motiviert manchmal zum Griff zur Flasche, um Entlastung herbeizuführen.

Angesprochen wurde auch das Phänomen der Gruppe. Wir alle kennen es, wenn wir mit Jugendlichen zu tun haben. Die Gruppengesinnung hat irrsinnige Auswirkungen auf scheinbar gefestigte oder in Reifung befindliche junge Menschen. Wenn der Gruppendruck vorhanden ist, Alkoholika zu nehmen, sind diejenigen, die es vielleicht noch nicht unbedingt wollen, einfach genötigt mitzumachen. Jeder, der sich nicht an die Gruppennorm hält, wird ausgeschlossen. Ist es üblich, sich umzuschneiden, tun sie es, ist es cool, sich volllaufen zu lassen, tun sie es. Niemand denkt an die Probleme, die dann dahinterstehen.

Ich glaube, es wäre notwendig, bei den Eltern anzusetzen. Wenn Eltern vom Glück reden, Kinder bekommen zu haben, dann haben sie auch die Herausforderung anzunehmen, diese Kinder wirklich zu begleiten. Sie haben auch die Aufgabe, wie es Burgi Beutl gesagt hat, nicht Erziehungsberechtigte, sondern Erziehungsverpflichtete zu sein, wahrzunehmen. Gerade die heranwachsenden jungen Leute wollen den Reibebaum Erwachsene nicht missen, sie wollen die gesteckte Grenze kennenlernen. Das heißt nicht, daß man grundsätzlich alles verbietet, was irgendwie schön und lustig ist. Auch unsere Generation hat grenzüberschreitende Erlebnisse im Freizeitbereich gehabt, aber es muß die klare Linie, die generelle Linie da sein, und an dieser generellen Linie muß sich der Jugendliche wie an einem roten Faden halten können. Das ist eine auch politische Aufgabe. Ich verweise damit auf die Regierungsvorlage, für meine Begriffe eine sehr schöne, breite Ausformung des Istzustandes, des Sollzustandes, versehen mit einem Prioritätenkatalog auf der letzten Seite. Wenn es uns gelingt, diesen Prioritätenkatalog umzusetzen, und ich bitte hierden Herrn Landesrat Dörflinger, den für Jugend zuständigen Landesrat – (Abg. Purr: „Wo ist er?“) er ist nicht anwesend, schade – ich möchte ihn auffordern, die Umsetzung dieses Prioritätenkataloges systematisch zu versuchen. Er als zuständiges Regierungsmitglied soll uns im Landtag immer wieder von der Umsetzungsberichten. Ein Bericht nach Ablauf eines Jahres über den Stand der Umsetzung wäre angezeigt.

Ich darf mit einem Wort, das eine Beraterin in einer Lebensberatungsstelle gesagt hat, schließen: „Wir Menschen sind wie ein Klavier mit einer breit ange-

legten Tastatur. Derjenige, der süchtig wird, der abhängig wird, der verschmälert, verengt ständig seine Tastatur, bis nur mehr eines überbleibt, die Droge oder der Alkohol – als Taste.“ Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 20.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist der Herr Abgeordneter Korp am Wort.

Abg. Korp (20.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte mich vielleicht zunächst in die Reihe jener stellen, die eigentlich sehr bedauern, daß ein derart wichtiges Thema zu später Stunde behandelt wird, ein Thema, in dem soviel menschliche Tragödie und soviel Sprengstoff liegt, wie Alkoholismus bei jungen Menschen. (Abg. Mag. Hartinger: „Nicht einmal dein Landesrat ist hier!“) Ich werde vielleicht auf den Herrn Landesrat gleich eingehen. Erstens einmal weiß ich, daß er im Hause ist, im Moment beschäftigt ist, sonst wäre er sicherlich hier. Aber es ist gar nicht notwendig, den Herrn Landesrat zu rechtfertigen, weil gerade er es ist, der in diesem Bereich so wirksame Maßnahmen schon bisher gesetzt hat, daß wir darüber, glaube ich, nicht diskutieren brauchen, Frau Kollegin.

Wenn wir hier im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes, geschätzte Damen und Herren, über das Thema „Alkoholismus bei Jugendlichen“ sprechen, so möchte ich, gerade bezogen auf den schon angesprochenen Landesrat Dörflinger, feststellen, daß er auf dieser Ebene – und das sage ich nicht, weil ich hier ein Abgeordneter der gleichen Couleur bin, sondern weil es einfach die Wahrheit ist – längst die Zeichen der Zeit diesbezüglich erkannt hat und sowohl im Bereich der Drogen als auch der legalisierten Drogen längst gute und geeignete Maßnahmen gesetzt und eingeleitet hat und die Aktivierungsphasen, wie das so schön heißt, in diesem Bereich auch längst, Frau Kollegin, eingesetzt haben.

Beispiele darf ich hier anführen: Denken wir an die breitangelegten Informationen zu Drogen und legalisierten Drogen insgesamt. Denken wir an die Fachstellen in der Suchtprävention. Denken wir an die Gründung von Kuratorien zu diesem Themenbereich, Info-Folders, Vernetzungen und ähnliches mehr. Das sollte in diesem Zusammenhang bitte nicht vergessen werden.

Die Liste ist also lang. Eine Fülle von zweifellos notwendigen Maßnahmen. Und es ist halt keine Selbstverständlichkeit, daß ein Regierungsmitglied sein eigenes Budget umschichtet, um genau das zu tun, was er erkannt hat und was wir alle wissen, daß hier in diesem Bereich ganz dringende Maßnahmen zu setzen sind. Und das richtige Erkennen von Prioritäten ist ja schließlich keine Selbstverständlichkeit.

Ich persönlich, muß ich Ihnen sagen, bin deshalb dankbar, weil ich aus einem Bezirk komme, der mit höchstem Affinitätsrisiko behaftet ist. Ich sage vielleicht in diesem Zusammenhang auch ein paar Zahlen. In aller Kürze: Im Bezirk Judenburg ist es leider so, daß wir sowohl im Haschischbereich als auch im Bereich der legalisierten Drogen, also Zigaretten und Alkohol, steiermarkweit im Spitzenbereich liegen

– leider. Es ist so, daß wir im Haschischbereich nach Graz und Leibnitz der dritte Bezirk mit den höchsten Raten sind und daß wir bei den legalisierten Drogen bei den 14- und 15jährigen, Frau Kollegin Gross hat schon einige Zahlen genannt, ich sage sie bezogen auf Judenburg, bei 33 Prozent liegen, die ständig zur Flasche greifen. Man muß sich das einmal vorstellen. Und 57 Prozent rauchen regelmäßig. Das ist, glaube ich, zu meinem eigenen Bedauern muß ich das sagen, überhaupt ein steirischer Spitzenwert unter den Bezirken.

Die Antwort auf ein notwendiges Entgegenwirken entnehmen Sie alle bitte aus dem schon mehrfach angesprochenen Prioritätenkatalog. Das heißt, um nur einige Punkte herauszugreifen, die mir besonders hervorstechend und wichtig erschienen sind, Verbesserung des Jugendschutzes, Verbilligung nichtalkoholischer Getränke, Absicherung von professionellen Jugendarbeitern und Streetworkern, Förderung offener und mobiler Jugendarbeit, Ausbau präventiver Einrichtungen und verstärkte Aufklärung – natürlich ganz, ganz wichtig. Vor allem aber, und das möchte ich besonders herausstreichen, geschätzte Damen und Herren, eine vernünftige Arbeitsplatzpolitik für unsere jungen Menschen. Sie wissen alle wie ich, ohne Arbeit läuft nichts, und das gilt im besonderen Maße für die Jugend. Eine Jugend ohne Arbeit ist eine Katastrophe. Eine Jugend ohne Arbeit, geschätzte Damen und Herren, das ist ein Punkt, den sich die Gesellschaft eigentlich nicht leisten sollte.

Geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag, denken wir aber bitte auch daran, daß Alkoholkonsum, wie schon mehrfach angesprochen, eben kein spezifisches Jugendproblem ist. Denken wir auch daran, welche Welt unsere Jugendlichen heute vorfinden – Frau Kollegin, Sie haben das in anderer Form schon angesprochen –, nämlich erstens: Wohlstand bedeutet noch lange nicht seelisches Glück. Noch lange nicht! Zweitens: Bei unseren heutigen Jugendlichen ist es so, daß die Berufsentscheidung wesentlich später fällt, als das früher der Fall war. Drittens die Eigenverantwortung ebenfalls. Viertens: Die Konfrontation unserer Jugendlichen mit der Arbeitswelt erfolgt im Vergleich zu früher ebenfalls viel, viel später.

Das heißt insgesamt, wir müssen den Dialog mit der Jugend weiter verstärken, und nicht nur auf einige wenige Themen beschränken. Wir werden, Hoher Landtag, sicherlich, und das sage ich mit dem Brustton der Überzeugung, und damit komme ich zum Ende, auch hier im Hohen Haus daran gemessen, wie ehrlich wir es mit den jungen Menschen meinen, und hier nicht nur phrasendreschende Lippenbekenntnisse in den Raum stellen. Es ist meiner Meinung nach nicht entscheidend, wie viele Popkonzerte wir für die jungen Menschen veranstalten, sondern wie ehrlich wir es mit ihnen meinen, wie schon gesagt.

Geschätzte Damen und Herren, machen wir uns das bitte bewußt, dann sind wir sicherlich auf dem richtigen Weg. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 20.31 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist die Frau Abgeordnete Dietrich am Wort.

Abg. Dietrich (20.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Alkohol bei Jugendlichen ist uns allen ein wichtiges Thema. Man hat gesehen, mit wieviel Engagement die einzelnen Redner zu diesem Thema gesprochen haben. Auf Grund dessen, glaube ich, sieht man, wie wichtig es war, daß wir vor einem Jahr den Antrag gestellt haben, daß der Maßnahmenkatalog zu dem Schwerpunkt „Alkoholismus bei Jugendlichen“ erarbeitet werden sollte.

Alkohol ist für unsere Jugendlichen die häufigste Droge und bereits im Jugendalter ein Stimmungsmacher. Der Alkohol hebt die Stimmung, wirkt entspannend, steigert das Selbstwertgefühl. Aber je mehr der einzelne trinkt, desto mehr treten die negativen Wirkungen in den Vordergrund. Bei Jugendlichen ist das eine besondere Problematik, denn ihnen fehlt ein Enzym, den Alkohol abzubauen. Dieses Enzym wird erst in der Pubertät gebildet. Deshalb ist es umso dramatischer, Jugendlichen im Kindesalter Alkohol zu verabreichen. Und der beliebte Schluck Bier, den muß man sich zweimal überlegen, ob man das seinem Kind zumuten kann.

Wir haben auch gehört, daß jeder zehnte Hauptschüler regelmäßig Rauscherlebnisse hat. Drastisch ist die Situation auch bei den Lehrlingen. Bei den Lehrlingen besonders deshalb, weil viele angeben, nicht nur in ihrer Freizeit Alkoholika zu sich zu nehmen, sondern bereits während ihrer Arbeitszeit. Zur Jause ein Bier und vielleicht noch ein Schnapsperl dazu. So kommt der junge Mensch schön langsam immer mehr zum Alkoholismus.

Leistungsmotivation ist etwas, das sie nicht so schnell zu Alkoholika greifen läßt. Wichtig, ob ein junger Mensch einmal Alkohol zu sich nimmt, ist auch die Herkunftsfamilie. Und da können wir Österreicher ganz schön stolz auf uns sein. Wir sind nämlich nach Deutschland jenes Land, das am zweitmeisten Alkohol trinkt. Pro Kopf zehn, fünf Liter reinen Alkohol.

Und da sieht unsere Jugend schon ein besonderes Vorbild in uns. Es heißt auch, wenn die Eltern einen lockeren Umgang mit Alkoholika haben, dann ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Kinder auch dazu greifen, 1,7 mal so hoch als bei Vergleichsfamilien. Etwas eigenartig, und darüber sollten wir auch nachdenken, hat sich das Geschlechterverhältnis verändert in den letzten Jahren. Während in den sechziger Jahren auf zehn männliche Alkoholiker nur eine Frau kam, die ständig Alkohol zu sich nahm, ist das Verhältnis jetzt deutlich enger geworden, nämlich, wir liegen bei drei zu eins. Die Emanzipation hat auch hier ihre Spuren hinterlassen.

Wo ist aber die Aufgabe der Politik, wenn es um diese Problematik geht? (Abg. Gennaro: „Da gehört etwas unternommen. Das kommt vom Halbe-Halbe!“)

Ich glaube, wir sind dazu aufgefordert, den jungen Menschen Hoffnung zu geben, eine Zukunft zu zeigen. Wir alle wissen, daß wir eine schwierige wirtschaftliche Situation haben, wenig Arbeitsplätze, kaum Lehrstellen, aber wir sind gefordert, Lösungen zu suchen. Jugendliche haben Sehnsucht nach vielen Dingen. Sehnsucht nach Liebe, Sehnsucht nach Erfolg, nach Anerkennung, nach Freunden. Und wenn diese Sehnsucht nicht erfüllt wird, dann bleibt oftmals nur

die Sucht über. Ich glaube, wir haben ein recht gutes Jugendschutzgesetz. Es würde nämlich verbieten, daß Jugendlichen unter sechzehn Jahren der Alkohol öffentlich verabreicht wird, aber wir halten uns leider nicht daran.

Und aus diesem Grund bringe ich folgenden Beschlußantrag ein.

Beschlußantrag der Abgeordneten Dietrich, Hartinger, Bleckmann, Schinnerl, betreffend Abgabe von Alkoholika an Jugendliche.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, a) an den steirischen Schulen, insbesondere an allen steirischen gastgewerblichen Berufsschulen, vermehrt Aufklärungskampagnen über die Gefahren von Alkohol durchzuführen und b) die Betreiber von Gastronomiebetrieben mit Nachdruck auf die diesbezüglichen gesetzlichen Normen aufmerksam zu machen und dafür Sorge zu tragen, daß das Jugendschutzgesetz eingehalten wird. (Beifall bei der FPÖ. – 20.36 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (20.36 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist heute zu diesem Thema schon sehr viel Richtiges und Wichtiges gesagt worden. Es wurden Zahlen und Statistiken präsentiert, es wurden die gesellschaftspolitischen Aspekte beleuchtet. Es sind fast alle Aspekte ans Tageslicht gekommen, die hier mit-spielen.

Ich möchte mich daher auf ein paar kleine Dinge aus der Praxis beschränken. Trinken ist in unserer Gesellschaft leider zu einem Kavaliersdelikt geworden. Trinken und mit 70 durch die Ortschaft fahren, das ist einfach etwas, was heutzutage keinen mehr aufregt. Der Alkohol und das Trinken gehen quer durch alle Bevölkerungsschichten. Sie machen vor niemandem halt. Weder vor dem Bauarbeiter noch vor dem Akademiker, und was in manchen Gesellschaften getrunken wird, das glaubt man oft gar nicht. Bei der Jugend kommt hier noch ein gewisses Neugierigkeitsverhalten dazu, das sich leider aber nicht nur auf den Alkohol beschränkt. Jeder von uns, der sich zurückerinnert, hat mit 15 oder 16 einmal probiert, wie das ist. Wenn es bei der Probe bleibt, ist es okay, wenn es nur kein Dauerzustand wird. Dazu kommt der Gruppendruck. Man ist heutzutage, wenn man die Modeworte verwendet, nicht mehr „in“, man ist nicht mehr cool, man ist nicht ätzend, man ist nicht geil, wenn man nicht mitmacht. Das Ganze beschränkt sich nicht nur auf den Alkohol, das geht weiter in den Bereich der Drogen, und das geht speziell weiter in den Bereich des Rauchens. Wenn man zuschaut, wie Mädchen, junge Damen und junge Herren mit 13 und 14 Jahren bereits die stärksten Zigaretten rauchen, dann ist das eine Entwicklung, die äußerst ungut ist.

Zu Gesetzen und Verboten möchte ich die Seite 7 des Berichtes zitieren, die Stellungnahme der steirischen Landesregierung, wo drinnensteht, bei strikter Einhaltung der Gesetzesstellen wäre das Problem des

Alkoholkonsums für die Altersgruppen unter 16 Jahren nicht vorhanden. Das ist vollkommen richtig, doch wie sieht es aus? Es gibt hier sicherlich große Unterschiede zwischen den Stadt- und den Landgebieten.

Mich hat das letzte Mal im Ausschuß der Bericht des Landesrates Dörflinger wirklich schockiert, als er gesagt hat, in einem Versuch hat man eine Schülerin von Lokal zu Lokal geschickt, und neun von zehn Gastronomen haben dieser offensichtlichen Schülerin Alkohol ausgedient. Das ist wirklich eine Methode von Gastronomen, die abzulehnen ist, und das sage ich als einer, der aus dieser Branche kommt. Mit dem Problem, glaube ich, leben wir draußen am Lande nicht so stark. Wir leben mit dem Problem draußen, das auch im Ausschuß angesprochen wurde, mit den vielen mobilen Discos, mit den vielen mobilen Zeltfesten. Das sind Veranstaltungen, die nicht von der Gastronomie, sondern in Masse von Vereinen, Klubs und dergleichen veranstaltet werden. Der Altersschnitt bei diesen Discos ist zwischen 14 und 16 Jahren angesiedelt, mit 17 und 18 ist man bereits der Alte, der nicht mehr dazupasst. Dort wird dann getrunken, dort wird konsumiert, und dort passieren dann die großen Alkoholexzesse. Alkoholexzesse oft nicht im Zelt oder mit Masse nicht im Zelt, ich habe das leider selbst miterleben müssen, diese Alkoholexzesse spielen sich bei den privaten Autos draußen am Parkplatz ab. Die Jugend hat ihren Alkoholkonsum in Masse mit im Kofferraum, drinnen im Zelt ist es ja zu teuer. Sie konsumieren dann draußen im Auto die mitgebrachten Alkoholika, die sie im Supermarkt eingekauft haben. Wenn man dann mit einem Gendarmeriebeamten spricht, daß man die Kontrolle verstärken sollte, dann sagt der mir, da haben Sie schon recht, nur, wie schaut es am Wochenende aus?

Ein kleines Beispiel: Die Sektorenstreife, wie Sie wissen, ist mit zwei Mann besetzt. Da gibt es Wochenenden, wo man etwa ein Drittel der Fläche des Bezirkes mit zwei Gendarmen überwachen sollte. Es geht ja nicht, daß man vom Hühnerberg im nordöstlichen Bereich unseres Bezirkes, dem sogenannten „Mount Chicken“, bis runter nach Heimschuh mit zwei Beamten das vollziehen kann. Ich verstehe die Beamten, die dann sagen, das ist nicht vollziehbar. Außerdem hat der Gendarmeriebeamte bei Diskotheken mit über 1000 jugendlichen Besuchern wenig Möglichkeiten, hier das Jugendschutzgesetz auch wirklich zu vollziehen. Das geht nur mit Planquadrataktionen, und das geht nur damit, daß man bei diesen Festivitäten dieselben Voraussetzungen wälten läßt, wie sie auch die gewerblichen Festivitäten haben. Das heißt, der Verein muß bei seinem Zeltfest die gleichen Auflagen erfüllen, die gleichen Hygienebestimmungen, die gleichen steuerlichen Belastungen, und dann kann ich zu einem relativ hohen Prozentsatz sagen, hören sich diese Sauforgien relativ rasch auf.

Ich glaube, daß nicht weitere gesetzliche Belastungen das Problem lösen, sondern es hilft eine breite Aufklärungskampagne. Für mich ist da der Bereich des Umweltschutzes ein bißchen ein Vorbild. Früher haben alle ihren Dreck irgendwo weggeschmissen, aber durch lange Aufklärungsarbeit, durch Sensibilisierung der Bevölkerung ist es gelungen, daß die Leute ihren Dreck sammeln und abgeben. Vielleicht

schaffen wir es auch in diesem so wichtigen Bereich, der für unsere Jugend die Zukunft wieder öffnet. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 20.43 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich möchte nur für die Statistik feststellen, daß jene Gruppe Jugendlicher, die am häufigsten zur Flasche greift, die ist, die zwischen drei und neun Monate alt ist.

Wir kommen zur Abstimmung.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Beschlusantrag der Abgeordneten Dietrich, Mag. Hartinger, Mag. Bleckmann und Schinnerl, betreffend Abgabe von Alkoholika an Jugendliche, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

17. Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 276/6, zum Antrag der Abgeordneten Majcen, Alfred Prutsch, Tschernko und Beutl, betreffend Ausbau und Sanierung steirischer Kasernen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (20.44 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich berichte, wie gesagt, über die Vorlage der Landesregierung, betreffend den Ausbau und die Sanierung steirischer Kasernen.

In diesem Antrag wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und zu erwirken, daß erstens in der Vander-Groeben-Kaserne in Feldbach zur zweckentsprechenden Ausnutzung der neuen Waffensysteme und zum Ausbau einer Systemkaserne Werkstätten, Garagen und ein waffenkonformes Übungsgelände errichtet werden; zweitens in der Erzherzog-Johann-Kaserne in Straß die beabsichtigten Ausbauten zu einer Systemkaserne fortgeführt und die dafür erforderlichen Mannschaftsunterkünfte errichtet und die notwendigen Grundstücke gekauft werden; drittens in der Hermann-Kaserne in Leibnitz, welche für die zwei untergebrachten Kompanien zu klein ist, die bereits eingeleitete Kasernensanierung rasch zu Ende geführt wird und viertens die Küchen in der Kirchner-, Gablenz- und Belgier-Kaserne saniert werden sowie fünftens Maßnahmen am Fliegerhorst Nittner, nämlich die Sanierung des Objektes 23, das ist der Hangar VII, und ein weiteres Mannschaftsgebäude errichtet werden.

Der Hohe Landtag wolle beschließen, diesen Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. (20.46 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Als erstes zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es ihr.

Abg. Beutl (20.46 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich melde mich vor allem deshalb zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort, weil es um eine Kaserne in meinem Bezirk geht und weil ich tatsächlich auch vom Kommandanten mehrfach angesprochen worden bin, diesen Antrag und vor allem auch den Beschlusantrag, den dann mein Kollege Majcen einbringen wird, hier zu vertreten.

Ganz kurz vielleicht, nur generell einige Gedanken vorneweg: Wir befinden uns in Europa in den letzten Jahren in einer Phase der Neuorientierung, was die Sicherheitspolitik betrifft. Ich denke, daß die Basis für eine friedliche Neuordnung gelegt ist. Abrüstung, Auflösung des Warschauer Pakts, demokratische Veränderungen in Osteuropa sind ein Zeichen dafür.

Trotzdem müssen wir darauf hinweisen, daß mögliche Grenz- und Nationalitätskonflikte in einzelnen Regionen, aber auch tiefgreifende Änderungen politischer Verhältnisse nicht ausgeschlossen sind. Bei aller Hoffnung auf ein friedvolles Europa sind Vorkehrungen zu treffen. Auch nicht zu vergessen – und ich sage das als Bewohnerin eines Grenzgebietes – ist das wirklich große und starke Sicherheitsbedürfnis der Menschen, das ja auch seit der Slowenienkrise nicht weniger und geringer geworden ist.

Um aber nun die Aufgaben erfüllen zu können, die dem Bundesheer gestellt sind, in Richtung Verteidigung, in Richtung Schutz, sind diesen Menschen auch entsprechende Ausrüstungen und Rahmenbedingungen zu geben und zu schaffen.

Deshalb möchte ich Sie bitten, zu diesem Beschlusantrag, den der Kollege Majcen anschließend vortragen wird, Ihre Zustimmung zu geben.

Ganz kurz zur Kaserne Feldbach. Sie besteht seit dem Jahr 1960 und ist seit diesem Zeitpunkt, obwohl es Ausbaupläne damals schon gegeben hat, unverändert. Sie war ursprünglich als Artilleriekaserne eingerichtet, hatte zwischendurch andere Aufgaben zu erfüllen und ist aber seit der Heeresgliederung neu wieder diesem Ursprungsauftrag zugeführt worden. Das Artillerieregiment I in Feldbach verfügt über eine ausgezeichnete Kaderstruktur. Die verfügbaren Plätze sind zu über 90 Prozent besetzt. Die Garnison Feldbach ist eine jener wenigen Garnisonen, die in unmittelbarer Kasernennähe über einen Übungsplatz im Ausmaß von zirka 100 Hektar verfügt. Was besonders wichtig ist, dieser Übungsplatz verfügt auch über die Eignung, mit den neu erhaltenen Panzerhaubitzen M 109 die Ausbildung ordnungsgemäß durchführen zu können.

Abgesehen davon stellt die Kaserne Feldbach selbstverständlich einen gewichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Eine Umwegrentabilitätsrechnung hat ein Investitionsvolumen von zirka 93 Millionen Schilling pro Jahr ergeben.

Die Maßnahmen, die nun wirklich dringend erforderlich sind, sind die Errichtung entsprechender Abstellhallen für die Kettenfahrzeuge und für die

dazugehörigen Instandsetzungseinrichtungen sowie die Errichtung eines Stabsgebäudes mit den entsprechenden modernen Lehr- und Ausbildungsstätten.

Dazu bitte ich Sie um Ihre Zustimmung, daß das in Angriff genommen wird und daß das in nächster Zeit über die Bühne geht. (Beifall bei der ÖVP. – 20.50 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

Abg. List (20.50 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Mit großen Schritten naht der Zapfenstreich auch in diesem Hohen Haus, und deshalb will ich nicht unbedingt eine NATO-Beitrittsdiskussion vom Zaun brechen, die mir heute eigentlich sehr am Herzen gelegen wäre, wenn wir die Artikel in der „Kronen-Zeitung“ heute verfolgen, worin steht, daß Rußland bald NATO-Vollmitglied sein sollte und Österreich möglicherweise draußen bleiben wird.

Deshalb, geschätzte Damen und Herren, beschäftige ich mich ausschließlich mit dieser Regierungsvorlage, die sich auf sechs steirische Kasernen beschränkt und sich vollinhaltlich mit dem Umbau beziehungsweise den Sanierungsmaßnahmen beschäftigt.

Persönlich freut es mich natürlich besonders, wenn eine Dame, die Frau Kollegin Beutl, den Part der Kaserne Van der Groeben übernimmt und hier praktisch als Schutzherrin, als Schutzdame des Steiermärkischen Landtages für diese Kaserne fungiert.

Mir persönlich bleibt es jetzt, zwei Kasernen näher zu behandeln – für den Kollegen Franz Majcen dürfte noch die eine oder andere übrigbleiben –, vorerst die Erzherzog-Johann-Kaserne in Straß und anschließend den Fliegerhorst Nittner in Graz-Thalerhof.

Zur ersteren, zur Erzherzog-Johann-Kaserne in Straß: Derzeit werden dort in Etappen insgesamt 51 Radschützenpanzer an das Jägerregiment V zusätzlich in Bad Radkersburg ausgeliefert. Diese hochmodernen gepanzerten Mannschaftstransporter dienen der Mobilität der Truppe entsprechend den Einsatzmöglichkeiten nach geänderten Bedrohungsbildern. Gleichzeitig kann ein Teil auch für friedenserhaltende Einsätze im Rahmen der UNO verwendet werden.

Die In-Aussicht-Stellung in dieser Regierungsvorlage von 180 Millionen Schilling bis zum Jahr 2000 für den Ausbau dieser Systemkaserne ist zu wenig. Wir fordern die Sicherstellung dieser Geldmittel, um die Neuerrichtung eines Mannschaftsgebäudes, von Einstellhallen und einer Tankanlage zu gewährleisten. Erst nach Umsetzung dieser Maßnahmen kann die Systemkaserne für den Radschützenpanzer optimal betrieben werden.

Jetzt, geschätzte Damen und Herren des Landtages, zum Fliegerhorst Nittner in Graz-Thalerhof, zur zweiten Kaserne.

Der Zweite Landtagspräsident Dr. Dieter Strenitz und Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann konnten mit vielen Festgästen in der letzten Woche die dort neu errichteten Objekte, ein modernes Mannschaftsgebäude und ein modernes, wirklich hochqualifizier-

tes Wirtschaftsgebäude, besichtigen. Der Anlaß war das 50jährige Bestandsjubiläum der Bundesgebäudeverwaltung II, die dort ihren Festakt abhielt und zuständig ist für die Erhaltung und Errichtung von Kasernenanlagen.

Diese Objekte wurden im Zuge der Aufnahme des Flugbetriebes mit dem für die Luftraumüberwachung vorgesehenen Flugzeug gebaut. Trotzdem treten am Fliegerhorst Nittner weitere Probleme auf. So mußte die Halle 7 auf Grund von schweren Sturm- und Schneeschäden der Jahre 1995 und 1996 für den Flugbetrieb gesperrt werden. Die teuren und wichtigen Einsatzfahrzeuge der Flugrettungskolonnen müssen im Freien stehen. Die Einsatzfähigkeit von Bergekrän, Brandbekämpfungsfahrzeugen und Rettungsfahrzeugen dieser Kolonne waren besonders im Winter gefährdet und sind es jetzt noch immer. Im letzten Winter wurde verzweifelt nach Unterstellmöglichkeiten für dieses wichtige Einsatzgerät gesucht und eine außerhalb des militärischen Bereiches im benachbarten Gemeindegebiet von Zettling gefunden. Für die monatelange Unterbringung dieser Fahrzeuge in den Hallen eines Transportunternehmens mußte ein großer Betrag bezahlt werden. Gleichzeitig fielen Überstunden für jene Bediensteten an, die das Einsatzgerät täglich zum Dienstbetrieb überstellen mußten. Eine sofortige Sanierung dieser Hallen, vor allem für die Nutzung im Flugdienst und als Unterstellmöglichkeit für das wertvolle, lebensnotwendige Einsatzgerät ist erforderlich.

Als Zweites für den Fliegerhorst Nittner waren vorerst zwei Mannschaftsgebäude zur Abwicklung des inneren Dienstes geplant. Lediglich ein Objekt wurde errichtet und vor rund drei Jahren in Betrieb genommen. Durch den Abbruch der alten Holzbaracken, in denen vorher der Dienstbetrieb durchgeführt wurde, entstand eine Raumknappheit, die Soldaten mußten deshalb in Zimmern zusammengelegt werden. Für das Kaderpersonal sind zu wenig Alarmzimmer vorhanden. Um einen reibungslosen Dienstbetrieb sicherzustellen, wäre die Errichtung eines zweiten Mannschaftsgebäudes erforderlich. Für diese notwendigen Bauvorhaben am Fliegerhorst Nittner Graz-Thalerhof waren im Bau- und Rahmenprogramm 1997 keinerlei Budgetmittel vorgesehen.

Aus diesen Gründen, geschätzte Damen und Herren, wird der Beschlußantrag der Kollegen von der ÖVP, der anschließend eingebracht wird, von uns Freiheitlichen mitgetragen. Geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, schaffen wir gemeinsam auf diesem Wege eine verbesserte Infrastruktur in den steirischen Kasernen durch Ausbau und Sanierung. Geben wir den jungen Männern optimale Rahmenbedingungen für ihren Dienst an der Heimat in diesem Lande. (Beifall bei der FPÖ.)

Abschließend gestatten Sie mir, Sie auf eine große Geburtstagsfeier aufmerksam zu machen oder Sie daran zu erinnern. Ein Flughafen, ein militärischer Flughafen, der Flughafen Hinterstoisser in Zeltweg, feiert sein 60jähriges Bestandsjubiläum und gleichzeitig die Stadt Zeltweg ihr 850jähriges Bestandsjubiläum in Form eines großen Flugtages. Am Freitag, dem 20. Juni, ist die Generalprobe und Samstag, dem 21. Juni 1997, mit Beginn um 9 Uhr der große Flugtag mit Teilnehmern aus In- und Ausland mit über zwölf

Nationen, die sich daran beteiligen. Ich würde alle Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, nicht nur die regionalen Abgeordneten des Aichfeldes, bitten und ersuchen, nach Möglichkeit dort als Ehrengäste in der Gratulantenschar bei 850 Jahre Zeltweg und 60 Jahre Militärflugplatz Hinterstoisser dabeizusein. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 20.57 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (20.57 Uhr): Militärisch kurz. Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das meiste ist gesagt worden, und genauso, wie in ganz Österreich, ist es natürlich auch in der Steiermark so, daß man bei Umfragen feststellen kann, daß die Bereitschaft, für das Vaterland etwas zu tun und Österreich zu verteidigen, und zwar mit der Waffe zu verteidigen, also militärische Verteidigung, in irgendeiner Form mitzutragen, im Sinken begriffen ist. Es sind zwar 78 Prozent der Österreicher stolz auf Österreich und sagen, es ist richtig, daß wir ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein haben, aber nur knapp die Hälfte wäre bereit, Österreich mit der Waffe zu verteidigen. Auch die Umfragen bei jüngeren Staatsbürgern sind so, daß sich laut einer Umfrage aus dem Jahre Ende 1996 unter Schülern nur 45 Prozent bereit erklären, Österreich im Notfall mit der Waffe zu verteidigen. Das läßt manchmal die Frage aufkommen, ob wir, die Gesellschaft, genug tun, um die Wichtigkeit der umfassenden und auch der militärischen Landesverteidigung zu vertreten. Wir sollten mehr tun, um bei den Staatsbürgern die Bereitschaft zu wecken oder zu fördern, zur Sicherung dieser staatlich-gesellschaftlichen Lebensgrundlagen beizutragen und möglichen Bedrohungen entgegenzuwirken.

Statistische Daten, wie vorhin erwähnt, zeigen, daß dieses Ziel auch in Schulen bei weitem nicht erreicht wurde, weil in den Schulen kommt man nur an die Schüler heran. Man kommt nicht heran an andere Bereiche der Bevölkerung. Man kommt nicht heran an Frauen, an Hausfrauen, an andere Menschen. Es gibt allerdings, und das werden Sie oft festgestellt haben, gravierende Unterschiede in der regionalen Verteilung der Bereitschaft. Die Steiermark gehört zu den Bundesländern, wo die Bereitschaft, für das Land einzutreten, noch um ein Mehrfaches höher ist als in anderen, zum Beispiel städtischen Ballungsräumen. Es ist daher notwendig, daß wir uns insbesondere bemühen, daß die jungen Leute, die jungen Steirer, die bereit sind, einzurücken und militärischen Dienst zu tun, und das in Kasernen tun können, die einen Standard aufweisen, von dem man sagen kann, er ist einigermaßen zeitgemäß. Daher haben wir diese Initiative gestartet, und ich danke allen, die mitgeholfen haben, und auch allen, die angekündigt haben, daß sie diesen Beschlußantrag heute mittragen. Das sind alle Fraktionen im Landtag mit Ausnahme der Grünen, und ich freue mich darüber sehr.

Die Steiermark hat sich immer zur militärischen Landesverteidigung bekannt. Die Frau Landeshauptmann Klasnic ist bemüht, bei jeder Angelobung, die es im Lande gibt, dabeizusein, weil sie ganz einfach

Wert darauf legt, daß die jungen Leute, die angelobt werden, eine gewisse Wertschätzung erfahren. Daher müssen wir schauen, daß es gute Unterbringung, ordentliche Arbeitsverhältnisse für die Grundwehdiener erstens und zweitens für die, die beruflich die Landesverteidigung tragen, gibt, und deswegen diese Initiative. Wenn Sie gestern die „Presse“ gelesen haben – ich habe sie jetzt nur zufällig hier bei der Hand –, dann steht hier, daß bei Heeresankäufen Geschäfte in der Höhe von knapp 21 Milliarden Schilling in Österreich gemacht wurden und daß die Steiermark das Bundesland ist, das am meisten davon profitiert hat, nämlich Aufträge in der Höhe von 7 Milliarden Schilling, die wiederum über die Landesverteidigung in Form von Aufträgen in die Steiermark geflossen sind. Das beflügelt uns, diesem Problem noch mehr Augenmerk zuzuwenden, und ich stelle daher den Beschlußantrag, der Ihnen allen vorliegt, in dem nämlich der Landtag aufgefordert wird zu beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß die Finanzierung erstens der notwendigen Infrastruktur für das neue Artilleriegeschütz und eines neuen Stabsgebäudes zur Gewinnung von Mannschaftsunterkünften und entsprechend moderner Lehrsäle in der Van-der-Groeben-Kaserne in Feldbach, zweitens des Ausbaues der Systemkaserne Erzherzog Johann in Straß mit Neuerrichtung eines Mannschaftsgebäudes, einiger Einstellhallen für PZ-Fahrzeuge und einer Kfz-Tankanlage, drittens der Errichtung einer weiteren Mannschaftsunterkunft und der zügigen Fortführung der Sanierungsmaßnahmen in der Hermann-Kaserne in Leibnitz, viertens der Sanierung der Kasernenküchen in der Kirchner- sowie Gablenz-Kaserne in Graz und fünftens der Sanierung des Objektes 23 (Hangar VII) sowie der Errichtung eines weiteren Mannschaftsgebäudes am Fliegerhorst Nittner in absehbarer Zeit sichergestellt wird.

Ich hoffe, daß diese Initiative des Steiermärkischen Landtages vom Bund wirklich dazu herangezogen wird, ein Bundesland, das sich immer offen zur Landesverteidigung bekannt hat, zu unterstützen, erstens im Sinne der vorgenannten Worte und zweitens auch im Sinne der wirtschaftlichen Maßnahmen, die damit verbunden sind.

Ich möchte hier auch sagen, daß ich mich sehr freue, daß am 8. Juli bei einer Besichtigung des Flughafens Zeltweg, nämlich nicht im Rahmen der Flugschau, sondern bei einer Wertbesichtigung, alle Mitglieder des Ausschusses für Sicherheit und Landesverteidigung ihre Teilnahme zugesagt haben, daß alle ihre Anträge beziehungsweise ihre Identitätsnachweise ausgefüllt haben, um so in diesen Hochsicherheitsbereich zu kommen. Ich freue mich schon auf diese gemeinsame Besichtigung. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.05 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich bitte darum.

Abg. Vollmann (21.05 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als letzter Redner könnte man nur mehr nachbeten, was die vorherigen schon gesagt haben. Es ist also

hinlänglich bekannt, daß Maßnahmen in diesen sechs Kasernen zu setzen sind, die längst gesetzt hätten werden müssen. Das müssen wir einmal klar und deutlich sagen. Leider ist immer wieder die Ausrede, daß das Geld gefehlt hat. Wir stellen nur auf der anderen Seite immer wieder fest, daß die Investitionen in anderen Bundesländern und anderen Kasernen wohl zeitgerecht durchgeführt worden sind, leider in der Steiermark zu spät.

Ich denke nur seinerzeit an die Eröffnung von Nittner, hier in der Nähe von Graz, wo also zugesagt worden ist, daß diese Mannschaftsgebäude und der Hangar so schnell als möglich gebaut werden. Leider ist bis heute mit diesen Bauvorhaben nicht begonnen worden.

Meine Damen und Herren, jeder, der einmal seinen Präsenzdienst abgeleistet hat, weiß, in welchen Quartieren manche Präsenzdienner zu hausen haben. Es ist wohl hoch an der Zeit, daß diese, nunmehr zum Teil 70, 80 Jahre alten Gebäude, die zum Teil nur notdürftig instandgesetzt worden sind, renoviert oder neu gebaut werden. Ich glaube sogar neu gebaut, weil ein Neubau wahrscheinlich billiger ist als alles andere.

Aber ich meine halt auch, daß der zuständige Minister die nötigen Veranlassungen zu setzen hat, damit hier in der Steiermark in diesen sechs Kasernen die notwendigen Ausbauten geschehen.

Wenn ich sage sechs Kasernen, fällt mir in dem Zusammenhang ein, daß ja zukünftig auch Frauen zum Österreichischen Bundesheer einrücken und dort noch freiwillig ihren Präsenzdienst absolvieren können. Wie man das allerdings gestalten will, wenn man nicht die nötigen Voraussetzungen schafft, nämlich Mannschaftsräume, Duschräume, WCs und sonstige Getrennräume, das ist mir völlig unklar, denn wenn nicht notwendige Investitionen gemacht werden, wird das höchstens ein Wunschtraum, aber nie Wirklichkeit und Realität werden, meine Damen und Herren.

Oder man macht das, was wir heute in der Frage des Jugendlandtages behandelt haben, der Beginn des Alkoholismus liegt bei den Kindern, bei der Jugend, vielleicht liegt er dann bei der Förderung gemeinsamer Feierabende, die ja dann bei Alkohol und Sexismus besondere Freude bereiten.

Also, es sei der Aufruf an den Herrn Minister gestattet, er soll sich hier vehement anstrengen und die notwendigen Investitionen vornehmen. (Abg. Straßberger: „Finanzminister!“) Die Ausrede, lieber Herr Kollege Straßberger, der Herr Finanzminister, höre ich von dir, als Finanzbeamter, leider allzu oft, aber der Herr zuständige Minister braucht nur andere Schwerpunkte setzen, das Geld anders verteilen, dann wird auch manches in die Steiermark kommen. Glück auf, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. - 21.08 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

Abg. Korp (21.08 Uhr): Keine Angst, ich will mir nicht den Unmut der Kollegen zuziehen. Ich möchte nur ganz kurz meinen Kollegen Franz Majcen ansprechen, was den 8. Juli betrifft.

Wir werden ja an diesem Tag im Fliegerhorst in Zeltweg sein. Vielleicht könnten wir miteinander gleichzeitig die Gelegenheit nützen, um den Herrschaften einmal mehr die Öffnung des Flughafens in Zeltweg nahezubringen, zumal ich inzwischen weiß, daß der Kommandant des Fliegerhorstes in Zeltweg ein Gegner der Öffnung ist. Und nachdem wir gerne die Intentionen dieses Fliegerhorstes, seiner Soldaten unterstützen, könnten wir hier als Gegenleistung einmal mehr das einfordern.

Die Verkehrsinfrastruktur einer Region ist unerlässlich eine absolute Notwendigkeit, und ich möchte hier in diesem Zusammenhang einmal mehr einfordern, es geht nicht an, daß öffentliche Mittel von 1,3 Milliarden Schilling hineingepumpt werden und einfach die Wirtschaft und alles das, was wir in der Region brauchen, hier durch die Finger schauen. Da sollten wir einmal mehr einen Schulterschuß vollziehen - die Kollegen der F sind dazu gerne bereit -, und das sollten wir auch hier im Hause vollziehen. Ich bitte darum und danke! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. - 21.09 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich nehme an, daß es sich hier um die Öffnung für den zivilen Flugverkehr handelt. (Abg. Korp: „Ja!“) Ja, danke!

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Beschlusantrag der Abgeordneten Majcen, Vollmann, Alfred Prutsch, List, Tschernko, Keshmiri und Beutl, betreffend Sicherstellung der Finanzierung für den Ausbau und Sanierung der steirischen Kasernen, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

21. Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 504/1, Beilage Nr. 64, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Peter Schinnerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schinnerl (21.10 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung hat in seiner Sitzung am 10. Juni 1997 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 504/1, Beilage Nr. 64, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird, beraten.

Mit der vorgeschlagenen Änderung soll klargestellt werden, daß die Bauinitiative Steiermark im Sinne des Regierungsbeschlusses vom 10. Juni 1996 und der Vergabe- und Förderungsrichtlinien vom 11. Juli 1996 fortgeführt werden soll.

Der Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 504/1, Beilage Nr. 64, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird, wird mit nachstehender Änderung zum Beschluß erhoben:

Artikel I: Dem Paragraphen 40 wird angefügt:

Viertens: natürlichen oder juristischen Personen für die Durchführung einer Bauinitiative Steiermark in den Jahren 1997 und 1998. Gegenstand der Förderung sind insbesondere die Errichtung und Erneuerung von Hoch- und Tiefbauten sowie von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien – jeweils mit kommunaler Wirksamkeit – inklusive Baunebenkosten, wobei die Nettoinvestitionsmaßgebend sind. Priorität haben – unter Berücksichtigung regionaler Aspekte – Bauvorhaben in dieser Reihenfolge: Bauvorhaben mit überdurchschnittlichem Lohnanteil, Bauvorhaben zur Energieeinsparung, Bauvorhaben mit sozialer Bedeutung.“

Als Obmann und Berichterstatter ersuche ich um Ihre Zustimmung. (21.12 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen Bericht. Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (21.12 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir freuen uns sehr, daß es für die an sich sehr erfolgreiche Bauinitiative wiederum Mittel gibt, daß 200 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Abänderungsantrag der Abgeordneten Majcen, Ing. Mag. Hochegger, Purr und Riebenbauer zum Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 504/1, Beilage Nr. 64, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird, in der Fassung des mündlichen Berichtes Nr. 39, einbringen.

Der Hohe Landtag wolle beschließen, der Artikel 1 lautet:

Dem Paragraphen 40 wird angefügt:

Viertens natürlichen und juristischen Personen für Maßnahmen im Sinne der Ziffer 3 in den Jahren 1997 und 1998.

Für diese Bauinitiative dürfen Mittel von insgesamt 200 Millionen verwendet werden. (21.13 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (21.14 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist schon eine vorgerückte Stunde angebrochen, aber trotzdem zu diesem Tagesordnungspunkt, wo es um 200 Millionen Schilling geht, einige Überlegungen.

Ich bin der Auffassung, daß eine solche gewaltige Summe, zumindest für mich eine gewaltige Summe, für manche in der Regierung ist es ja nicht der Fall, daß man hier doch ein paar Anmerkungen deponieren sollte. Ich begrüße auch diese Bauinitiative und bin

überzeugt davon, daß jede Initiative, die Arbeitsplätze schafft, die im Bauwesen Wertschöpfung hervorruft, zu begrüßen ist. Ich bin auch der Auffassung, und ich glaube der Kollege Heibl wird mir da recht geben, daß gerade im Wohnbau besonders Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu kommt noch, daß dort, wo Wärmedämmung, wo Alternativenergien vorgesehen sind, daß dort auch besondere Möglichkeiten der Arbeitsplatzbeschaffung gegeben sind. Was ich jetzt nur verständnisvoller frage: was wäre gewesen mit den 200 Millionen Schilling, wenn die Bauinitiative von dir, Freund Heibl, das möchte ich dir nicht unbestritten zugestehen, nicht initiiert worden wäre, in einer Zeit, wo du zu recht gesagt hast, wir müssen dort Initialzündungen setzen, wir müssen dort Initiativen setzen, dort muß etwas weitergehen. Gemeinsam mit Gewerkschaft und wer alles dort beteiligt war, entscheiden tut das Land Steiermark, habt ihr die Bauinitiative gegründet. Wenn das aber von eurer Seite nicht passiert wäre, dann wären trotzdem die 200 Millionen Schilling da, und da frage ich mich, wie das kommen kann, ich habe mir das heute vom Landesrat Schmid erklären lassen – er ist jetzt nicht da – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Herr Kollege!“) Ach, du bist jetzt zuständig dafür? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Immer gewesen!“)

Immer gewesen? Noch besser. Aber der Herr Landesrat Schmid hat erklärt, daß er 200 Millionen Schilling durch die Reformmaßnahmen, die damals – ich glaube Ende 1992 sind sie eingeleitet worden – ermöglicht worden sind. Das sind also Gelder, die im Wohnbau offensichtlich hervorgekommen sind, denn der liebe Gott hat sie ja nicht auf die Erde geschickt, sondern wir haben damals eine dramatische Situation gehabt. Da hat es eine Wohnbauförderungsgesetznovelle gegeben, und offensichtlich haben sich dort die Dinge so entwickelt, daß entsprechendes Geld vorhanden sind, also 200 Millionen Schilling. Jetzt stelle ich natürlich auch die Frage, so sehr ich diese Wohnbauinitiative begrüße, ob es nicht auch andere dringende Maßnahmen im Bereich des Wohnbaues gibt, wo solche Mittel gebraucht werden. Kollege Majcen ist da Experte – sagt mir, das sind nicht nur 200 Millionen Schilling, es wird sich noch herausstellen, daß in dem Bereich die Geldmittel sich immer mehr anhäufen werden, durch günstige Rückzahlungen, durch geringere Direktdarlehen und, und. Jetzt frage ich mich nur, wir beklagen auf der einen Seite, daß im sozialen Wohnbau trotz allem zu wenig geschieht, daß die Wohnungen zu teuer sind, daß es bei den Wohnungsbeihilfen Probleme gibt und, und. Besteht auch die Garantie, ich habe es zwar schon in der Zeitung gelesen, daß von seiten des Landtages im Sinne jener Menschen in der Steiermark, die dringend eine Wohnung brauchen und eine sozial verträgliche Wohnung brauchen, daß dort auch etwas geschieht? Weil ich sage es ganz deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin nicht damit einverstanden, ich hoffe, daß das nicht passieren wird, daß mit diesen Geldern im Bauwesen Projekte gefördert werden oder unterstützt werden, die meinen Vorstellungen nicht entsprechen. Zum Beispiel Kanalbau – ich weiß nicht, aber ich lasse mich gerne aufklären – ist das damit möglich oder nicht? (Abg. Heibl: „Ich sage dir dann die Projekte!“) Ich frage nur, ist es nach dieser Gesetzesvorlage möglich, daß auch diese 200 Millionen

Schilling in den Großkanalbau fließen? Ich frage nur, ich bin kein Experte. Oder ist es möglich, daß es auch im Tiefbau, im Straßenbaubereich oder wo immer, Bauinitiativen sind? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Es sind eindeutige Richtlinien zur Verfügung!“) Man muß ja die Frage stellen, Kollege Schützenhöfer, ich weiß nicht, ob du jetzt wegen mir den Kopf schüttelst! (Unverständlicher Zwischenruf des Abgeordneten Schützenhöfer.) Ich habe ihn schon drüben gesehen. Den hätte man ja schon da herlegen können. (Abg. Vollmann: „Im mündlichen Bericht steht es drinnen!“)

Da geht es um Maßnahmen mit Arbeitsplatzbeschaffung und so weiter. (Abg. Heibl: „Ich sage dir die Liste, welche Vorhaben beschlossen wurden!“)

Aber ich frage jetzt nur, ich meine, die Frage wird wohl noch erlaubt sein, was wäre, wenn du diese Bauinitiative nicht gestartet hättest? (Abg. Heibl: „Dann hätten wir um 1500 Arbeitslose mehr gehabt!“) Nein, nein, aber wären dann diese 200 Millionen Schilling, das darf ich ja fragen, auf die hohe Kante gelegt worden oder nicht? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das eine ist schon verbraucht!“) Ja, offensichtlich.

Mich überrascht, daß es möglich ist, heute in der Wohnbauförderung, wo so dringend sozial verträgliche Wohnungen gebraucht werden, daß es gelungen ist, 200 Millionen Schilling anzusammeln, und das offensichtlich auch vom Budget nicht erfaßt ist, weil sich das eben so positiv ergeben hat. Das frage ich mich nur. Und wir haben es ja heute auch erlebt, daß eine so weitreichende Entscheidung, Bauinitiative Steiermark - (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl überreicht Abgeordnetem Dr. Wabl die Förderungsrichtlinien.) Ja, aber da sind sicherlich nicht nur Wohnbauten dabei (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Nein, nein!“), sondern auch andere Bauten.

Meine Brillen muß ich erst herausnehmen. Bauvorhaben, das habe ich schon vorher mitgekriegt vom Bericht, Bauvorhaben mit überdurchschnittlichem Lohnanteil, Bauvorhaben zur Energieeinsparung, Bauvorhaben mit sozialer Bedeutung. Nicht gefördert werden reine Materiallieferungen, Grundstückskosten, reine Planungsleistung ohne Bauwirksamkeit, Verfahrenskosten, Betriebsmittelbau und so weiter: Aber bitte, nach dem könnten zum Beispiel, wenn man es hineininterpretiert, auch Arbeiten im Kanalbau gefördert werden. Es steht zwar da, mit überdurchschnittlichem Lohnanteil, mit sozialer Bedeutung kann man auch hineininterpretieren, und Energieeinsparung ist es auch. Bitte, Herr Landesrat Paierl, eine Frage: Warum kann man nach der Richtlinie theoretisch nicht einen Kanal bauen? (Abg. Ing. Schreiner: „Stimmt nicht!“) Weil überdurchschnittlicher Lohnanteil ist ein sehr dehnbarer Begriff. Ich meine, wenn wer sagt, der Kanalbau ist auch mit einem überdurchschnittlichen Lohnanteil, wäre es theoretisch möglich. (Unverständlicher Zwischenruf Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.) Nein, das muß nicht alles sein, es kann zum Beispiel Energieeinsparung soziale Bedeutung haben. (Abg. Ing. Schreiner: „Seit neun Monaten kannst du das lesen!“)

Ich bin jetzt am Wort, und ich stelle die Frage, was wäre gewesen mit den 200 Millionen Schilling, wenn diese Bauinitiative nicht gewesen wäre? Diese Frage stelle ich. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Stelle sie schriftlich!“)

Ja, und ich frage jetzt hier. Da steht Bauvorhaben mit überdurchschnittlichem Lohnanteil, das wäre eine Möglichkeit, Bauvorhaben zur Energieeinsparung könnte man unter Umständen sagen, und Bauvorhaben mit sozialer Bedeutung, bitte, könnte man sagen. Daß auch der Kanal eine soziale Bedeutung für eine Region haben kann oder für die Bevölkerung dort, also das wäre schon drinnen.

Ich sage nur, wir legen Wert darauf, daß hier solche Bauvorhaben forciert werden, die tatsächlich arbeitsplatzintensiv sind, und die nicht in eine Richtung gehen, die wir ablehnen. Das möchte ich hier anmerken.

Für die Zukunft, Herr Landesrat Schmid - wo ist er, weg ist er - (Abg. Schreiner: „Da herüber ist er!“), hätte ich eine Frage, wie die Entwicklung aussieht. Ist es theoretisch möglich oder ist es abzusehen, daß im Wohnbauförderungsbereich, in dem Bereich, wo Sie 200 Millionen Schilling schon gegeben haben, daß weitere Hunderte von Millionen Schillingen auftreten, die momentan nicht absehbar sind, die aber dann zur Verfügung stehen? 200 Millionen Schilling sind keine Bagatelle, und ich hätte das gerne gewußt. Vielleicht kann man das heute noch beantworten oder beim nächsten Mal, weil wir heute schon spät dran sind. Ich bin zufrieden, wenn man es das nächste Mal sagt, ob es zu erwarten ist, daß in einem halben Jahr wieder der Landesrat Schmid kommt und sagt, jetzt haben wir wieder 200 Millionen Schilling. Ich muß sagen, das ist eine wundersame Geldvermehrung, die höchst erfreulich ist. Nur, dann, und so deppert bin ich auch nicht, könnte man sich die Frage stellen, ob man manche Maßnahmen in der Wohnbauförderung, zum Beispiel die Richtlinien oder die Darlehen oder die Annuitätzuschüsse, ob man dort eine Veränderung vornimmt. Das frage ich nur. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wir haben bei der Parteienverhandlung ausführlich darüber gesprochen. Rede mit dem Hagenauer. Der war dort. Wir haben ausführlich darüber gesprochen!“) Über den Punkt ist nicht gesprochen worden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du warst ja nicht dort. Sage nicht, es ist nie gesprochen worden!“) Aber es ist über diese Sachen nicht ausdrücklich gesprochen worden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja freilich ist darüber gesprochen worden. Ich war ja dort. Wir haben ein Protokoll, schaue es an. Ich sage nur, die Frage ist berechtigt und zulässig, aber es wurde darüber gesprochen!“) Entschuldige, daß ich gefragt habe. Die Tatsache - und das lasse ich mir nicht nehmen -, daß 200 Millionen Schilling in einem Budgetbereich auftauchen, ohne daß sie offensichtlich vorhersehbar waren, ist zumindest ein Umstand, über den man diskutieren kann. Wahrscheinlich ist das bei euch nicht so, das geht schnell, schnell. Und wer zuviel fragt, geht irr. Ich bin nur etwas überrascht. Vielleicht kann man sagen, wie geht es weiter? Wie viele Millionen werden dort noch auftauchen? Es ist ja sehr erfreulich. Sind wir froh, daß in deinem Budgetbereich so viele Millionen auftauchen. Schlimm wäre, wenn 200 Millionen Schilling fehlen würden. Also, es ist ja eh erfreulich. Aber trotzdem ist das eine Tatsache, die zumindest diskutabel ist. Danke! (21.27 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (21.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Unmittelbar dem Kollegen Wabl antwortend. Ich möchte, daß das auch offiziell festgehalten wird. Wir haben in der Parteienverhandlung, die wir geführt haben, und die anwesenden Kollegen werden das wissen, sehr ausführlich darüber gesprochen und haben die Berechnungen für das ganze Paket, das ja viele Verbesserungen vorsieht, das in Verhandlung steht, das von den einzelnen Fraktionen jetzt geprüft wird, abgecheckt.

Lieber Herr Abgeordneter Wabl, die Tatsache, daß hier Mittel, auch jetzt zwischenfristig, zur Verfügung stehen, ist auf Grund der gesamten Gesetzeslage einmal begründbar, daß Rücklagen zu bilden sind, damit langfristig keine Belastung des Landes aus dem Wohnbau entsteht.

Unterschiedliche Zinsentwicklungen, unterschiedliche Rückläufe, unterschiedliche Aktivitäten im Bau, die jetzt Gott sei Dank sehr groß sind, führen natürlich zu Verschiebungen in diesem Bereich, oder auch unterschiedliche Größenordnungen bei der Wohnbeihilfe.

Es ist eine Vorausberechnung bis ins Jahr 2013 für diese ganze Entwicklung gemacht worden, und da zeigt sich, daß diese Maßnahme, wenn sie im Bereiche von zwei Jahren eingesetzt wird, finanzierbar ist. Das ist ausgerechnet, und es wurde auch darüber gesprochen.

Ich habe schon gesagt, die Frage als solche ist natürlich berechtigt, und wir haben sie uns ja auch selber gestellt. Vor allem haben wir sie uns auch selber gestellt, daß wir es für wichtig erachten, daß im Bereich der Bauwirtschaft insgesamt kein Rücklauf erfolgt – das ist arbeitsplatzhaltend, das ist arbeitsplatzschaffend – und daß jede Möglichkeit hier ausgenutzt werden soll.

Ich sage das nur direkt als Beantwortung, aber wir haben auch schon darüber gesprochen. Es ist ausgerechnet, es liegen die Berechnungen auch am Tisch. (21.28 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke!

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile es ihm.

Abg. Heibl (21.28 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte Ihnen kurz nur berichten, damit Sie auch wissen, was mit den zusätzlichen 200 Millionen Schilling gemacht wird beziehungsweise was mit den 100 Millionen Schilling, die wir mehr oder weniger schon verbraucht haben, geschehen ist.

Ich möchte voraussetzen, Kollege Wabl, es geht nicht um den Wohnbau, sondern um andere Bauvorhaben. In erster Linie natürlich um Erneuerungen, weil die am arbeitsintensivsten sind, um den Neubau, um den Hochbau und in zweiter oder dritter Linie um Tiefbau. Der Begriff „Tiefbau“, das wird der Herr Ing. Schreiner bestätigen können, ist ein weitreichender, der geht von der Ortsgestaltung bis hin zum weiß Gott was, zu einem Gehsteig und so weiter. Aber Kanalbau an sich hat mit Sicherheit überhaupt keine Priorität in der Bauinitiative Steiermark.

Ich möchte noch eines sagen, wenn alle Bundesländer mitmachen würden, so wie es die Steiermark macht, mit annähernd einem Betrag, der halt der Bevölkerung dieses Bundeslandes entspricht, dann wäre der Rückfluß an Steuern an die Gemeinden und an die jeweiligen Länder höher als in Wirklichkeit der Einsatz. Jetzt ist es so, daß der Einsatz von letztendlich 300 Millionen Schilling allen anderen acht Bundesländern auch zugute kommt, und nicht nur der Steiermark allein. Also, wenn alle mitmachen würden, wäre das ein sehr gutes Geschäft.

Salzburg hat das bereits eins zu eins abgepaust, die suchen nur noch 100 Millionen Schilling. Ich hoffe, daß sie diese auch finden werden. Tirol hat auch in einer ähnlichen Form mitgemacht. Die sind es nicht so gut angegangen wie wir Steirer. Aber die Salzburger haben das eins zu eins in Wirklichkeit abgepaust. Vielleicht folgen weitere Bundesländer.

Meine Damen und Herren, es sind bis jetzt, und wir haben die nächste Vergabe bereits wieder am 7. Juli – also keine Sommerferien – im Forum über 220 Förderanträge eingelangt mit einem Bauvolumen von zirka 1,8 Milliarden Schilling. Das wäre Beschäftigung für zirka 2000 Arbeitnehmer zusätzlich.

Wir haben insgesamt bis jetzt – die letzte Sitzung hat am 5. Mai stattgefunden – elf Vergabesitzungen gehabt, rund 80 Förderansuchen beschlossen, und die Regierung hat auch das Okay dazu gegeben, mit einem Investitionsvolumen von zirka 900 Millionen Schilling und einer nicht rückzahlbaren Förderungssumme von zirka 90 Millionen Schilling, also einen Hebel von eins zu zehn. Wir werden wahrscheinlich einen Hebel zwischen eins zu neun und eins zu elf erreichen. Das heißt, daß wir mit dem, was bis jetzt gemacht wurde, zirka 1200 Arbeiter zusätzlich beschäftigen.

Es sind 55 Projekte derzeit in der Prüfungsphase. Das gehört ja auch genau überprüft. Es gibt ja sehr fromme Wünsche von Gemeinden oder von Vereinen. Das muß genauestens überprüft werden. Wie gesagt, 55 sind derzeit in der Prüfungsphase mit einem Bauvolumen von rund 580 Millionen Schilling, was wiederum eine Förderungssumme zwischen 60 und 70 Millionen Schilling benötigen wird.

Es gibt auch eine Reihe von eingebrachten Förderanträgen, denen wir eine niedrigere Priorität gegeben haben. Die sind in Wirklichkeit auf der Warteliste – zirka 300 Millionen Schilling. Das sind Aufträge, wo wir annehmen, daß wenig Arbeitnehmer, Angestellte und Arbeiter, beschäftigt werden, sondern mehr Maschinen. Die sind auf der Warteliste, auch mit einem nicht rückzahlbaren Förderungsvolumen von zirka 30 bis 40 Millionen Schilling.

Es gibt natürlich auch eine Reihe von Anträgen, wie ich vorhin schon gemeint habe, die abgelehnt wurden, weil irgendwas nicht stimmt. Entweder war es nicht vorgezogen oder es war nicht zusätzlich. Da hat sich halt eine Gemeinde oder ein Verein ein Geld holen wollen. Es wurden Anträge auch abgelehnt, und zwar bis jetzt insgesamt 55.

Und jetzt, Kollege Wabl, möchte ich dir sagen, welche bewilligten Vorhaben die Regierung letztendlich beschlossen hat: Öffentliche Anlagen, das sind Sport, Freizeit, Tourismus, Veranstaltung,

Museen, 22 Vorhaben. Gemeindeämter, die kommen sehr oft vor, Umbau von Gemeindeämtern, zehn Bauvorhaben in der Steiermark bis jetzt. Feuerwehr- und Rüsthaus, kommt sehr oft vor – da haben wir auch noch eine Klausel drinnen, daß die Eigenleistung nicht höher sein darf als 20 Prozent, weil wenn die Feuerwehr letztendlich alles selber macht, dann hilft das in Wirklichkeit ja der Bauwirtschaft nicht, also Eigenleistung 20 Prozent, dann bekommen auch Feuerwehren diese Förderung –, neun Vorhaben. Altstoffsammelzentren, eine wichtige Angelegenheit für uns, wird gut angenommen, neun Bauvorhaben.

Kindergärten, zusätzliche Kindergartenbauten, Neubau auch acht Vorhaben, Schulen fünf Vorhaben, Kanal- und Kläranlagen vier Anlagen, da kannst du zuhören, aber da ist dabei zum Beispiel eine Kläranlage, wo der Reinigungsgrad erhöht wird, der vorgeschrieben ist. Also es werden auch keine Maschinen gefördert, sondern nur der bauliche Teil. Dann Wohnbau nur wenige Vorhaben, das sind vier, weil wir den Wohnbau ja nicht fördern, der ohnedies schon gefördert wird, sondern wenn eine Gemeinde bereit ist, auch ohne Förderung ein, zwei Wohnungen irgendwo über dem Feuerwehrhaus oder über dem Kindergarten zu errichten, dann gibt es auch hier die Möglichkeit einer Förderung. Ortsraumgestaltung drei Vorhaben, Wasserversorgung, also Behälter zum Beispiel, wo der Herr Landesrat wohnt, wie heißt jetzt diese Ortschaft? – (Abg. Purr: „Immer noch St. Stefan“) Ja, ich weiß St. Stefan, dort wird so ein Behälter gebaut. Dann gibt es sonstige Vorhaben im Tiefbau und im Hochbau je vier, also insgesamt 85 Vorhaben.

Meine Damen und Herren, das war etwa das, was wir bis jetzt gemacht haben, und wir haben auch diese 100 Millionen annähernd bereits vergeben oder man könnte sagen ausgeschöpft. Somit ist die Bearbeitung der Projekte, die im Prüfstadium sind – ich habe Ihnen die Anzahl gesagt – sowie der Projekte in der Warteliste von zusätzlichen Förderungsmitteln abhängig. Wir haben am 28. April im Forum daher einen Antragsstop verhängen müssen und beschlossen, weil wir einfach nicht gewußt haben, ob wir zusätzliche Mittel erhalten. Das ist der momentane Stand, und ich bin sehr froh, daß wir heute zusätzliche Mittel in einer Größenordnung von 200 Millionen Schilling für die Bauinitiative bekommen werden. Ich hoffe, daß nicht ein allzu großer Streit über die Kompetenz, wer wo die Abwicklung macht, entstehen wird. Für uns ist wichtig, daß wir die Mittel erhalten, daß wir weiter vergeben können, weil die Zeit drängt, und wer schnell gibt, gibt doppelt. Das ist eine alte Weisheit.

Ich möchte Ihnen auch nahebringen, welchen Erfolg wir haben, derzeit Ende Mai, betreffend die Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftsklassen. Wir haben in der Steiermark noch immer, obwohl die Wirkung natürlich schon langsam zu Ende geht, weil die Bauinitiative ist ja eine Sache des Spätherbstes, des Winters und des Frühjahrs, und nicht der Sommermonate, aber trotzdem in der Steiermark nach Wirtschaftsklassen gerechnet, das heißt, wer zuletzt bei einer Baufirma gearbeitet hat, das kann auch durchaus ein Schneidermeister sein, der vielleicht in Konkurs geraten ist und zu einer Baufirma arbeiten gegangen ist, der gibt dann natürlich dort nicht an, er ist Bauarbeiter, sondern er sagt er ist Schneider, also zuletzt bei Baufirmen gear-

beitet, Steiermark – 1,4 Prozent, also besser als im Vorjahr. Ich sage Ihnen einige andere Bundesländer. Derzeit Salzburg 21,7 Prozent mehr Arbeitslose am Bau Ende Mai, oder Tirol 18,1 Prozent mehr als im Vorjahr, oder Vorarlberg zwar nicht größer als Graz, aber trotzdem 27,6 Prozent mehr Arbeitslose, oder man höre Wien 9,1 Prozent. Das heißt, das ist auch der Beweis, daß wir wirklich Erfolge auf diesem Gebiet mit dieser steirischen Bauinitiative haben. Ich bitte auch alle, daß wir heute zu einem Beschluß kommen. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 21.37 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Bleckmann (21.37 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem jetzt doch wieder ein Abänderungsantrag vorliegt, bitten wir um eine kurze Unterbrechung, daß wir noch einmal darüber reden können, daß man unter Umständen doch zu einem gemeinsamen Antrag für diese Initiative kommt. Nachdem hier alle geklatscht haben und alle finden, daß es gemacht werden soll, daß wir zu einem gemeinsamen Antrag kommen, bitte ich um fünf Minuten Unterbrechung, damit wir noch einmal darüber reden können, bitte. (21.37 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Der Herr Abgeordnete Schützenhöfer wird noch einen Beschlußantrag einbringen, der dann auch gleich verhandelt werden kann.

Abg. Schützenhöfer (21.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Bauinitiative ist gewiß eine sehr gute Idee, eigentlich eine großartige Sache, die sich hier im Land Steiermark entwickelt hat, und ich freue mich sehr, daß eigentlich schon viele Projekte durchgeführt haben werden können. Was mich natürlich besonders freut, daß damit auch Arbeitsplätze gesichert, zum Teil geschaffen haben werden können. Der Kollege Heibl hat ja schon sehr eindrucksvoll darauf hingewiesen. Wir von der Fraktion der Volkspartei haben heute vormittag im Klub eine sehr lange Diskussion zu diesem Thema gehabt, und nicht nur heute. Weil es natürlich auch Stimmen gibt, die sagen, geht sich das aus, daß man annähernd 200 Millionen vom Wohnbau für die Bauinitiative zur Verfügung stellt? Gibt es wohl auch dann noch den sozialen Wohnbau oder gibt es ihn wieder, den sozialen Wohnbau? Es hat ja der Herr Landesrat Schmid in den ersten Verhandlungen zur Wohnbaunovelle die Bedenken zerstreut, daß wir uns insgesamt dazu entschließen konnten, und ich freue mich darüber, weil es ja wieder Bauinitiativen bedeutet und die Sicherung von Arbeitsplätzen, daß wir heute dem Vorhaben insgesamt zustimmen können, wieweil sich eine gewisse Verschiebung durch unseren Abänderungsantrag ergibt, der nichts anderes ist als der Antrag, den die Regierung einstimmig beschlossen hat, dem Landtag vorzulegen, der dann umgeändert wurde. Jetzt liegt er wieder so vor. Und zu dem darf ich einen Beschlußantrag einbringen mit dem Dank auch dafür, daß es aus diesen Mitteln für die Bauinitiative Geld gibt. Wir sind aber der Mei-

nung, daß die Abwicklung wie bisher in der bestehenden Bauinitiative geschehen soll, daß nicht eine neue Stelle, neue Bürokratie sozusagen aufgebaut wird und daß, wie gesagt, die Abwicklung weiterhin in der bestehenden Bauinitiative Steiermark durchgeführt wird.

Ich darf daher den Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Schützenhöfer, Mag. Hochegger, Majcen und Purr, betreffend Fortführung und Dotierung der Bauinitiative Steiermark zu Tagesordnungspunkt 21, betreffend Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes 1993, einbringen.

In der Sitzung der Steiermärkischen Landesregierung vom 10. Juni 1996 wurde die Durchführung der „Bauinitiative Steiermark“ mit einem Fördervolumen von 100 Millionen Schilling für die Jahre 1996 und 1997 beschlossen.

Die Umsetzung der „Bauinitiative Steiermark“ wurde einer externen Stelle, dem Konjunkturforum Bau bei der Architekten- und Ingenieurkonsulentenkammer für Steiermark und Kärnten, übertragen.

Bisher – das heißt binnen einem Jahr seit Beschlußfassung – wurden von der „Bauinitiative Steiermark“ 92 Projekte mit einer Fördersumme von 90,5 Millionen Schilling genehmigt. Durch eine unbürokratische Abwicklung konnte in diesem Zeitrahmen ein Nettoinvestitionsvolumen von 900 Millionen Schilling in der Steiermark aktiviert werden. Insgesamt konnte durch diese Förderungen und Investitionen Arbeit für 1300 Arbeitnehmer geschaffen werden.

Die positive Entwicklung am steirischen Bauarbeitsmarkt im Winter 1996/97 – ein Rückgang an Arbeitslosen am Bau in der Steiermark um 8 Prozent im Winter 1996/97 im Vergleich zum Bund mit einer Zunahme von 1,3 Prozent – ist daher neben der im Vergleich zum Vorjahr günstigen Witterung sowie ersten positiven Effekten aus dem Ganzjahresarbeitszeitmodell für die Bauwirtschaft wesentlich auf Beschäftigungsimpulse im Rahmen der „Bauinitiative Steiermark“ zurückzuführen. Im Dezember 1996 konnten sogar um 32 Prozent weniger Bauarbeitslose gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres verzeichnet werden.

In Anbetracht der mit 100 Millionen Schilling zur Verfügung stehenden Mittel für die „Bauinitiative Steiermark“ hat das Konjunkturforum Bau weniger beschäftigungswirksame Förderanträge (vorwiegend Tiefbauvorhaben) in eine Warteliste verwiesen und eine Vorlage derselben an die Steiermärkische Landesregierung zur Genehmigung vom Vorhandensein ausreichender Fördermittel abhängig gemacht. Allein zur Bewältigung der bis zum 7. April 1997 beschlossenen, im Prüfungsstadium oder in der Warteliste befindlichen Förderanträge wären zusätzlich 100 Millionen Schilling notwendig.

Im Zusammenhang mit der gegenständlichen Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1993 und der Klarstellung, daß die „Bauinitiative Steiermark“ im Sinne des Regierungsbeschlusses vom 10. Juni 1996 und der Vergabe- und Förderungsrichtlinien vom 11. Juli 1996 sowie im Sinne des einstimmigen Regierungsbeschlusses vom 28. April 1997 über den Antrag auf zusätzliche 100 Millionen Schilling für 1997 und 1998 fortgeführt werden soll, wird daher der Antrag gestellt:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert: erstens für die „Bauinitiative Steiermark“ aus dem Landessonderinvestitionsprogramm zu den bereits mit Beschluß vom 10. Juni 1996 für die Jahre 1996 und 1997 genehmigten Mitteln von 100 Millionen Schilling einen zusätzlichen Betrag von 100 Millionen Schilling für die Jahre 1997 und 1998 im Sinne des einstimmigen Beschlusses der Landesregierung vom 28. April 1997 zur Verfügung zu stellen; zweitens die durch die gegenständliche Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz von der Zweckbindung befreiten Wohnbauförderungsmittel in der Höhe von 200 Millionen Schilling als Bedeckung der Mittel gemäß Punkt 1 zur Verfügung zu stellen und drittens wie bisher die Abwicklung der Bauinitiative Steiermark entsprechend dem Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 10. Juni 1996, GZ.: LBD-12.13-3/96-3, über die Einrichtung und Abwicklung einer „Bauinitiative Steiermark“, durchzuführen.

Ich bitte Sie um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 21.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich unterbreche die Sitzung auf 15 Minuten bis um 22.00 Uhr. (Unterbrechung von 21.45 Uhr bis 22.07 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich verlängere die Unterbrechung um zehn Minuten. Die Sozialdemokratische Partei hat darum gebeten. (Unterbrechung von 22.07 Uhr bis 22.16 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich bitte, wieder Platz zu nehmen. Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Als erster nach der Unterbrechung zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (22.16 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde es ganz kurz machen.

Erstens, jene, die in der Präsidielle heute gemeint haben, und da war ich darunter, daß es vielleicht doch einen Weg gegeben hätte, dieses Thema ausführlicher zu beraten, haben vielleicht nicht ganz so unrecht gehabt. Wir haben am Vormittag die Unterbrechung der unterbrochenen Landtagsitzung gehabt, der Ausschusssitzung, jetzt hatten wir wieder eine Unterbrechung. Aber es steht mir nicht zu, das zu beurteilen.

Und ein Zweites: Noch einmal, ich bin dumm, ich sage es ehrlich, ich bin kein Wohnbauexperte. Ich bin nur einer, der glaubt, einen gesunden Hausverstand zu haben. Ich stelle daher nach der Wortmeldung des Kollegen Heibl noch einmal eine Frage: Ich möchte dazu nur sagen, ich bestreite überhaupt nicht, daß mir jede Aktivität, die Arbeitsplätze schafft, wichtig ist, und behaupte auch, daß die Arbeitsplatzintensität beim Wohnbau zumindest eine der höchsten ist.

Jetzt stelle ich folgende Frage, nachdem ich auch schon lange in dem Haus bin, und ein bißchen etwas verstehe ich von dem Ganzen, obwohl ich zu dumm

bin, um das Ganze zu begreifen. Die Rückzahlungen im Jahr 1992 - es war die Budgetsituation im Wohnbauförderungsbereich sehr prekär, daraufhin sind auch die Rückzahlungen erhöht worden. Ich kenne viele Leute, die damals gesagt haben, meine monatliche Rückzahlung für meine Eigentumswohnung erhöht sich jetzt um soundsoviel. Das ist ein Posten dieses Budgettopfes. Also es fließt mehr in diesen Topf zurück.

Herr Landesrat Schmid, ich weiß, daß du mehr von dem verstehst als ich, aber es kommt mehr zurück, und du hast ja auch erklärt, daß durch die verstärkten Rückzahlungen und so weiter auch dieses Geld da ist, durch Kursschwankungen und so weiter.

Und jetzt, das Geld hat zwar kein Mascherl, frage ich mich, und ich würde gerne eine Antwort erhalten, der Kollege Heibl hat es ja ein bißchen vorweggenommen, vielleicht ist es so, daß derzeit keine Wohnungen oder wenig gebaut wird und daß daher das Geld dort nicht gebraucht wird. Oder sind die Wohnungen zu teuer, Herr Kollege Tasch, daß die Leute sie nicht abnehmen? Ich weiß es nicht. Jetzt frage ich nur, bei allem Verständnis für diese Bauoffensive, warum ich dieses Geld nicht dazu verwenden kann - ich nehme jetzt nicht die 200 Millionen, sondern nur einen Teilbetrag davon -, ein Wohnhaus zu bauen, von mir aus in Großlobming oder sonstwo, mit Eigentumswohnungen oder Mietwohnungen, das ist in dem Fall nebensächlich, und warum ich aber mit demselben Schilling einen Wasserbehälter oder ein Feuerwehrrüsthäuser oder einen Kindergarten - wofür ich natürlich bin, muß ich auch sagen, damit keiner sagt, der Wabl ist gegen die Feuerwehr -, in Hengsberg, in Unterbergla und so weiter bauen muß? Jetzt frage ich mich, warum mit den Schillingen, die ja da sind, ich nicht günstige, sozial verträgliche Wohnhäuser mit Wohnungen bauen kann, die von den Menschen dringend gebraucht werden, und warum ich mit dem Geld eben den Wasserbehälter, das ist mir Wurst, ob das in St. Stefan oder in Mitterlabill ist, dann den Kindergarten in Sinabelkirchen und ein Feuerwehrrüsthäuser, wie es auch passiert ist, in Großwilfersdorf baue, was Gott sei Dank dort gebaut worden ist, errichten muß? Warum also?

Und da geht es ja auch um die Zweckbindung, Wohnbauförderung wird ja auch vom Bund her mit relativ hohen Beträgen dotiert. Ich habe ein paar getroffen, die mir auch gesagt haben, entschuldige, ich bin wie ein Schüler jetzt, die Frage ist berechtigt, warum man mit dem Schilling, wenn man mehrere Möglichkeiten hätte, nicht das arbeitsplatzintensive Wohnhaus mit sozial verträglichen Wohnungen für bedürftige Wohnungsuchende baut, sondern eben den Kindergarten dort, den Wasserbehälter dort und das Rüsthäuser dort. Das frage ich mich.

Und wenn ich eine vernünftige Antwort darauf bekomme, dann bin ich gerne bereit, die Weiterentwicklung positiv entgegenzunehmen. Wenn ich keine Antwort darauf kriege, die mich überzeugt, dann muß ich sagen, daß ich der Meinung bin, daß hier ein Weg beschritten wird, wo Wohnbauförderungsgelder, aus verständlichen Gründen möglicherweise, in andere Bereiche fließen, weil man sagt, dort hat man kein Geld für diese Sachen. Für die Feuerwehrrüsthäuser hat man momentan halt kein Geld, und daher verwen-

det man es dort. Gut für die Feuerwehr, aber schlecht vielleicht für die Wohnungsuchenden. Ich weiß es nicht.

Ich weiß nicht, ob ich heute eine Antwort bekomme oder vielleicht ein anderes Mal. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Kriegst du!“ - Beifall bei den Grünen. - 22.21 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl (22.21 Uhr): Werter Herr Präsident, Hohes Haus!

Es ist an sich schon ein denkwürdiger Tag insofern, als es ja der 10. Juni 1996 war, das heißt genau ein Jahr, Kollege Heibl, seit diese Geschichte über einen Regierungsbeschluß ins Laufen kam, und es stimmt, es waren die steirischen Szeneinitiatoren die Baugewerkschaft, die Zivilingenieurkammer und auch besorgte Mitglieder der Bauinnung, etwa ein Baumeister Bliem, die ein Schweizer Modell übernommen haben im Frühjahr 1996 und gemeint haben, daß die dortigen Erfahrungen, wenn sie steirisch adaptiert werden, für die Wirtschaft, für die Bauwirtschaft, aber auch für das Baunebengewerbe positive Impulse bringen könnten. Es hat einige Sitzungen in der Wirtschaftskammer gegeben, und es sind dann auch diese Überlegungen an die Landesregierung herangetragen worden. Es ist dann auf Grund der Zuständigkeit, auf Grund der Geschäftseinteilung der Landesregierung, der Landesbaudirektion und meinem Ressort zugefallen, daß diese Umsetzung stattgefunden hat.

Ich möchte bei der Gelegenheit schon auch betonen, und eigentlich das, was Kollege Heibl gesagt hat, nicht mehr wiederholen, aber daß das unbürokratische Abwickeln möglich war, war auch das Verständnis der Beamtenschaft in der Landesbaudirektion. Es ist eine beispielhafte Kooperation zwischen den Beamten. Der zuständige Sachbearbeiter Dipl.-Ing. Mellacher ist hier. Ihm ist zu danken, daß er das service- und wirklich kundenorientiert hier mit der Ingenieurkammer zusammen in diesem Bauforum bisher in zehn Sitzungen in diesem Jahr weiterentwickelt hat. Wichtig ist dabei auch, das möchte ich noch einmal betonen, daß es nur Projekte sind, Martin Wabl, die zusätzlich - da gibt es sehr strenge Kriterien dafür -, also zusätzlich identifiziert wurden. (Abg. Heibl: „Hohe Bauinfrastruktur!“)

Und das ist auch der Grund, warum dann die Daten, im letzten Winter gemessen, die Bauwirtschaftsdaten in der Steiermark so gut waren oder, umgekehrt formuliert, die Arbeitslosenziffern so niedrig waren wie in keinem anderen Bundesland.

Das war nicht nur das Wetter. Es hat schon witterungsbedingte Momente auch gegeben.

Ich möchte bei der Gelegenheit abschließend, weil sonst ist alles gesagt worden, namentlich neben dem Vorsitzenden des Bauforums, dem Abgeordneten Heibl, den Vertretern des Amtes der Landesregierung oder des Landes Steiermark, dem Hofrat Dr. Schille für die Rechtsabteilung 7 - der Gemeindeabteilung, dem Landesbaudirektor Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Hasewend danken. Weiters danke ich dem Vertreter der Wirt-

schaftskammer, der Landesinnung des Baugewerbes, dem Direktor Gillich, der Fachvertretung der Bauindustrie, das ist Gillich, der Baugewerbevertreter ist der Kollege Bliem, dem Vertreter der Kammer für Arbeiter und Angestellte, das ist der Herr Peter Platzer, dem Vertreter des ÖGB Bau - Holz, Bürgermeister Gottlieb, des Gemeindebundes - damit Sie auch sehen, wie Sozialpartnerschaft beziehungsweise eben partnerschaftlich das aufgebaut ist -, Herrn Bürgermeister Ninaus, für die Landesgruppe Steiermark des Städtebundes dem Herrn Eichhaber und schließlich und endlich für die Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Steiermark und Kärnten Herrn Kammeramtsdirektor Pany. Und zusätzlich, und all das ist sehr transparent und nachprüfbar auch aufbereitet, Sie können das auch bei uns nachlesen beziehungsweise ist auch erhältlich, gemanagt vom Projektmanager, dem Herrn Dipl.-Ing. Heidinger aus Leibnitz. Das heißt, eine Geschichte, die, glaube ich, wirklich, und das wußten wir am Anfang nicht, wir haben eine gewisse Skepsis gehabt, und die Erfahrung hat gezeigt, daß es eine sehr erfolgreiche Sache ist, und das ist auch der Grund, warum wir nach diesen 100 Millionen, von denen wir zuerst geglaubt haben, das muß ich der Ehrlichkeit halber sagen, das reicht, das ist ein Volumen, das wir für einige Jahre haben werden. Es ist innerhalb eines Jahres ausgeschöpft worden, die Zahlen sind vom Vorsitzenden des Bauforums, dem Abgeordneten Heibl, einem echten Partner in dieser Frage, dargestellt worden. Und daß wir so erfolgreich waren, daß weitere Mittel notwendig sind, ist ja an sich kein Schaden, wenn das so läuft, so transparent läuft, so erfolgreich, so effizient läuft wie in der Vergangenheit. Das wollte ich Ihnen, nachdem Sie ja als Landtag budgetverantwortlich sind, mitteilen, und ich glaube, daß, wenn wir andere Aktionen haben, die ähnlich laufen, dann können wir auch ähnliche Erfolge vermelden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. - 22.26 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (22.26 Uhr): Hoher Landtag, sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Frage vom Abgeordneten Dr. Wabl, warum nicht Wohnbau beziehungsweise Wohnhäuser. Herr Abgeordneter, ich habe auch in diesen Parteienverhandlungen darauf hingewiesen, daß wir im Wohnbau grundsätzlich die beantragten Einheiten umsetzen. Ich befürchte, daß mittelfristig der Bedarf stark rückläufig sein wird. Daher sind auch die Initiativen jetzt im Wohnbauförderungsgesetz in eine Richtung hin - wir sind ja schon vor einem Jahr um 20 Prozent bei der Rückzahlung billiger geworden und haben auch verschiedene andere Maßnahmen gesetzt -, daß wir durch solche weitere Maßnahmen die Attraktivität des Wohnbaues wieder heben, um im besonderen die Nachfrage auch zu steigern.

Was will ich damit zum Ausdruck bringen? Ich will damit zum Ausdruck bringen, daß wir beinahe Probleme haben, all das, was wir finanzieren können, programmatisch auch umzusetzen. Ich sage Ihnen ein Beispiel zum Bezirk Liezen, da sitzt gerade ein Chef

einer Wohnbaugenossenschaft, der Abgeordnete Posch, wo in der letzten Programmperiode nur knapp über 50 Prozent umgesetzt wurden von dem, was an Einheiten zugesagt wurde. Oder ein anderes Beispiel: das Großvorhaben bei den Reininghausgründen durch die ÖWG mit zirka 580 Wohnungen - nicht, wie wir es uns wünschen würden, daß 580 Wohnungen für Graz in einem umgesetzt werden, weil der Bauträger sagt, er will keine leerstehenden Wohnungen haben, er wird das in zwei Etappen machen. Diese Situation sehen wir vielfach. Wir schichten vieles um. Gerade habe ich von euch wieder einen Antrag bekommen, wo Einheiten, wo eher der Bedarf nicht so gegeben ist, wie man geglaubt hat, umgeschichtet werden in einen anderen Bereich, wo wir den Bedarf noch haben. Herr Abgeordneter Wabl, allein aus dieser Situation heraus erklärt sich, daß das eine oder andere gerade aus dem investiven Bereich heraus unter Umständen nicht in dem Ausmaß in die Bauwirtschaft kommt, wie wir es wünschen. Wir meinen allerdings, daß die Bauwirtschaft neben den Wohnungsuchenden ein ganz entscheidender Aspekt ist, schlußendlich ist es auch die Wirtschaft, die es uns auf Grund des Steueraufkommens, auf Grund des Leistungsaufkommens ermöglicht, überhaupt diesen sozialen Bereich zu machen. Das heißt, in dieser Parteienverhandlung haben wir bereits das angesprochen und auf den Tisch gelegt. Wir werden parallel Verbesserungen in den Transferzahlungen, in den Sozialbereichen und auch parallel dazu eine Intensivierung der Bauwirtschaft anstreben.

Und jetzt komme ich zum Eigentlichen. So ist es dazu gekommen, daß der Herr Kollege Ressel in einem Gespräch mit mir, wo es im Grunde genommen über Bereiche der vielleicht vorhandenen zusätzlichen Mittel gegangen ist, mich auch angesprochen hat, das sind die berühmten 200 Millionen, 100 ÖVP, 100 SPÖ, die jetzt aber nichts mit dem ganzen Wohnbau oder der Bauinitiative zu tun haben, ob ein Anteil, der mir eventuell zusteht, für welchen Bereich ich gedenke, ihn zu verwenden, und da ist mir die Bauinitiative eingefallen. Ich habe gesagt, das wäre eine zusätzliche Maßnahme zur Bauinitiative. Und dann haben wir allgemein gesprochen über die Schwierigkeiten, die Bauinitiative im gewünschten Umfang in den nächsten Jahren - da spreche ich uns alle an - zu finanzieren mit diesen zweimal 100 Millionen. Da war dann dieses Gespräch, das erbracht hat, wir checken alle unsere Vorausberechnungen durch, die wir in der Wohnbaubudgetierung auf Jahre hinaus haben, ob wir hier nicht kurzfristig einspringen können, weil eine Budgetierung über Sonderinvestition et cetera in dem Ausmaß dem Herrn Finanzreferenten nicht unbedingt als besonders möglich erschienen ist.

Ein, wie ich meine, sehr gutes gemeinsames Anliegen und eine sehr gute Verhandlung in dem Zusammenhang. Nach Vorlage der Berechnungen konnte ich es auch zusagen, daß wir guten Gewissens, ohne im Wohnbau die Verbesserungen zu gefährden, wie gesagt, ich habe es auch in den Verhandlungen gesagt, das durchführen können.

Jetzt stehen wir vor einer Situation, und man fragt sich ja wirklich, wie es nach einem einstimmigen Regierungsbeschluß, der ja diese Abänderung bewirken soll, wozu auch die Landtagssitzung unterbrochen wurde, wo wir alle darauf pochen, daß das ganze rasch

zu Ende geführt wird, es hier noch zu der einen oder anderen Konfliktsituation kommt, ist für mich völlig unverständlich. Ich sage das noch einmal, es ist für mich völlig unverständlich, daß man jetzt einen Beschluß, den wir nach einem Gespräch mit dem Herrn Abgeordneten Heibl, der ja der wirkliche Initiator mit dem Reinhold Heidinger ist, adaptieren, wieder ändert. Aber wir sind da völlig emotionslos, wir können jede Form beschließen. Aber jetzt geht es darum, und das ist ja dieser Beschlußantrag, daß der Herr Landesrat Paieryl am Jahrmarkt der Eitelkeit – das sage ich jetzt mit aller Deutlichkeit – Probleme damit sieht, daß das, was die Geschäftseinteilung der Landesregierung eindeutig vorschreibt, was Hofrat Wielinger immer wieder betont und fordert, daß die bewirtschaftende Abteilung auch das Ganze abwickelt, auf den Kopf gestellt werden muß. Ich habe von meiner Seite, bitte, Herr Kollege Paieryl, nie in Frage gestellt und habe es auch eindeutig deklariert, daß die Form der Abwicklung mit dem Beirat und all diesen Dingen völlig unberührt bleibt. Ich denke doch nicht daran, daß eine eingespielte Geschichte da hier in irgendeiner Form geändert wird. Aber das Problem, das der Herr Paieryl dabei hat, ist, daß er die Briefe dann halt nicht versenden kann, daß auf seinen Antrag hin das Ganze zustande gekommen ist. Und deswegen sitzen wir da und diskutieren. (Abg. Dr. Wabl: „Das machst du jetzt!“)

Ich habe diese Geschichten nie gemacht. Du wirst von mir diese Briefe nicht finden. Es gibt Informationen oder sonst was. Ich sage eines dazu. Ich habe absolut kein Problem, wer wo was mit öffentlichen Geldern macht. Ich habe kein Problem damit, ich habe damit absolut kein Problem. Mir ist wichtig, und da geht es um die Sache, daß wir im Gespräch mit dem Finanzlandesrat Ressel einen Weg gefunden haben, diese hervorragende Initiative aufrechtzuerhalten. Daß ihr von der ÖVP immer mit langen Zähnen auf das Wohnbaubudget schießt, veranlaßt mich, euch wieder einmal ins Stammbuch zu schreiben: 3 Milliarden Schulden habt ihr mir im einundneunziger Jahr übergeben, 3 Milliarden Schulden, 1,6 Milliarden Schulden, 1,4 Milliarden nicht bedeckte Zusagen. Wir haben hier eine hervorragende Form der Finanzierung gefunden. Und wenn jetzt da ein bißchen Geld ist, wo wir einen Handlungsspielraum haben, wo wir für das Land etwas machen können, dann seid doch bitte deswegen nicht grantig. Seien wir froh, daß wenigstens in einem Ressort – in meinem – diese Probleme nicht bestehen, daß wir hier etwas finanzieren können. (Beifall bei der FPÖ.)

Wahrscheinlich wäre euch lieber gewesen, wir hätten alles beim alten gelassen, und ihr hättet mich sagen lassen müssen, ich könne jetzt nichts ausrichten. Dann hättet ihr mich nämlich ausrichten können. Das ist aber bitte nicht die Form, wie wir gemeinsam arbeiten sollen. Ich halte das, was hier passiert ist auf diesem Jahrmarkt der Eitelkeit, wo sich jemand besonders auf den Schlipps getreten fühlt, das ist der Herr Kollege Paieryl, für keine Sternstunde des steirischen Landtages. Das Wichtige ist, daß die ganze Geschichte läuft, und der Herr Wirtschaftslandesrat wird es nicht – (Abg. Dr. Wabl: „Du bist am eitelsten!“) Ich weiß, daß du der Pflichtverteidiger von Paieryl geworden bist. Wahrscheinlich willst weiter hinüberecken (Abg.

Dr. Wabl: „Das habe ich nicht notwendig!“), nur mußst aufpassen, die ÖVP wird dort hinüberecken. Aber wenn du sitzen bleibst, kannst du dich dann in diesen Reihen einordnen, wenn Sie dich nehmen. Du bist ja eh ein bunter Vogel in diesem Bereich.

Aber bleiben wir bitte bei der Sache. Und die Sache ist, es wird euch nicht gelingen, und es wird dem Wirtschaftslandesrat nicht gelingen, wegen Nichtbefriedigung seiner Eitelkeit etwas zu verhindern, was die Wirtschaft dringend braucht. Dafür stehe ich gerade, bedanke mich bei Heibl und bedanke mich bei Ressel, daß sie das sachlich und anders sehen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. Jetzt kannst dann heimgehen und ruhig schlafen. (Beifall bei der FPÖ. – 22.34 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wir haben drei Abstimmungen durchzuführen.

Erstens: Wer dem Abänderungsantrag der ÖVP zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Zweitens: Wer dem Antrag des Berichterstatters ohne Artikel I zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Drittens: Wer dem Beschlußantrag der ÖVP, betreffend die Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes 1993, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

18. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 469/1, der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Jugendlandtag.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (22.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 27. Mai 1997 über den Antrag, betreffend Jugendlandtag, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Steiermärkische Landtag bekennt sich dazu, sich mit den Problemen und Wünschen von Jugendlichen auseinanderzusetzen, und hält zu diesem Zweck nach Beratung in der Präsidialkonferenz Schüler- beziehungsweise Jugendlandtage ab.

Ich stelle den Antrag auf Annahme! (22.36 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Danke sehr! Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke! Gegenprobe!

Einstimmig angenommen.

19. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 426/1, der Abgeordneten Dr. Karisch, Dr. Lopatka, Beutl, Wicher und Pußwald, betreffend die Abgabe von Chemikalien aus Konservendosen an den Lebensmittelinhalt.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (22.37 Uhr): Hohes Haus!

Untersuchungen in der Schweiz, Deutschland und auch in Österreich haben ergeben, daß viele Konserveninhalte, vor allem Fisch und Getränke, mit dem krebserregenden Stoff BADGE verunreinigt sind. Ursache für diese Verunreinigung ist die Innenbeschichtung der Konservendose, die BADGE enthält und dieses an den Doseninhalt abgibt.

Namens des Ausschusses für Umwelt und Energie stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß in Österreich keine Konservendosen auf den Markt kommen können, die Fremdstoffe an Lebensmittelinhalte abgeben beziehungsweise chemische Reaktionen in den Lebensmitteln auslösen können.

Ich ersuche um Beschlußfassung. (22.37 Uhr.)

Präsident: Danke!

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (22.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ein Schweizer Labor hat die Dosenindustrie arg in Bedrängnis gebracht. Anfang 1996 fand das Kantonale Labor in Zürich heraus, daß viele Konserveninhalte, vor allem Fisch und Getränke, mit dem krebserregenden Stoff Bisphenol-A-diglycidylether, kurz BADGE genannt, verunreinigt waren. In Österreich konnte man das lange nicht feststellen, es fehlte unseren Lebensmittelanstalten die Untersuchungsmethode. Wir mußten die Proben in die Schweiz schicken. Dort wurde man aber fündig.

Ursache für diese Verunreinigungen ist die Innenbeschichtung der Konservendose, die BADGE enthält und dieses an den Doseninhalt abgibt. Vor allem flache Dosen mit einer Lasche, die aus einem Stück gefertigt sind, Sardinendosen zum Beispiel, sind davon betroffen.

Man hat auch in Österreich eine ganze Reihe von Dosen mit diesem Inhalt gefunden.

Es läßt sich heute nicht genau abschätzen, wie gefährlich BADGE ist. Im Tierversuch erwies es sich als krebserregend, bei Tests mit Bakterien zeigte sich eine erbgutschädigende Wirkung. Zusätzlich kann BADGE mit der Flüssigkeit in der Dose reagieren und Hydrolyseprodukte bilden, von denen man so gut wie nichts weiß.

Die unkalkulierbaren Risiken von BADGE waren für die Schweizer Behörden Grund genug, strenge Vorschriften festzuschreiben. In Lebensmitteln dürfen in der Schweiz nicht mehr als 0,02 Milligramm pro Kilo-

gramm an BADGE enthalten sein. EU-Experten hingegen halten die 50fache Belastung für zumutbar. In Österreich gibt es bis heute keine eigene Regelung. Derzeit arbeitet aber die Schadstoffunterkommission in Wien einen neuen Richtwert aus. Man denkt an 0,1 Milligramm.

Nach dem Vorsorgeprinzip muß im Interesse der Gesundheit der Konsumenten gefordert werden, daß nur Konservendosen verwendet werden dürfen, die keine Fremdstoffe an den Lebensmittelinhalt abgeben beziehungsweise keine chemischen Reaktionen in den Lebensmitteln auslösen können!

Gesundheitsministerin Hostasch und Konsumentenministerin Prammer sind daher aufgefordert, erstens zu überprüfen, ob und wo überall in Österreich Konservendosen auf dem Markt sind, aus denen sich BADGE lösen kann; zweitens Untersuchungen auf Rückstände von BADGE und Hydrolyseprodukten durchführen zu lassen; drittens nach dem Vorsorgeprinzip alle BADGE-belasteten Produkte vom Markt zu nehmen und viertens für die Zukunft entsprechend strenge Vorschriften für Beschichtungen von Dosen zu erlassen.

Meine Damen und Herren, die Medienberichte im heurigen Frühjahr haben erste Erfolge insofern gezeitigt, als die Dosenindustrie sich jetzt intensiv mit diesem Problem beschäftigt und versucht, dieses Problem zu lösen.

Mir persönlich ist es völlig unverständlich, daß im Jahr 1997 bei dem heute vorhandenen hohen technologischen Wissensstand überhaupt Konservendosen im Umlauf sein können, deren Innenbeschichtung den Lebensmittelinhalt belasten kann. Das ist für mich beunruhigend.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 22.42 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

20. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 428/1, der Abgeordneten Dr. Karisch, Ing. Löcker, Riebenbauer und Majcen, betreffend die Gewährung von Förderungen nach dem Umweltförderungsgesetz.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (22.42 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Projekte nach dem Umweltförderungsgesetz werden heute nahezu ausschließlich über Annuitäten- und Zinszuschüsse gefördert. Dies setzt allerdings die Aufnahme von Kapitalmarktdarlehen voraus und bedeutet, daß Vorhaben, die beispielsweise aus Eigenmitteln finanziert werden, nicht gefördert werden können. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Förderungsvoraussetzungen erscheint diese Einschränkung jedoch nicht gerechtfertigt.

Namens des Ausschusses für Umweltschutz und Energie stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß die Gewährung von Förderungen nach dem Umweltförderungsgesetz 1993 nicht an die Aufnahme von Kapitalmarktdarlehen gebunden ist.

Ich ersuche das Hohe Haus um Annahme dieses Antrages. (22.43 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Jene Damen und Herren, die zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen. Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Tagesordnung ist erledigt. Zur nächsten Sitzung wird schriftlich eingeladen. Die Sitzung ist beendet. Gute Nacht! (Ende der Sitzung: 22.44 Uhr.)